Entschließung des ZK der KPD zur Stahlindustrie Seite 3

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 25 vom 19. Juni 1981 15. Jahrgang 1 DM



Polizei brutal — das konnte man, wie hier in Frankfurt bei einem Überfall auf Teilnehmer eines Flohmarktes in den vergangenen Wochen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik erneut drastisch erleben — sei es in Aktionen gegen besetzte Häuser oder aber gegen Jugendliche allgemein. Die Ernennung solcher Leute wie des Westberliner CDU-Rechtsaußen Lummer zu Polizeiverantwortlichen wird diese Tendenz weiter verstärken.

Reagans Rüstungsprogramm geht weiter

Neutronenbombe wird längst produziert

WASHINGTON. — In der letzten Woche passierte die Neutronenbombe die letzte finanzielle Hürde im US-Repräsentantenhaus: gegen einen Antrag einiger Abgeordneter der Demokratischen Partei beschloß das US-Parlament den Haushaltsentwurf Reagans zu billigen — darin sind über 5 Milliarden Dollar, mehr als 12 Milliarden Mark, für die Beschleunigung der Produktion der Neutronenbombe vorgesehen. In derselben Woche wurde bekannt, daß die amerikanischen „Lance"-Raketen bereits mit Teilsprengköpfen der Bombe ausgerüstet werden.

So wurden innerhalb weniger Tage alle amerikanischen Beteuerungen als Lügen ersichtlich, in denen behauptet worden war, man würde sich die Herstellung dieser neuen Waffe noch überlegen, sei noch in der Vorbereitungsphase, man werde die anderen NATO-Staaten ausführlich konsultieren und so weiter.

Tatsache ist, daß die Herstellung der Neutronenbombe die ganze Zeit über ununterbrochen fortgesetzt wurde. Tatsache ist, daß mit dem beginnenden Einbau von Teilsprengköpfen auch die Aufstellung der Bomben bereits begonnen hat.

In Bonn war zu diesem Thema bisher nichts zu hören. Aber mit Sicherheit werden Pläne aus Washington, die Strahlenbombe in der Bundesrepublik aufzustellen, bei Regierung und Opposition auf keinen Widerstand stoßen.

Die Ausrüstung der NATO mit dieser Bombe, so ein amerikanischer Abgeordneter in der Debatte des Repräsentantenhauses, verschärfe die Gefahr eines Krieges in Europa, da sie das Risiko einer allgemeinen Zerstörung herabsetze — wie dies auch die Erstschlagraketen tun. Mit dieser Waffe, die durch starke Strahlung Menschen tötet, aber durch relativ schwache Sprengkraft Gebäude usw. unzerstört läßt, bekommen die USA eine typisch kapitalistische, zutiefst menschenfeindliche Waffe in die Hand.

Auch dieser Vorgang, von der ersten öffentlichen Diskussion in Westeuropa vor einiger Zeit bis jetzt zum offiziellen Eingeständnis ihres Baus, zeigt einmal mehr die Gefahren, die die NATO-Politik für Deutschland mit sich bringt. Denn Deutschland wäre das Haupteinsatzgebiet auch dieser Waffe nach den bisherigen NATO-Direktiven.

So zeigt es sich ganz deutlich, daß der Kampf gegen den Nachrüstungsbeschluß, gegen die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen allein nicht ausreicht, um den Frieden zu sichern, auch wenn er erfolgreich ist. Immer neue Bedrohungen werden auftauchen, solange Bonn den Frieden in Deutschland dem Kommando der Washingtoner Kriegstreiber und ihrer Moskauer Gegenspieler überläßt — diese haben denn auch bereits betont, sie würden „wirkungsvoll" reagieren.

Deshalb kann nur eine Abkoppelung von den beiden aggressiven Militärblöcken, die Neutralitätspolitik entscheidend zur Friedenssicherung beitragen.

Streit mit der CSU

CDU-Kohl fordert Kahlschlag in der Sozialpolitik

SPD verzichtet auf Kritik

BONN. — Mit einem eigenen Beitrag hat sich in der letzten Woche der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, zur Diskussion um die Kürzung der Sozialausgaben gemeldet. Sein ganzer Katalog von Vorschlägen lief dabei auf die Forderung nach einem totalen Kahlschlag in der Sozialpolitik hinaus.

So machte er konkrete Vorschläge für die Kürzung des Kindergeldes, das nur noch Familien mit vielen Kindern zugute kommen soll und nur bis zum 18. Lebensjahr ausbezahlt werden soll. Die Einführung der Lernmittelfreiheit an den Schulen nannte er wörtlich „reinen Unsinn" und plädierte stattdessen dafür, das Schulgeld wieder einzuführen.

In seiner Rede vor der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" unterstrich Kohl nachdrücklich, es dürfe bei der unumgänglichen Diskussion um die Sparpolitik keinerlei Tabus geben, auch nicht die Familienpolitik, das Kindergeld und die Ausbildungspolitik.

Während die SPD dazu bezeichnenderweise nichts zu sagen wußte als zu betonen, man werde zunächst einmal die Zahlen der neuesten Entwicklung abwarten und dann Vorschläge machen, bekam Kohl Streit mit der CSU.

Die ist von Strauß seit dem Wahlkampf dazu eingeschworen worden, keine konkreten Aussagen mehr zu machen, um sich nicht zu kompromittieren, und erwartet dies auch von der CDU — dementsprechend hart war die Kritik aus München. Auch in der CDU meldeten sich Gegenstimmen, versuchte diese Partei doch bisher stets, sich als besonders familienfreundlich darzustellen, was mit Kohls Aussagen nun nicht mehr so leicht möglich ist.

Diese Woche

Nach dem Plenum des ZK der PVAP

Regierungsumbildung in Polen

Drohungen des Ministerpräsidenten

WARSZAWA. — Nur zwei Tage nach dem Plenum des Zentralkomitees der revisionistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zeigten die polnischen Partei- und Staatsführer geradezu hektische Aktivität. Vor dem Sejm wurde die Umbesetzung von fünf Ministerien und die nahezu totale Umorganisation der Wirtschaft bekannt gegeben.

Nachdem die Linie der sogenannten „Reformer" um Parteivorsitzenden Kania und Regierungschef Jaruzelski (siehe auch Artikel Seite 10) sich auf dem Plenum gegenüber den Forderungen nach einer Neuwahl des Politbüros der PVAP durchgesetzt hatten, gehen sie jetzt daran, ihre Positionen zu festigen. Einmal, indem sie ihre eigenen Leute in die wichtigen Positionen bringen und so den realen Einfluß der extremen Reaktionäre, die im Einklang mit Moskau ein hartes Vorgehen gegen die Gewerkschaftsbewegung fordern, zurückdrängen. Zum anderen, indem sie selbst gegenüber der Gewerkschaftsbewegung mit der Moskaufurcht taktieren und ihr drohen. Jaruzelski selbst kündigte schärfere Maßnahmen gegen „antisozialistische Elemente" an.

Gemeinsam war allen diesen Strömungen innerhalb der Partei und Staatsführung Polens die Aufforderung an die Werktätigen, die Organe der staatlichen Ordnung, sprich vor allem der polnischen Armee, mehr zu achten. Dies steht ganz im Interesse Moskaus, wie es auch in dem Brief des ZK der KPdSU an die PVAP betont wird, weil dies immer noch der entscheidende Ordnungsfaktor ist.

Die internationale Kampagne der Revisionisten wurde in den letzten Tagen verstärkt fortgesetzt, indem Organe wie die „UZ" der DKP über das Plenum mit heftiger Kritik an der „Nachgiebigkeit" Kanias berichteten.

Staat und Ölmultis gehen voran

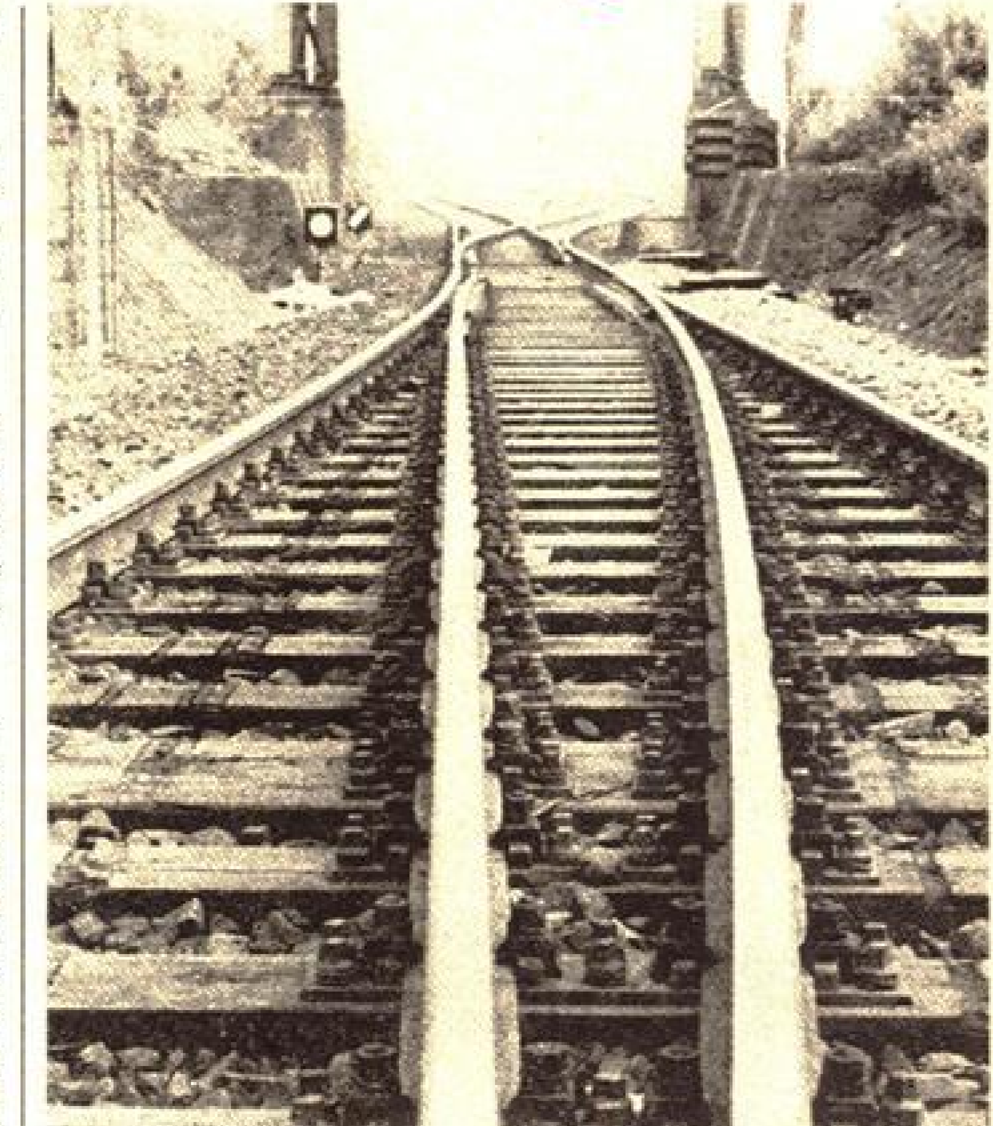
Neue Teuerungswelle wird eingeläutet

BONN/HAMBURG. — In der letzten Woche wurde von der Bundespost und den Ölkonzernen eine neue Teuerungswelle für den Sommer eingeläutet. Die angekündigte Erhöhung der Postgebühren um durchschnittlich 16 Prozent hat dabei vor allem den Charakter eines Signals für weiter Preiserhöhungen. Die Ölmultis dagegen haben mit der zweiten Preisanhebung innerhalb eines Monats selbst alle eigenen Rekorde gebrochen und die angestrebte 1,50-Mark-Grenze erreicht.

Während die Bundespost mit ihrer Teuerung plant, zusätzliche Einnahmen in der Höhe von 2 Milliarden Mark einzuholen und dies wie stets mit ihrer ungeheuren Lage rechtfertigt (ohne die Sondertarife für industrielle Großkunden anzutasten) machen sich die Ölmultis schon kaum noch die Mühe, die abermalige Erhöhung des Benzinpreises zu begründen.

Der hohe Kurswert des Dollars als Grund, der jetzt angeführt wurde, ist nicht nur allein deshalb unglaubwürdig, weil beim niedrigen Dollarkurs dieser nicht zur Verbilligung führte. Tatsache ist nämlich, daß nur Benzin im Moment teuerer wird, während beim im Augenblick schlecht absetzbaren Heizöl keine Preiserhöhung vorgenommen wird. Und Tatsache ist einmal mehr, daß die BP für das erste Vierteljahr 1981 gerade eben eine weltweite Gewinnbilanz von 1,6 Milliarden Mark veröffentlicht hat.

Da mit Sicherheit zu erwarten ist, daß die Handelsbetriebe usw., die von den Posterhöhungen betroffen sind, dies einmal mehr an ihre Kunden weitergeben, treffen alle diese Preiserhöhungen einmal mehr die Werktätigen unseres Landes, die gerade eben in der weitgehend abgeschlossenen Auseinandersetzung um Löhne und Gehälter einen Rückgang des Lebensstandards in Kauf nehmen mußte.



„Staatliche Preistreiberei — Post und Bahn geh'n stets voran" ist heute schon ein geflügeltes Wort.

Kommentar der Woche

Die große Diskussion um die Lieferungen des „Stolzes der deutschen Panzerbauer", des Leopard 2 an Saudi-Arabien ist gerade eben etwas abgeebbt.

Keine Waffen in Spannungsgebiete, wie es regierungsoffiziell so schön heißt, das zumindest ist in dieser Diskussion einigermaßen deutlich geworden, ist nichts anderes als eine Propagandamär: Fünftgrößter Waffenhändler der Welt, Lieferungen aller Art in 72 Staaten der Welt und zahlreiche Beziehungen zum „Geschäft".

Waffenhändler

Wie dies hier in der Bundesrepublik, wo man gegen Waffenhändler schon einigermaßen skeptisch ist, organisiert wird, wurde schon im letzten Jahr beim saudi-arabischen Staatsbesuch klar. Da saß dann neben der Saudi-Delegation an der Essenstafel eben ganz unauffällig ein Mann, der ganz zufällig einer der größten privaten Waffenhändler Europas ist...

Und da gibt es seit langem die OTRAG. Sie sei, so wird man nicht müde zu betonen, in Bonn sehr unbeliebt, da sie die Bundesregierung stets in den Geruch bringe, Raketen in die Welt zu verkaufen, und dem sei ja nun absolut nicht so. Nein, im Gegenteil, der Herr Kayser von der OTRAG ist in Bonn ganz und gar unbeliebt, man hat selbst dafür gesorgt, daß er aus Mobutus Zaire rausgeworfen wurde.

Aber: ist das wirklich nur so ein verrückter Einzelgänger, der den deutschen Ruf schädigt? Die Frage wurde schon oft diskutiert, und nun hat sie sich von selbst beantwortet.

Die Geschäfte der OTRAG mit Libyen, Pakistan und Saudi-Arabien haben in aller Deutlichkeit gezeigt, daß es sich dabei eben gerade nicht um einen Außenseiter handelt, sondern um das, was man gemeinhin einen Strohmann nennt.

Denn betrachtet man sich die Berichte über diese Geschäfte, so tauchen im Zusammenhang mit der OTRAG jene Firmennamen auf, die seit langem als westdeutsche Rüstungsschmieden bekannt sind.

Da sei zuerst genannt die Hausbank Kaysers. Merk, Finck & Co ist nicht nur eine der größten privaten Banken der Bundesrepublik, sondern ist durch Kapitalanlagen in nahezu allen Industriebereichen auch ein wichtiger Machtfaktor im westdeutschen Monopolkapital. Nicht zuletzt in der Luftfahrtindustrie...

Die Firma Diehl in Nürnberg, selbst in bürgerlichen Berichten als Rüstungsschmiede bezeichnet, ist der wichtigste industrielle Kooperationspartner der OTRAG — die Zusammenarbeit wurde vermittelt durch den früheren Oberten Soldaten, den General Wust, der Diehl ja nun wirklich sehr gut kennt.

Und mit im Geschäft ist auch die AEG-Telefunken, von der man ja — trotz aller Konkurrenzschwierigkeiten — nun wirklich nicht behaupten kann, sie gehöre zu den Außenseitern innerhalb des westdeutschen Finanzkapitals.

So steigt also hinter dem oft beschworenen Bild des Außenseiters in Wirklichkeit eine Tarnorganisation der westdeutschen Monopole hervor, die diese sich geschaffen haben, um ihre Geschäfte mit dem Tod in aller Stille und unangefochten betreiben zu können. Was bei den geschäftlichen Plänen auch nicht verwundert: schließlich geht es bei den noch laufenden Verhandlungen mit den drei Staaten um mehrere Tausend Trägerraketen, die ja wohl ein Außenseiterbetrieb nicht ohne weiteres herstellen kann.

Privatmänner, Strohmänner, Geschäftsmänner und Dunkelmänner — das alles hängt in diesem Geschäft ganz eng zusammen und soll nur den heute schon erreichten Umfang des westdeutschen Waffenhandels verschleiern.

Dann kann man sich besser entrüsten, wenn mit deutschen Waffen Kriege geführt werden. So ist es ein Teil des Kampfes für den Frieden, gegen die imperialistischen Bonner Ziele, wenn die KPD das Verbot jeglichen Waffenhandels fordert.

Helmut Weiss



„Was soll schon sein? Leoparden für den Zoo von Riad."

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Mit den FDP-Stimmen

CDU-Senat gewählt

WESTBERLIN. — Mit den Stimmen jener FDP-Abgeordneten, die den Beschluß des Landesparteitags ihrer eigenen Partei gebrochen haben, wurde in der letzten Woche der erste „schwarze Senat" Westberlins gewählt. Dieser erneute Betrug am Wähler gibt der CDU die Möglichkeit, ihren Beitrag zur Politik des Sozialabbaus mit einer neuen Regierungsmannschaft zu leisten.

Und die Regierung, die da gewählt wurde, ist so zusammengesetzt, daß man sich durchaus vorstellen kann, daß zügig darangegangen werden wird, diese Politik auch zu praktizieren.

Jene „Größen der zweiten Reihe", die aus der Bundesrepublik nach Westberlin geholt wurden, sind allesamt profilierte Vertreter der CDU-Politik in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Die seitherige rheinland-pfälzische Kultusministerin Laurien beispielsweise gilt als Vordenkerin gegen die Schulreform und Vertreterin der Verstärkung des Ausbaus sogenannter Eliteschulen. Elmar Pieroth, jener Senator, an dem die FDP-Wahlbetrüger ihren Anspruch auf Teilhabe an der Macht demonstrierten, indem sie ihn im ersten Wahlgang nicht wählten, ist einer der bekanntesten Vertreter der antigewerkschaftlichen Betriebspolitik der CDU, die die Organisierung der Arbeiter durch „Vermögensbildung" in Arbeiterhand verhindern wollen.

Von den Berliner Senatsmitgliedern fällt besonders der seitherige Fraktionschef Heinrich Lummer auf, der als Rechtsaußen der Berliner CDU gilt und mit dem Posten des Innensenators ausgezeichnet wurde.

Der Mann, der künftig für die Westberliner Polizei verantwortlich sein wird, hat schon vor rund zehn Jahren öffentlich vertreten, daß solche Institutionen wie Polizei, Armee, Schule nicht demokratisch organisiert sein könnten. Seine Verbindungen zur Aktion Widerstand, zum Zollernkreis, zur außerparlamentarischen Mitarbeit und ähnlichen dubiosen und faschistischen Gruppen zeigen, daß er einer der Vertreter jener CDU-Strömungen ist, die die Zusammenarbeit mit den Faschisten suchen und betreiben.

KPD Westberlin zur Wahl Weizsäckers

Schwarzer Senat

Am Tage nach der Wahl Weizsäckers zum Regierenden Bürgermeister von Westberlin verbreitete die KPD vor den Betrieben und in den Stadtteilen das folgende Flugblatt:

Westberlins neuer Bürgermeister heißt Weizsäcker — dank einiger FDP-Agbeordneter. Das ist zwar keine Überraschung mehr, aber es zeigt, wie gleichgültig einigen Politikern der Wählerwille ist. Denn eins dürfte klar sein: Die meisten FDP-Wähler haben dieser Partei **nicht** ihre Stimme gegeben, damit sie die CDU in den Sattel hievt. Dies ist, wie schon oft, ein Betrug am Wähler.

Aber die Abgebrühtheit und Skrupellosigkeit geht ja noch weiter. Diese „Demokraten" halten sich noch nicht einmal an die Parteibeschlüsse ihrer eigenen Partei. Was ist das für ein Sumpf. Denn diese FDPler standen nicht allein. Sie erhielten starke Schützenhilfe direkt aus Bonn und von Papa Genscher. Was hörte man doch in den letzten Wochen alles: „Berlin muß regierbar sein", „es darf kein zweites Weimar geben" usw.

Um was für dringende Regierungsgeschäfte es geht, werden wir bald zu spüren bekommen, nachdem jetzt der Bundeshaushaltsplan beschlossen wurde, — ein Plan, der die Lebenssituation der Werktätigen drastisch verschlechtern wird. Denn auch in Westberlin sollen Milliarden eingespart werden. Wo?

Natürlich im sozialen Bereich. Dazu kann man sich Unklarheiten und Verzögerungen in bezug auf die Regierung nicht leisten. **Mit Sicherheit wird sich die CDU sofort ans Werk machen:**

- **Beseitigung des Nulltarifs an den KITAS**
- **Einführung des weißen Kreises**
- **drastische Streichungen im Krankenhausbereich**
- **Aufrüstung der Polizei unter anderem mit Gummigeschossen**

Und die Opposition?

Wie werden sich die Rest-FDP, SPD und AL verhalten? Die SPD wird sich radikaler geben, um Wählerstimmen zurückzugewinnen. Das kann sie sich in der Opposition leisten. Aber diese Gefechte werden hauptsächlich Scheingefechte sein. Denn es war doch der SPD/FDP-Senat, der durch seine arbeiterfeindliche Politik der CDU den Regierungsweg ebnete. Und Sparmaßnahmen auf Kosten der Werktätigen einerseits — und Korruption und Bestechung andererseits, das war ja nun bekanntlich der Fallstrick der alten SPD/FDP-Regierung. Daran ändert es auch nichts, wenn es in der SPD einige ehrliche Kräfte gibt.

Die einzige Kraft im Senat, von der eine echte Opposition zu erwarten ist, wird die AL bleiben. Das müssen die Werktätigen nutzen, um ihre Interessen dort verstärkt zur Sprache zu bringen. Allerdings besteht ein entscheidender Mangel bei der AL darin, daß sie sich gerade für den Arbeitsbereich nur am Rande interessiert. Für die so dringenden Fragen wie Arbeitsplatzsicherung und Arbeitslosenabbau vertreten sie völlig verschwommene und arbeiterfeindliche Vorstellungen. Im Kampf gegen Betriebsschließungen, wie sie jetzt gerade Telefunken in der Schwedenstraße bevorsteht, wird keine Partei ernsthaft unsere Interessen vertreten.

Kollegen!

Durch die Bildung des CDU-Senats hat die Berlin-Politik einen weiteren Rechtsruck erlitten.

Das Ergebnis in Westberlin wird nicht ohne Einfluß in Westdeutschland bleiben. Schon jetzt liebäugeln einige Landesverbände der FDP mit der CDU und auch in Bonn wackelt das Bündnis SPD/FDP.

Deshalb ist es für die westdeutsche Arbeiterklasse wichtig, wie die Westberliner reagieren werden. Die westberliner Werktätigen müssen sich gegen die zu erwartenden massiven Angriffe zusammenschließen.

Für diesen Kampf muß die Gewerkschaft all ihre Mitglieder mobilisieren. Aber von allein wird sie es nicht tun, sondern nur unter dem **Druck** der Werktätigen. Nur so können wir verhindern, daß die Rechtsentwicklung weiter voranschreitet.

Mysteriöser Tod eines türkischen Arbeiters

Warum mußte Mehmet Vural sterben?

WEINHEIM (Volkskorrespondenz). — Unter mysteriösen Umständen kam am Pfingstsonntag der 43jährige türkische Kollege Mehmet Vural, Arbeiter bei Freudenberg, ums Leben.

UM 20.20 Uhr wurde Mehmet in der Weinheimer Bahnhofgaststätte verhaftet. Vorausgegangen war eine lautstarke Auseinandersetzung zwischen ihm, einem weiteren Arbeiter aus der Türkei und einem griechischen Kollegen. Alle drei hatten schon ziemlich viel getrunken. Es kam aber zu keinem Zeitpunkt zu Tätlichkeiten.

Dennoch holte der Wirt die Polizei. Mehmet wurde gewaltsam festgenommen. Obwohl der griechische Kollege die Situation bereinigen wollte und sich sogar anbot, Mehmet nach Hause zu bringen.

Um 21.20 war Mehmet tot!

Die offizielle Version des Polizeiberichtes: Selbstmord durch Erdrosselung mit seinem Unterhemd. Die Verwandten wurden erst am folgenden Tage informiert — angeblich konnte Mehmet nicht früher identifiziert werden.

Es ergeben sich eine ganze Reihe von Fragen, um deren Beantwortung sich die Polizei herumdrückt:

- Warum bestand die Polizei auf der Festnahme, die durch die Vorfälle in der Gaststätte durch nichts gerechtfertigt war?
- Wieso konnte Mehmet nicht gleich identifiziert werden? In allen ähnlichen Fällen bisher konnten Türken spätestens durch Nachfrage in den drei „Türkenkneipen" Weinheims sehr schnell identifiziert werden. Eine solche Nachfrage gab es hier nicht.
- Was soll das Selbstmordmotiv sein? Mehmets Tochter wollte in der folgenden Woche heiraten, in der ganzen Familie herrschte Eintracht und gute Stimmung!
- Bei seiner Verhaftung war Mehmet körperlich völlig unversehrt. Seine Verwandten entdeckten an der Leiche Würgemale, die ihren Angaben zufolge auf Würgen mit den Händen hinweisen, und eine Wunde am Hinterkopf — als sei er gegen die Wand geschlagen worden!
- Der diensttuende Beamte war sofort nach dem Vorfall in Urlaub und nicht zu sprechen.
- Erst am Freitag erschien der am Montag verfertigte Polizeibericht in den Zeitungen.

Die Genossen der KPD in Weinheim setzen sich mit den Angehörigen dafür ein, daß die Wahrheit über den Tod des Kollegen Mehmet Vural ans Licht kommt.

Atombilanz

Nach einer Statistik des Arbeitsrings Chemie ist der Anteil des Atomstroms an der Bruttostromerzeugung von 1973 bis 1979 von 5,4 auf 13,9 Prozent angestiegen.

Eine weitere Steigerung für 1980 brachte diesen Anteil auf 14,3 Prozent, wozu die Erzeugung von 42,6 Milliarden Kilowattstunden Atomstrom nötig war. Dabei muß man festhalten, daß die Bruttostromproduktion 1980 gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Milliarden kWH auf 298,3 Milliarden gesunken ist.

Absoluter Spitzenreiter bei AKWs ist Niedersachsen, das mit 14 Mrd. Kilowattstungen alleine fast ein Drittel der Gesamtmenge erzeugt, gefolgt von Hessen mit 10,2 Milliarden, Baden-Württemberg mit 9,2 Milliarden, Bayern mit 4,5 und Nordrhein-Westfalen mit 4,0 Milliarden kWH. Hessen hat dabei mit 55 Prozent Atomstrom im eigenen Land die höchste Bundesquote vor Niedersachsen mit 33,1 und Baden-Württemberg mit 30 Prozent.

Gegen Großpsychiatrie

Die Forderung nach Auflösung der psychiatrischen Großkrankenhäuser und nach dem gleichzeitigen Aufbau ein Psychiatrischen Versorgung in den Stadtteilen erneuerte die Jahrestagung des Mannheimer Kreises.

Neben der Kritik an dieser unmenschlichen Organisationsform wurde auf der diesjährigen Kölner Tagung des Kreises, an der weit über 1000 Menschen teilnahmen, auch intensive Kritik an den Privatisierungstendenzen in der Psychiatrie geübt.

Private Kapitalgesellschaften lassen sich dabei die Errichtung sogenannter psychiatrischer Betreuungsprojekte vom Staat teilfinanzieren und fördern so die Entwicklung, jedes Alltagsproblem zu einer Frage psychiatrischer Betreuung zu machen, und den Kreis der Menschen, die so in die Psychiatrie einverleibt werden, immer mehr zu vergrößern.

Auch um dieser Tendenz zu begegnen, fordern ÖTV-Mitglieder innerhalb der DSGP, einen Personalschlüssel aufzustellen, der sich nicht mehr nach der Bettenzahl, sondern nach der Bevölkerungszahl richtet, um so nicht künstlich langgezogene Aufenthalte zu provozieren und um bessere Arbeitsmöglichkeiten für das Personal zu schaffen.

Landesversorgungsamt

Die Politik des sozialen Abbaus wird auf allen staatlichen Ebenen verstärkt durchgeführt und die grundlegenden Einschnitte und Veränderungen im Sozialrecht zügig vorbereitet.

Diesem Ziel diente jetzt auch eine Tagung in Bad Nauheim, die vom hessischen Landessozialgericht, der Landesärztekammer und dem Landesversorgungsamt organisiert wurde. Juristen und Ärzte sollten über die „Präzisierung der Richtlinien für Schwerbehinderte" diskutieren. Dabei ist es das Ziel, die „Minderung der Erwerbsfähigkeit" genauer zu umreißen, da hier zu viele Anträge durchgehen, da die Bewertungsmaßstäbe zu allgemein seien.

Die Zahl der Anträge nach dem Schwerbehindertengesetz steigt den Sparpolitikern zu stark — also heißt ihre Richtung, die Bewilligungen schwerer zu machen, und die Bürokraten haben dafür die Richtlinien zu machen.

Erklärung des Zentralkomitees der KPD zur Lage in der Eisen- und Stahlindustrie



Stoppt den Kahlschlag in der Stahlindustrie!

Stahlarbeiter!
50 000 Arbeitsplätze wollen die Herren von Stahl und Eisen in den nächsten drei bis vier Jahren hier bei uns vernichten!

Milliardenwerte, die durch Eurer Hände Arbeit geschaffen wurden, sollen im Interesse des Profits einiger weniger vernichtet werden!

Neben der unsicheren Möglichkeit vielleicht über Sozialpläne altersbedingt auszuscheiden, droht Tausenden die Entlassung. Hoesch, Klöckner und Krupp haben dies schon angedroht. Darüber hinaus bedeutet jeder Arbeitsplatz in der Eisen- und Stahlindustrie weniger auch ein bis zwei weniger in anderen Bereichen. Das schränkt die Verdienstmöglichkeiten der Frauen ein, das bedeutet den Abbau von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen auch für die nachwachsende Generation!

Die Bosse der Deutschen Bank, die Bosse in den Zentralen der Stahlkonzerne wollen uns diese Maßnahmen verkaufen mit der Begründung, sie seien im Interesse der „Sicherung der übrigbleibenden Arbeitsplätze" nötig. Doch die Erfahrungen zeigen, daß trotz Abbau von über 100 000 Mann seit 1965 auch heute keiner von Euch weiß, wie lange er noch seinen Beruf ausüben kann.

In ihrem Wettkampf mit den anderen europäischen, den amerikanischen und besonders den japanischen Stahlmonopolen will man euch vor den Karren des „Endes der Subventionen im übrigen Europa" spannen. Dabei sieht der Davignon-Plan doch vor, insgesamt 40 Millionen Tonnen Stahlkapazität in der ganzen EG abzubauen. 100 000 Stahlarbeiter aus Frankreich, Italien, Großbritannien, Italien usw. stehen genau wie Ihr im Kampf gegen die Stillegungspläne ihrer Bosse, gegen die Unterstützung dieser Pläne durch die jeweiligen Regierungen. Nicht —, wie teilweise auch vom Vorstand der IGM verkündet — Kampf der deutschen Stahlarbeiter gegen die Stahlarbeiter von British Steel, Unisor, Cockerill, Italsider usw. darf die Parole sein, sondern konsequenter Kampf der Stahlarbeiter Europas und ihrer Gewerkschaften gegen die Vernichtung von 150 000 Arbeitsplätzen in der EG muß die Losung sein.

„Japanische Verhältnisse" sollen hier durchgesetzt werden, das heißt weitere Konzentration, weitere Erhöhung des Leistungsdrucks in den Betrieben — damit wollen die Stahlbarone ihren Konkurrenten wieder überlegen werden.

Dabei kalkulieren die stärksten Monopole, wie z.B. Thyssen, kaltblütig den Tod der schwächeren, wie z.B. Klöckner oder Hoesch, ein — hoffen sie doch, dann das Fell unter sich aufteilen zu können. Im nationalen, wie im internationalen Maßstab bedeuten für sie jeder weitere geschlossene Hochofen, jedes nicht mehr produzierende Stahlwerk oder Walzwerk, jeder Konkurrent weniger, eine Möglichkeit mehr, die Produktions-, Absatz- und Profitquote zu erhöhen.

Stahlarbeiter!
Dagegen hilft nur entschiedene Gegenwehr — die KPD und ihre Betriebszellen in den Stahlbetrieben werden dabei, wie in der Vergangenheit, an eurer Seite stehen.

Aufgabe der Gewerkschaft, der IGM, wäre es, diesen Kampf zu organisieren, gegen den Angriff der Stahlbarone die Kraft der organisierten Stahlarbeiter ins Feld zu führen.

Die vorherrschende Richtung innerhalb der IGM aber will weiter mit dem Mittel der Sozialpläne, mit Abfindungen usw. die anstehenden Probleme lösen — dies kann uns nur in die Sackgasse führen. Das Vertrauen auf die über die Montanmitbestimmung abgesicherte Einflußnahme auf die Aufsichtsräte hat den versprochenen Bau des Stahlwerks in Dortmund bis heute nicht durchsetzen können — im Gegenteil — er ist ferner als je zuvor. Während des Stahlarbeiterstreiks wurde — trotz Mitbestimmung und Arbeitsdirektoren — die brutale Aussperrung von allen Vorständen durchgeführt. Jetzt stehen Massenentlassungen vor der Tür — trotz Mitbestimmung! Und was nützt uns die Montanmitbestimmung, wenn die eigentlichen Herren in der Eisen- und Stahlindustrie, die Deutsche-Bank-Bosse, den Geldhahn zudrehen?

Gerade der Kampf für die 35-Stunden-Woche hat gezeigt, welche Solidarität im Kampf unter den Stahlarbeitern aller Betriebe, darüber hinaus von der werktätigen Bevölkerung der Stahlreviere insgesamt möglich war. Diese Kraft der Arbeiterklasse muß zur Sicherung unserer Existenz eingesetzt werden.

Wir meinen, daß der Weg der Sozialpartnerschaft, der Weg des „wir sitzen doch alle in einem Boot" verlassen werden muß, daß im entschiedenen Kampf gegen die Neustrukturierungspläne der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie durch das Finanzkapital, unsere Interessen an Arbeitsplätzen durchgesetzt werden müssen

Die Vertröstung auf **neue Arbeit**, neue Industrien, die man schaffen müsse, sie sind doch im Saarland, in Dortmund und anderswo wie Seifenblasen zerplatzt! Der Verweis auf die **leeren Kassen** ist doch Hohn, angesichts der Milliarden, die in Rüstungsprojekte wie den Tornado, die Durchführung der Nachrüstungsbeschlüsse gesteckt werden!

Das Verhindern von Schwierigkeiten für die Bundesregierung, die **Rücksichtnahme auf die sozialliberale Koalition** — was helfen sie uns, wenn diese Regierung genau die Politik des sozialen Abbaus, der weiteren Aufrüstung betreibt, die ein Herr Strauß gerne hat — dem wir aber gerade deshalb die Stimme bei der Bundestagswahl nicht gegeben haben!

Die KPD unterstützt deshalb folgende Forderungen, deren Durchsetzung sie angesichts der Krise in der Eisen- und Stahlindustrie für dringend notwendig hält:

- **Die Vergabe von Steuergeldern an die Konzerne muß verbunden werden mit Arbeitsplatzgarantien!**
- **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**
- **Senkung des gesetzlichen Rentenalters für alle Stahlarbeiter auf 55 Jahre, bei voller Rentenzahlung wie mit 63!**

Wenn der IGM-Vorstand in seinen Vorschlägen zur Lösung der Krise in der Eisen- und Stahlindustrie fordert, der Schließung von Werken erst zuzustimmen, wenn in zumutbarem Maß und in erreichbarer Nähe neue Arbeitsplätze tatsächlich geschaffen sind, so ist das gut und richtig. Wenn wir uns aber die einstimmige Zustimmung der mitbestimmten Hoesch-Aufsichtsräte zum weiteren Abbau von über 7 000 Arbeitsplätzen ansehen, in dem immerhin mit Hans Preiß und Lutz Dieckerhoff zwei führende Vorstandsfunktionäre der IGM sitzen, so fragt sich, ist diese Forderung das Papier wert, auf dem sie geschrieben ist? Wenn man es damit ernst meint, so muß doch die Verpflichtung für alle Arbeitnehmervertreter in den Aufsichts- und Betriebsräten lauten:

- **Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!**
- **Keine Zustimmung in Aufsichts- und Betriebsräten zur Schließung von Werken und zum Abbau von Arbeitsplätzen, solange nicht tatsächlich neue Arbeitsplätze geschaffen sind, was praktisch den Aufbau neuer Betriebe bedeutet!**

Darüber hinaus meinen wir, ist es notwendig, die Kampfkraft der Belegschaften in den Hütten der Stahlreviere bis hin zu Streiks und Betriebsbesetzungen zu organisieren, um den Angriffen der Monopole die ganze Macht der Stahlarbeiter entgegenzusetzen. Nur durch diesen Druck kann der geplante Kahlschlag ganzer Regionen gestoppt werden!

Viele Kollegen meinen, daß den Stahlbaronen, die Zigtausende Arbeitsplätze vernichten, die dazu noch Steuergelder für weitere Rationalisierungen verlangen, eigentlich die Betriebe aus der Hand genommen werden müßten.

Wir Kommunisten meinen: Um sichere Arbeit für uns und unsere Kinder zu bekommen, um die Produktion von Stahl und allen anderen Gütern wirklich planmäßig entwickeln zu können, ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse selbst die Macht im Staat hat, daß sie selbst Herr der Produktion ist. Deshalb treten wir ein für ein sozialistisches Deutschland. Der sozialistische Staat, als Staat der Arbeiterklasse, wird diese Konzernherren enteignen, ihnen ihre Macht über die Produktionsmittel nehmen.

Aber auch heute schon haben wir die Möglichkeit, unsere Interessen im Kampf gegen die Stahlbarone durchzusetzen. Wenn die IGM zu Recht feststellt, daß eine politische Lösung der Krise der Eisen- und Stahlindustrie gefunden werden muß, daß die privatwirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten zu weiteren Entlassungen führen werden, so lautet unsere Antwort: Ja, dann laßt uns doch die politische Lösung erkämpfen! Von verschiedenen Belegschaften ist sie schon klar genannt worden: **Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie.**

Die Durchsetzung der Verstaatlichung dieses Industriezweiges würde unsere gemeinsame Front gegen das Finanzkapital und seine Politiker stärken.

Eine Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie muß verbunden sein mit der Garantie für die vorhandene Anzahl von Arbeitsplätzen. Damit wäre in unserem Kampf zur Sicherung der Beschäftigung ein Schritt vorwärts getan.

Stahlarbeiter!
Lassen wir nicht die Existenz von Hunderttausenden direkt und indirekt betroffenen Werktätigen in der Hand einiger weniger Finanzhaie liegen, kämpfen wir unabhängig von Weltanschauung, Religion und Parteizugehörigkeit für die Erhaltung unserer Existenz, für Arbeit und Verdienst!

Die Pläne der Konzerne

In dieser Woche erscheint für die Belegschaften in der bundesdeutschen Stahlindustrie ein gemeinsames Extrablatt des „Roten Morgens" und der Betriebszeitungen unserer Partei bei Krupp, Klöckner, Hoesch, Mannesmann und Thyssen. Thema: Die Krise in der Eisen- und Stahlindustrie und der Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze. In diesem Extrablatt ist auch die Erklärung des Zentralkomitees der KPD „Stoppt den Kahlschlag in der Stahlindustrie!" abgedruckt. Den nachstehenden Überblick über die Rationalisierungs- und Stillegungspläne der Stahlkonzerne in der Bundesrepublik haben wir diesem Extrablatt entnommen.

Estel-Hoesch

Nachdem in einem ersten Schritt vom 30.9.1979 bis zum 31.5.1981 bereits 5 000 Arbeitsplätze abgebaut wurden, planen die Konzernherrn — einstimmig abgesegnet durch die Aufsichtsräte, also auch die Vertreter der IGM, an der Spitze Hans Preiß und Lutz Dieckerhoff vom IGM-Vorstand — in einem weiteren Programm folgende Schritte:

1. Von 1981 bis 1983 sollen folgende Werke geschlossen werden: Das einzig noch laufende Siemens-Martin-Werk, das Elektrostahlwerk, die Mitteleisenstarße, die Grobblechstraße, eine Block- und Halbzeugstraße. Dies soll einhergehen mit dem Verlust von mindestens 5 000 Arbeitsplätzen. Neugebaut werden soll eine Durchlaufglühe für Bleche. Massenentlassungen werden geplant!

2. In einem zweiten Schritt soll zwischen 1984 und 1987 das Oxygenstahlwerk und die Stranggußanlagen und damit praktisch der Rest des Werkes Phönix stillgelegt werden — ebenso die Blockstraße und schwere Profilstraße im Werk Union und damit auch dieses sterben — erneuter Abbau von 4 000 Arbeitsplätzen. Auf dem Papier versprochen — zum dritten Mal in den letzten zehn Jahren — ist ein Neubau eines Stahlwerks auf der Westfalenhütte — nach dem Bruch zweier Versprechen wird es Hoesch sicher auf ein drittes Mal nicht ankommen. Damit wäre die Stahlbasis in Dortmund endgültig erledigt, die Verödung Dortmunds und des östlichen Ruhrgebiets die Folge — Arbeitslosenzahlen von über 15 Prozent noch niedrige Schätzungen.

Krupp

Die neuesten Pläne sehen vor, bis Ende 1982 die Block- und Halbzeugstraße in Bochum zu schließen, die Mitteleisenstraße in Duisburg-Rheinhausen, die Stabstahlstraße in Hagen-Vorhalle, die Drahtstraße in Hagen-Wehringhausen sollen ebenfalls geschlossen werden. Dazu Abbau im Angestelltenbereich um 15 Prozent — alles in allem — einschließlich der Schließung der Schmiedeproduktionsstätten in Hagen und Siegen — mindestens 5 300 Arbeitsplätze — und Hagen als Stahlstandort — nach dem Ende auch von Klöckner in Hagen — endgültig absterben [auch wenn sie zunächst im Aufsichtsrat nicht durchgekommen sind].

Mannesmann

Allein im Bereich des Hüttenwerks in Duisburg sollen von knapp 10 000 Arbeitsplätzen über 3 500 in den nächsten zwei Jahren wegfallen.

Klöckner

Geplant ist zum einen die Schließung der Roheisen- und Rohstahlbasis in der bisherigen Form in Osnabrück im Zuge der Umstellung auf das KS-Verfahren. Zusammen mit der Fastschließung von Hagen-Haspe sollen 2 000 Arbeitsplätze vernichtet werden. In Bremen planen die Konzernherren — unter Berufung auf unzureichende Quoten der EG — die Entlassung von 2 000 Kollegen — wenn ihnen nicht höhere Anteile am Warmbreitbandgeschäft zugestanden werden! In Sulzbach-Rosenberg, bei der Maxhütte — sollen von 6 000 Arbeitsplätzen über 4 000 vernichtet werden! Schon jetzt liegt in diesem Gebiet die Arbeitslosenquote bei über 15 Prozent!!

Thyssen

In Gelsenkirchen, seit Jahren neben Dortmund Spitzenreiter in der Ruhrgebietsarbeitslosenstatistik, soll die Roheisen- und Stahlbasis ebenfalls vernichtet werden — beim Schalker Verein und bei Gelsenguß sollen zwischen 1 500 und 2 400 Kollegen entlassen werden — ndziel auch hier vollständige Schließung beider Werke. Daneben weiterer Abbau in anderen Betrieben — insbesondere in den Edelstahlwerken um mindestens 2 000 weitere Arbeitsplätze. Geplanter Gesamtabbau im Konzern 10 000 Arbeitsplätze.

ARBED

Neben der befürchteten Stillegung der Beteiligung Eschweiler Bergwerksverein hat die ARBED die zweite Ausbaustufe des Stahlwerks Völklingen vorgezogen, wodurch der Abbau der Belegschaft im Saarland beschleunigt wird, außerdem ist geplant, die Arbeitsplatzgarantie für das Werk Homburg aufzukündigen. Dies würde den zusätzlichen Abbau von fast 3 000 Arbeitsplätzen bedeuten. Insgesamt ist geplant, 10 000 Arbeitsplätze allein im Bundesgebiet in den ARBED-Beteiligungen abzubauen.

Salzgitter

Für 1983 ist die Stillegung des Hochofens in Ilsede vorgesehen, sowohl in Peine wie in Salzgitter stehen insbesondere in den Walzwerksbereichen weitere Arbeitsplatzvernichtungen an. Gesamtabbau von 5 000 Arbeitsplätzen geplant.

Zur Einschätzung der Lohnrunde '81

Erstes Gefecht um „lohnpolitische Wende" gewannen die Unternehmer

Mit dem Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen in der Chemie-Industrie von Rheinland-Pfalz ist die diesjährige Lohnrunde wohl im wesentlichen gelaufen. Zum ersten Mal ist es den Unternehmern gelungen, den Gewerkschaften auf breiter Front Tarifabschlüsse zu diktieren, die deutlich unter der offiziellen Preissteigerungsrate liegen. Die Arbeiter und Angestellten konnten diesen Angriff auf ihre Reallöhne nicht zurückschlagen, obwohl im Verlauf der monatelangen Auseinandersetzungen in der Metallindustrie nahezu drei Millionen Metaller an Warnstreiks und Demonstrationen teilnahmen. Dies war eine bislang nicht dagewesene Massenbewegung bei einer Lohnrunde.

Die Lohnrunde 1981 ist in vieler Hinsicht anders gelaufen als wir es hier in der Bundesrepublik und in Westberlin bisher gewohnt waren. Das deutet sich schon in den Schlagworten an, die ihren Verlauf begleitet haben: „lohnpolitische Wende"; „neue Beweglichkeit"; „Reallohnsicherung" usw. Diese Schlagworte deuten bereits an, daß dies eine Lohnrunde war, die unter neuen Vorzeichen stand und die die Gewerkschaftsbewegung vor eine besondere Bewährungsprobe gestellt hat.

Die Ausgangslage

Worin besteht die besondere Ausgangslage, mit der wir es in dieser Lohnrunde zu tun hatten? Zweifellos besteht sie in der verschärften Krisenentwicklung des Kapitalismus. Das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik ist auf Null gesunken, die Arbeitslosigkeit verschärft sich massiv, die Teuerung nimmt zu und die Staatsverschuldung hat ein enormes Ausmaß angenommen. Weltweit steckt der Kapitalismus in einer schweren Überproduktionskrise und auch im Wirtschaftswunderland BRD gibt es keine Anzeichen dafür, daß es der Bourgeoisie möglich sein wird, schnell aus dem Sumpf der Krise auszubrechen.

Unter solchen Umständen muß sich unweigerlich der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital zuspitzen, muß sich der Klassenkampf verschärfen. Die Kapitalisten, die bisher bereit waren, ein paar Brosamen aus ihrem fetten Profitkuchen für die Werktätigen abzuzweigen, damit diesen das fromme Liedchen von der Sozialpartnerschaft vorgespielt werden konnte, lassen jetzt einen anderen Wind wehen.

Schon im Vorfeld der diesjährigen Lohnrunde inszenierten sie in der Öffentlichkeit eine Lohnstopp-Diskussion und brachten das Schlagwort von der „lohnpolitischen Wende" aufs Tapet. Ihre Strategie: 1981 erstmalig auf breiter Front Tarifabschlüsse zu diktieren, die erheblich unter der offiziellen Teuerungsrate liegen. Dies alles mit der Perspektive, in den kommenden Jahren dann eine Lohnpause und schließlich den direkten Lohnabbau, womöglich auch offene Senkungen der Nominallöhne auf die Tagesordnung zu setzen.

Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf?

Die Unternehmer bereiteten ihren Angriff auf die Reallöhne mit einem propagandistischen Trommelfeuer vor. Schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres setzte diese Propaganda massiv ein. Kurz zusammengefaßt enthielt sie folgende Behauptungen: Höhere Löhne treiben die Preise und führen gleichzeitig dazu, daß die Unternehmer nicht investieren können; Investitionen aber sind notwendig, um ein Wirtschaftswachstum zu erzeugen; ohne Wirtschaftswachstum wird sich die Arbeitslosigkeit verschärfen; höhere Löhne führen also zu mehr Arbeitslosen und verschärfter Inflation; niedrige Löhne dagegen bremsen den Preisauftrieb und sichern die Arbeitsplätze; ergo: Lohnverzicht ist der einzige Weg sowohl zur Reallohnsicherung als auch zur Eindämmung bzw. zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Diese Propaganda wurde unter anderem durch großformatige Zeitungsannoncen und mit Flugblattserien in Millionenauflage unter die Massen getragen. Um ihrem Einfluß zu begegnen, hätte der DGB eine massive Aufklärungskampagne dagegen organisieren und die Behauptungen der Unternehmer konkret und für die Masse der Werktätigen überzeugend widerlegen müssen.

Sicher gab es Ansätze zu einer gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit. Diese waren jedoch viel zu schwach. Vor allem aber waren sie nicht überzeugend und konsequent. Die Unternehmerpropaganda spekulierte mit der Angst vor Arbeitslosigkeit und sie suggerierte gezielt, daß Arbeiter und Unternehmer letztlich doch wieder im gleichen Boot sitzen, daß ihre Interessen im Kern übereinstimmen. Vom Standpunkt der Sozialpartnerschaftspolitik, wie sie von den Gewerkschaftsführern vertreten wird, ist es natürlich weder wünschenswert noch möglich, eine solche Propaganda von Grund auf zu entkräften und zu entlarven.

So ist es zwar eine Tatsache, daß die vergangenen Jahre mit ihrer Krisenentwicklung den Einfluß der Sozialpartnerschaftsideologie in der Arbeiterklasse untergraben haben. Es ist auf der anderen Seite jedoch genauso eine Tatsache, daß diese Ideologie nach wie vor relativ tief verwurzelt ist. Von daher ist es nicht verwunderlich, daß das Trommelfeuer der unternehmerischen Krisenpropaganda seine Wirkung nicht verfehlt hat.

Die scheinbar logischen „Argumente" der Unternehmer drangen in das Bewußtsein vieler Kollegen ein und lähmten zunächst einmal zu einem gewissen Grad den Willen zum entschlossenen Widerstand gegen den Reallohnabbau. So ist es zu erklären, daß in der Anfangsphase der Lohnrunde trotz des provokatorischen 2,5-Prozent-Angebotes der Unternehmer von einer Streikstimmung unter den Metallern doch relativ wenig zu spüren war.

Allerdings spielte dabei auch mit, daß vielen Kollegen zu diesem Zeitpunkt noch nicht so recht klar war, wie ultimativ die Unternehmer ihr „Hohnangebot" meinten: entsprechend ihrer „neuen Lohnformel" (nur der Produktivitätszuwachs dürfe Maßstab einer Lohnerhöhung sein, die Teuerungsrate hingegen müsse unberücksichtigt bleiben) waren die Unternehmer in der Tat entschlossen, über die 2,5 Prozent nicht wesentlich hinauszugehen.

Klar über die Unternehmerstrategie war sich hingegen sehr wohl von vornherein die Gewerkschaftsführung. Überdies waren die reformistischen Bonzen sich dessen bewußt, daß das von ihnen in Lippenbekenntnissen angeführte Ziel der Reallohnsicherung einzig und allein durch eine konsequente Mobilisierung der Arbeiterklasse, durch den vollen und klassenkämpferischen Einsatz gewerkschaftlicher Gegenmacht einschließlich eines entschlossen geführten Massenstreiks erreichbar war. Aber genau dies wollten die Loderer und Vetter natürlich verhindern.

Die „neue Beweglichkeit"

Auch die Gewerkschaftsbonzen standen in dieser Lohnrunde vor einer neuen Situation. Während in der Vergangenheit die Unternehmer noch bereit waren, sich gewisse Zugeständnisse am Verhandlungstisch „abringen" zu lassen, hatte sich ihre Kompromißbereitschaft nun radikal verringert. Wie sollten die Loderer daher einen Lohnraubabschluß von brutalen 3 Prozent an die gewerkschaftliche Basis verkaufen können?

So sehr die Loderer, Janßen und Co. ein offenes Ohr für die sogenannten „wirtschaftlichen Sachzwänge" haben — ein Abschluß dieser Art war ihnen denn doch zu explosiv. Er schien ihnen eine Bedrohung des „sozialen Friedens", nicht zuletzt aber auch ihres eigenen „Friedens" auf ihren Sesseln als Gewerkschaftsführer.

Da sich jedoch zeigte, daß die von ihnen signalisierte „magische Fünf" bei den Unternehmern auf strikte Ablehnung stieß (obwohl auch 5 Prozent ja schon einen erheblichen Reallohnabbau beinhalten) stand man vor einem Dilemma. Aus diesem Dilemma wurde die Taktik der „neuen Beweglichkeit" geboren.

Mit dem sogenannten „sanften Druck" der Warnstreiks wollten die Loderer und Janßen ihre „Sozialpartner" zu einem „tragfähigen Kompromiß" drängen, der wenigstens „optisch" mit der Parole der Reallohnsicherung auf einen Nenner zu bringen war. Gleichzeitig aber sollte diese Taktik die Streikschwelle hinausschieben, sollte sie verhindern, daß es zum Streik um echte Reallohnsicherung kommt.

Sicherlich war sich die IGM-Führung darüber klar, daß diese Taktik zweischneidig für sie ist: die Führung könnte von der Bewegung überrollt werden! In einer Situation, in der das Klassenbewußtsein der Arbeiter wächst und die klassenkämpferische und revolutionäre Opposition an der Basis stärker wird, kann jede Mobilisierung der Massen die reformistischen Bonzen in die Lage des berühmten Zauberlehrlings bringen, der die Geister, die er gerufen hat, nicht mehr zu bannen vermag.

Die IGM-Führung versuchte dem entgegenzuwirken, indem sie massiv die Behauptung propagierte, ein Flächenstreik sei nur im Interesse der Unternehmer, ja diese wollten der IG Metall einen Streik sogar aufzwingen, um dann mit dem Mittel der Aussperrung loszuschlagen und die Streikkasse der IGM ruinieren zu können.

In der Tat entwickelte die „neue Beweglichkeit" eine Eigendynamik, wie sie in diesem Maße wohl von niemandem, auch von uns Kommunisten nicht, vorausgesehen wurde. Mag die Gewerkschaftsführung am Anfang noch daran interessiert gewesen sein, daß ihre Aufrufe zu Warnstreiks von den Belegschaften auch voll befolgt werden, so änderte sich dies schnell. Die Sorge der Bonzen war es dann zunehmend, wie die Bewegung wieder eingedämmt werden konnte.

Da kamen dann solche Anweisungen der Ortsverwaltungen an Vertrauenskörperleitungen und Betriebsräte: *Im Betrieb bleiben! Nicht zur Demonstration ausrücken!* Da versuchte man, Betriebe aus den Streiks auszuklammern, um die Wirkung der Warnstreiks einzuschränken usw. Und Hans Janßen hatte alle Hände voll zu tun, um auf Streikversammlungen gegen die zunehmend breiter erhobene Forderung an der Basis nach Urabstimmung und Vollstreik zu agitieren.

Rettungsringe für Loderer

Nahezu drei Millionen Metaller waren schließlich an den Warnstreiks und Demonstrationen beteiligt. Nicht mehr nur in Betrieben mit Streiktradition, auch in Hunderten von Betrieben (darunter zahlreiche Mittel- und Kleinbetriebe), in denen Jahrelang nicht mehr oder überhaupt noch nie gestreikt wurde, kam es zu Aktionen. Eine solche Massenmobilisierung im Lohnkampf, eine solche aktive Beteiligung der breiten Schichten der Arbeiter und Angestellten an einer Tarifbewegung ist bisher einmalig in der Bundesrepublik und Westberlin.

Inzwischen ist klar, daß die Taktik der „neuen Beweglichkeit", wenn sie als Vorstufe, als Mobilisierungsphase für einen Vollstreik betrieben würde, ein ausgezeichnetes Mittel für den Aufbau einer machtvollen Streikfront sein kann.

Im Verlauf dieser mächtigen Bewegung greift immer mehr auch die Einsicht unter den Kollegen Platz, daß es notwendig ist, nicht nur für eine Fünf vor dem Komma, sondern für die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zu kämpfen, für die tatsächliche Absicherung der Reallöhne. Hätten die DGB-Bonzen es nur gewollt, sie hätten den Kampf für dieses Ziel führen können.

Da sich die Lohnrunde bei Metall durch ihre monatelange Dauer immer mehr mit den Lohnrunden in den anderen Branchen verknüpfte, wäre es auch möglich gewesen, aus den anderen Einzelgewerkschaften breite Solidaritätsaktionen zu entfalten, um so den Metallern als der Speerspitze der gewerkschaftlichen Front den Rücken zu stärken.

Die DGB-Bonzen jedoch taten genau das Gegenteil. Offen fielen die Führer der IG Bau-Steine-Erden mit ihrem 4-Prozent-Schandabschluß den Metallern in den Rücken. Dabei wurden die Bonzen allerdings von der eigenen Basis, von den kämpferischen Kollegen der IG Bau, ins Schienbein getreten: Sie brachten diesen Tarifabschluß zunächst einmal zum Platzen. Übel auch der Verrat, den die Bonzen der IG Bergbau und Energie sich leisteten, als sie ihren Nacht- und Nebelabschluß von 4,6 Prozent landeten, und zwar ausgerechnet in der Situation, da der IGM-Vorstand gezwungen war, die Verhandlungen in den meisten Tarifbezirken für gescheitert zu erklären.

Auch hieran zeigt sich übrigens, was das Gerede von Einheitsgewerkschaft im Munde solcher Arbeiterverräter wert ist. Ihre „Einheit" bestand darin, den Metallern ein Bein zu stellen und ihren „Kollegen" Loderer und Janßen Rettungsringe gegen die Streikgefahr zuzuwerfen.

Sieg oder Niederlage?

Die Gewerkschaftsführung versucht natürlich, den „Sindelfinger Kompromiß" als gewerkschaftlichen Erfolg darzustellen. Tatsache aber ist, daß die Kapitalisten, auch wenn sie einen deutlich niedrigeren Abschluß erreichen wollten, ihr Ziel im wesentlichen erreicht haben, erstmalig deutlich unter der Teuerungsrate abzuschließen.

Dieses Ziel war durch die große Massenbewegung der Metaller tatsächlich ernsthaft in Gefahr geraten und es wäre wohl auch direkt ins Wanken gekommen, wenn nicht Steinkühler in Sindelfingen die Notbremse gezogen hätte.

Realistisch gesehen muß man also von einer Niederlage für die Gewerkschaftsbewegung sprechen. Das erste Gefecht um die von den Kapitalisten angestrebte „lohnpolitische Wende" ist für die Arbeiterklasse verloren gegangen. Wir Kommunisten und alle klassenbewußten Gewerkschafter müssen selbstkritisch prüfen, ob wir nicht mehr hätten tun können, um diese Niederlage zu verhindern und was wir eventuell falsch gemacht haben. Vor allem aber müssen wir aus den Erfahrungen dieser Lohnrunde unsere Lehren für künftige Kämpfe ziehen.

Sicher hatten die oppositionellen Kräfte in der Gewerkschaft, hatte nicht zuletzt die RGO, ihren Anteil daran, daß die Bewegung der Metaller so stark und breit zum Tragen gekommen ist. Sicher ist aber auch, daß eine stärkere organisierte Opposition, ein einheitlicheres, schlagkräftigeres Handeln aller klassenkämpferischen oppositionellen Kräfte, notwendig gewesen wäre. In dieser Richtung muß jetzt überlegt, muß gemeinsam diskutiert werden, welche Schritte und Konsequenzen sich ergeben.

Der Streit, der im Unternehmerverband Gesamtmetall jetzt über den Tarifabschluß entbrannt ist, zeigt, daß jene Kräfte im Unternehmerlager zunehmen, die den Kurs gegen die Arbeiterklasse künftig ganz rigoros verschärfen wollen. Paul Pleiger, der Chef des nordrheinwestfälischen Metallunternehmerverbands, der aus Protest gegen den Abschluß von Sindelfingen aus dem Präsidium von Gesamtmetall zurückgetreten ist, ist ein Vertreter dieser Strömung.

Diese Kräfte wollten bereits in dieser Lohnrunde den frontalen Schlagabtausch mit den Gewerkschaften, mit Massenaussperrungen, verschärften Angriffen auf das Streikrecht usw. Sie wollten die 2,5 oder 3 Prozent tatsächlich um jeden Preis durchsetzen. Diese Kräfte sind es, die in Zukunft mehr und mehr die Politik der Unternehmerverbände bestimmen. Da braut sich ein äußerst aggressiver, äußerst reaktionärer Kurs des Kapitals zusammen.

Deshalb muß auch die Gewerkschaftsbewegung sich rüsten. Wir Kommunisten sind fest davon überzeugt, daß der weitere Aufbau und die Stärkung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition der sicherste, der notwendige Weg in dieser Richtung ist.



Verfassungsschutz-Skandal bei Opel/Bochum

Betriebsratsmitglied sollte als Spitzel angeworben werden!

BOCHUM. — Ein unerhörter Fall von Spitzeltätigkeit des Verfassungsschutzes im Betrieb wurde in der vergangenen Woche auf einer Informationsstunde des IG-Metall-Vertrauenskörpers von Opel/Bochum aufgedeckt. Ein Agent des Verfassungsschutzes hat versucht, das Betriebsratsmitglied Peter Jasczyk als Spitzel anzuwerben und auf bestimmte Gewerkschafter bei Opel anzusetzen. Die Betriebszelle unserer Partei bei Opel/Bochum brachte dazu Anfang dieser Woche eine Sonderausgabe der Betriebszeitung „Zündkerze" heraus. Der „Rote Morgen" hat sie nachstehend abgedruckt.

Vor einigen Wochen startete der Verfassungsschutz bereits den zweiten bekanntgewordenen Versuch, einen Funktionär der IG Metall bei Opel/Bochum als Spitzel gegen Belegschaftsmitglieder und Gewerkschafter anzuwerben. In der vergangenen Woche wurde der ungeheuerliche Vorfall den Vertrauensleuten auf einer INFO-Stunde mitgeteilt.

Folgendes hatte sich abgespielt: vor ein paar Wochen war bei dem Betriebsratsmitglied und als Mitglied der DKP bekannten Kollegen Peter Jasczyk ein Mann aufgetaucht, der sich als „Vertreter des Bundesinnenministeriums" vorstellte. Der Unbekannte bekundete Interesse an Informationen über andere Opel-Betriebsräte und Gewerkschafter. Auch war er in der Lage, gezielt Namen zu nennen. So etwa den des Kollegen Reppel, der ebenfalls Betriebsratsmitglied ist. Für die gewünschten Auskünfte sicherte der Mann Bezahlung zu.

Da die Umstände für eine Weiterführung des Gesprächs ungünstig waren, wurde ein neuer Termin vereinbart. Peter Jasczyk hatte allerdings keineswegs die Absicht, sich als Spitzel anwerben zu lassen.

Ein gewisser Madler alias Könken

Zu dem zweiten Treffen hatte Kollege Jasczyk dann verschiedene Vorbereitungen getroffen. So hatte er Kollegen als Zeugen zu sich gebeten. Prompt bekam dann der Verfassungsschutzagent auch kalte Füße und weigerte sich, das „Gespräch" fortzuführen. Man hinderte ihn allerdings mit Bestimmtheit daran, sich schnurstracks wieder von dannen zu stehlen. Daraufhin wurden dann Dinge bekannt, die ein Licht auf diesen staatlichen Geheimdienst und seine Praktiken werfen.

Der Agent hatte sich zunächst als Madler oder so ähnlich vorgestellt. Sein tatsächlicher Name jedoch lautet Siegfried Könken. Er stammt aus Weiden in der Pfalz. Als Chef seiner Abteilung (Abteilung 3 des Verfassungsschutzamtes in Köln) fungiert ein Mann namens Degenhardt. Könkens Auftrag bestand darin, Peter Jasczyk für Spitzeldienste anzuwerben. Der Agent hatte zu diesem Zweck eine „Verpflichtungserklärung" bei sich, ein vorgedrucktes Formular, auf dem nur noch Name, Wohnort usw. der angeworbenen Person einzusetzen waren (wir haben das Formular nebenstehend abgedruckt).

Sieben „Mitarbeiter" in Lauerstellung

Daß dieses Amt, das sich „Bundesamt für Verfassungsschutz" nennt, mit Steuergeldern reich bedacht wird (trotz aller „Sparmaßnahmen" und Verzichtsappelle in Bonn), zeigt sich an dem Aufwand, mit dem Peter Jasczyk geködert werden sollte: Der saubere Herr Könken, der in schnieker Kleidung auftrat (vielleicht auf Staatskosten?), führte immerhin 2 200 Mark mit sich. Davon waren 2 000 Mark als Spitzelgage für Jasczyk vorgesehen. Maximal sollte Peter Jasczyk ein monatlicher Judaslohn von 2 000 Mark angeboten werden.

Aber dem nicht genug: Bei dem zweiten Treffen erwies sich außerdem, daß vor Jasczyks Wohnung vier PKWs und sieben „Mitarbeiter" des Herrn Könken auf der Straße in Lauerstellung warteten, unter ihnen übrigens auch eine Frau.

Nur gegen sogenannte Extremisten?

Kolleginnen und Kollegen! Hier werden unsere Steuergelder dafür eingesetzt, Achtgroschenjungs einzukaufen, mit deren Hilfe man uns, die Arbeiter und Angestellten, bespitzeln, politisch überwachen und beschnüffeln läßt: am Arbeitsplatz, in der Kantine, auf Belegschaftsversammlungen, auf gewerkschaftlichen Treffs und Versammlungen und auch in unserer Freizeit. Das ist ungeheuerlich!

Da wird dann immer so getan, als richteten sich diese Spitzelpraktiken nur gegen den sogenannten „politischen Extremismus". Das ist Augenwischerei! Ist Kollege Reppel etwa ein „Extremist"? Kollege Reppel ist aktiver Gewerkschafter und SPD-Mitglied. Er ist Mitglied der gewählten Belegschaftsvertretung! Wer hier überwacht und ausspioniert werden soll, das sind die gewerkschaftlich aktiven Kollegen, sind die Aktivitäten der Arbeiter zur Verteidigung ihrer Interessen gegen die Opel-Bosse. Es ist der Widerstand gegen Lohnabbau und Arbeitsplatzvernichtung. Es ist das Eintreten für die Interessen der Arbeiterklasse!

Offensichtlich will man sich ein Bild machen, wer aktiv an Belegschaftsaktionen mitgewirkt hat und künftig mitwirkt, zum Beispiel an den Warnstreiks bei Opel in der letzten Tarifrunde. Im Zusammenhang mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise befürchtet dieser Staat offenbar, daß die Protest- und Kampfmaßnahmen der Arbeiterklasse künftig zunehmen. Bereits jetzt mehren sich die Versuche, gewerkschaftliche Streiks und Protestdemonstrationen als rechtswidrig abzustempeln und zu kriminalisieren.

Beschwichtigung der Öffentlichkeit?

Vergessen wir nicht, was 1933 geschah. Damals schleppte man die aktiven Gewerkschafter und klassenbewußten Arbeiter (egal ob sie Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen, oder sonst was waren) in die KZs und Folterkeller der Gestapo. Die Karteien, die man dafür benutzte, waren nicht erst unter den Nazis entstanden, sondern längst vorher, in der „demokratischen" Weimarer Republik. Deshalb gilt für uns heute: Wehret den Anfängen!

Bereits in den letzten zwei Jahren kamen reihenweise Fälle von Spitzelpraktiken des Verfassungsschutzes in den Betrieben ans Licht der Öffentlichkeit. Es gab daraufhin massive Proteste aus den Gewerkschaften. Auch der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall verabschiedete eine Resolution, in der diese Spitzeltätigkeit des Verfassungsschutzes verurteilt und ihre sofortige Einstellung gefordert wird.

All diese Proteste bewirkten, daß Innenminister Gerhard Baum zu Anfang dieses Jahres im Zusammenhang mit den Betriebsratswahlen öffentlich erklärte, der Verfassungsschutz werde aus den Betrieben zurückgezogen. Dienten diese Worte lediglich zur Beschwichtigung der Öffentlichkeit?

Rückhaltlose Aufklärung!

Auch bei Opel ist der Versuch, den Kollegen Jasczyk für den Verfassungsschutz anzuwerben, nicht der erste, der herausgekommen ist. Bereits vor anderthalb Jahren wurde bekannt, daß bei Opel ein Vertrauensleutesprecher angeworben werden sollte. Auch dieser Kollege hat den schmutzigen Antrag abgelehnt und die IGM von der Sache in Kenntnis gesetzt. Warum aber wurde dieser Fall damals von den verantwortlichen Stellen der IG Metall totgeschwiegen? Warum wurden damals nicht die Belegschaft und die Öffentlichkeit alarmiert?

Mit Vertuschen ist hier ausschließlich dem Agentengelichter und seinen Auftraggebern im Hintergrund gedient, egal wo diese sitzen mögen! Im Interesse der Belegschaft, im Interesse der Gewerkschaftsbewegung kann es nur eines geben: Vorbehaltlose Aufdeckung aller Bespitzelungsfälle! Deshalb fordert die KPD:

- **Jegliche Bespitzelung der Belegschaften und ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretungen muß verboten und sofort unterbunden werden!**
- **Verfassungsschutz raus aus den Betrieben!**
- **Die IGM muß entsprechende Schritte zur Verwirklichung dieser Forderungen einleiten!**

Aus dem Funken wird die Flamme schlagen!

ZÜND KERZE

Betriebszeitung der KPD — Juni 1981 — Opel Bochum

Verfassungsschutz-Skandal bei Opel

Betriebsratsmitglied sollte als Spitzel angeworben werden!

Vor einigen Wochen startet der Verfassungsschutz bereits den zweiten bekanntgewordenen Versuch, einen Funktionär der IG Metall bei Opel/Bochum als Spitzel gegen Belegschaftsmitglieder undGewerkschafter anzuwerben. In der vergangenen Woche wurde der ungeheuerliche Vorfall den Vertrauensleuten auf einer INFO-Stunde mitgeteilt.

Folgendes hatte sich abgespielt: vor ein paar Wochen war bei dem Betriebsratsmitglied und als Mitglied der DKP bekannten Kollegen Peter Jaszyzk ein Mann aufgetaucht, der sich als „Vertreter des Bundesinnenministeriums" vorstellte. Der Unbekannte bekundete Interesse an Informationen über andere Opel-Betriebsräte und Gewerkschafter. Auch war er in der Lage, gezielt Namen zu nennen. So etwa den des Kollegen Reppel, der ebenfalls Betriebsratsmitglied ist. Für die gewünschten Auskünfte sicherte der Mann Bezahlung zu.

Da die Umstände für eine Weiterführung des Gesprächs ungünstig waren, wurde ein neuer Termin vereinbart. Peter Jaszyzk hatte allerdings keineswegs die Absicht, sich als Spitzel anwerben zu lassen.

Ein gewisser Madler alias Könken

Zu dem zweiten Treffen hatte Kollege Jaszyzk dann verschiedene Vorbereitungen getroffen. So hatte er Kollegen als Zeugen zu sich gebeten. Prompt bekam dann der Verfassungsschutzagent auch kalte Füße und weigerte sich, das „Gespräch" fortzuführen. Man hinderte ihn allerdings mit Bestimmtheit daran, sich schnurstracks wieder von dannen zu stehlen. Daraufhin wurden dann Dinge bekannt, die ein Licht auf diesen staatlichen Geheimdienst und seine Praktiken werfen.

Der Agent hatte sich zunächst als Madler oder so ähnlich vorgestellt. Sein tatsächlicher Name jedoch lautet Siegfried Könken. Er stammt aus Weiden in der Pfalz. Als Chef seiner Abteilung (Abteilung 3 des Verfassungschutzamtes in Köln) fungiert ein Mann namens Degenhardt. Könkens Auftrag bestand darin, Peter Jaszyzk für Spitzeldienste anzuwerben. Der Agent hatte zu diesen Zweck eine Verpflichtungserklärung" bei sich, ein vorgedrucktes Formular, auf dem nur noch Name, Wohnort usw. der angeworbenen Person einzusetzen waren (wir haben das Formular nebenstehend abgedruckt).

Sieben „Mitarbeiter" in Lauerstellung

Daß dieses Amt, das sich „Bundesamt für Verfassungsschutz" nennt, mit Steuergeldern reich bedacht wird (trotz aller „Sparmaßnahmen" und Verzichtsappelle in Bonn), zeigt sich an dem Aufwand, mit dem Peter Jaszyzk geködert werden sollte: Der saubere Herr Könken, der in schnieker Kleidung auftrat

Verpflichtungserklärung

Ich erkläre hiermit, daß ich über folgende Punkte nachdrücklich belehrt worden bin:

1. Ich habe mich an die Weisungen der mich führenden Personen zu halten.

2. Abweichungen von den mir erteilten Weisungen kann mich in die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung bringen. Straffreiheit ist mir nicht zugesagt worden. Ich weiß, daß ich jede Kenntnis über Straftaten, die ich im Zusammenhang mit der Ausführung von Aufträgen erlangt habe, an die mich führende Person weiterzugeben habe.

3. Ich bin verpflichtet, mich so zu verhalten, daß ich mich nicht selbst enttarne.

4. Ich bin zur Geheimhaltung verpflichtet. Die Strafbarkeit des Geheimnisverrats ist mir bekannt.

5. Ich bin unterrichtet, daß alle Maßnahmen getroffen werden, die zu meiner Sicherheit erforderlich sind.

6. Ich darf auch gegenüber Behörden meine Verbindung zum VfB nicht offenbaren. Ist zu befürchten, daß diese Verbindung bekannt wird, habe ich unverzüglich die mich führende Person zu unterrichten.

7. In Vernehmungen in polizeilichen oder gerichtlichen Untersuchungen werde ich darauf hinweisen, daß ich ohne Aussagegenehmigung nicht aussagen darf. Vorher ist nach Möglichkeit zur Vermeidung einer Enttarnung die Weisung der führenden Person einzuholen.

8. Ich verpflichte mich, die von mir beschafften Informationen keiner anderen Organisation oder Person weder unmittelbar noch mittelbar zukommen zu lassen und nur mit der mir bekanntgegebenen staatlichen Stelle und deren Beauftragten zusammenzuarbeiten.

9. Ich bin aus freien Stücken bereit, an den mir gestellten Aufgaben mitzuarbeiten, und verspreche, wahrheitsgemäß zu berichten.

..................., den .... 19......

....
Unterschrift

Eine solche „Verpflichtungserklärung" hatte der Verfassungsschutz-Agent Siegfried Könken bei sich, als er versuchte, das Betriebsratsmitglied Peter Jasczyk als Spitzel anzuwerben.

Reallohnabbau auch bei Chemie

Einigung in der Schlichtung: 4,9 Prozent

HANNOVER/FRANKFURT. — In der Tarifrunde für die mehr als 600 000 Beschäftigten der chemischen Industrie ist eine Vorentscheidung gefallen. Bei den Schlichtungsverhandlungen für den Tarifbezirk Rheinland-Pfalz stimmten sowohl die Vertreter der IG-Chemie-Führung als auch der Unternehmer einer Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4,9 Prozent zu.

Der Kompromiß beinhaltet im einzelnen, daß die Löhne und die Ausbildungsvergütungen der Chemie-Beschäftigten im Bezirk Rheinland-Pfalz rückwirkend ab 1. Mai dieses Jahres um 4,9 Prozent angehoben werden. Die Laufzeit des ausgehandelten Vertrages beträgt 12 Monate. Es besteht kein Zweifel, daß dieses Ergebnis auch in den übrigen Tarifbezirken übernommen werden soll.

Damit müssen nun auch die Chemie-Beschäftigten einen spürbaren Reallohnabbau verkraften. Dies, obwohl gerade die Chemiekonzerne zur Zeit eine besonders gute Geschäftslage verzeichnen und enorme Profite scheffeln. So stiegen die Erzeugerpreise in der chemischen Industrie in den letzten zwei Jahren um insgesamt 16,2 Prozent. Im ersten Quartal dieses Jahres erhöhten die Chemiekonzerne ihre Preise bereits wieder um 6,8 Prozent. Die Aktien der Großchemie liegen derzeit beim Aktienindex an den Börsen in Führung. Zum Teil stiegen sie um 7,50 Mark je 50-Mark-Aktie.

Auf einer Protestversammlung der IG Chemie am 10. Juni in Düsseldorf, an der rund 1 200 Vertrauensleute und Betriebsräte teilnahmen, war eine Resolution verabschiedet worden, in der es unter anderem heißt: „Ein Kompromiß, der den Kaufkraftverlust weitgehend ausgleicht, der durch die Preissteigerungen entstanden ist, stellt die chemische Industrie wirtschaftlich vor keine unüberwindbaren Schwierigkeiten".

Dennoch hat die IG-Chemie-Führung jetzt einem Abschluß zugestimmt, der die Reallöhne (und damit auch die Kaufkraft der Chemie-Beschäftigten) um mindestens 3 Prozent sinken läßt. Denn nur durch die volle Durchsetzung der geforderten 7,5 Prozent wäre die offizielle Preissteigerungsrate zuzüglich der gestiegenen Sozialabgaben und der Steuerprogression ausgeglichen gewesen.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.

4630 **BOCHUM**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110,

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/52 39 66

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr

Meldungen

Tandler und die Grauen Wölfe

München. — In Bayern gibt es keine Grauen Wölfe mehr! Das jedenfalls behauptet der dortige Innenminister Gerold Tandler, der damit ein weiteres Mal versucht, faschistische Verbrecher in Schutz zu nehmen, was bayrische Behörden an dem Beispiel der Hoffmann-Bande seit langem vorexerzieren.

Dabei ist das Treiben der türkischen Faschisten in Bayern, der Druck, den sie auf dort lebende Arbeiter aus der Türkei ausüben, derart offensichtlich, daß es gegen Tandlers Behauptungen Proteste auch aus dem Lager der Landtagsparteien gibt. Dabei treten die Verbrecher, wie Tandler sehr wohl weiß, nicht mehr immer unter ihrem Organisationsnamen auf. Jedenfalls wurde erneut bestätigt, daß sie in der bayrischen Regierung gute Freunde haben.

SPD-Minister: Graue Wölfe kann man nicht verbieten

DÜSSELDORF. — Für ein Verbot der faschistischen Grauen Wölfe fehlen nach Ansicht des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Herbert Schnoor (SPD), bisher die rechtlichen Voraussetzungen!

Zur Begründung führte er an, ein Verbotsverfahren setze voraus, daß die von „einzelnen Türken" in der Bundesrepublik begangenen Straftaten oder die von ihnen abgegebenen Erklärungen „dann auch einer bestimmten Organisation angelastet werden können".

Wie schon bei den zahllosen Anschlägen und Mordtaten deutscher faschistischer Organisationen fragt man sich: was muß eigentlich noch alles passieren, wieviel Blut soll fließen, bis man den Mördern wenigstens die legale Grundlage entzieht? Als ob es nicht genug Beweise gäbe, die die Grauen Wölfe überführen.

Momentan ergibt sich doch die abartige Situation, daß die Grauen Wölfe zwar in der faschistisch regierten Türkei, aber nicht in der Bundesrepublik offiziell verboten sind.

Es gibt allerdings genügend Gründe, ganz bestimmte, gefährliche politische Absichten hinter diesem Verhalten der deutschen Behörden zu vermuten. In vielen Städten zeigte es sich, daß der von den Grauen Wölfen organisierte Terror und die darauf notwendigerweise erfolgende Gegenwehr benutzt wird, Greuelgeschichten über Schlachten zwischen extremistischen Türken von links und rechts zu verbreiten, um zum einen alle politisch tätigen Türken als „Terroristen" zu diffamieren und ein Verbot auch der demokratischen, antifaschistischen türkischen Organisationen vorzubereiten, um sich eine noch bessere Handhabe zu schaffen, die Mitglieder dieser Organisationen in Deutschland loszuwerden und den Henkern in Ankara ans Messer zu liefern.

Die heuchlerische Stellungnahme von Politikern wie Schnoor zeigen uns nur, daß wir unseren Kampf für Verbot und Zerschlagung der Grauen Wölfe verstärken müssen, ohne uns über die Hilfsbereitschaft der Parteien Illusionen zu machen.

Skandalöser BVG-Beschluß

Anschlag auf Verteidigerrechte

Fortschrittlicher Rechtsanwalt muß ins Gefängnis

KARLSRUHE. — Am 8. Juni verweigerte das Bundesverfassungsgericht (BVG) die Annahme einer Verfassungsbeschwerde des Heidelberger Rechtsanwalts Gerhard Härdle gegen seine Verurteilung zu 22 Monaten Gefängnis „mangels hinreichender Aussicht auf Erfolg". Härdle, der dem KBW nahesteht und für seine offensive und kompromißlose Verteidigung in politischen Prozessen bekannt geworden ist, war wegen angeblichen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und Falschaussage vor Gericht verurteilt worden. Mit dem Entscheid des BVG wurde der offizielle Schlußstrich unter einen Prozeß gezogen, mit dem einmal mehr ein fortschrittlicher Verteidiger mundtot gemacht werden soll und bei dem zu diesem Zweck elementare Rechte der Strafverteidigung außer Kraft gesetzt wurden.

Die Bedeutung der in diesem Zusammenhang verfügten Einschränkungen der Verteidigerrechte geht weit über diesen einen Fall hinaus und verdienen die Aufmerksamkeit aller, denen der Abbau grundlegender Rechte nicht gleichgültig ist.

Die Härdle zur Last gelegte „Körperverletzung" soll sich während zweier Polizeieinsätze gegen Wahlkampfstände des KBW im Jahre 1976 zugetragen haben — er, der tatsächlich von einem Polizisten mit dem Knüppel brutal mehrmals ins Gesicht geschlagen wurde, soll diesen in die Seite geschlagen haben. Zeugen für diesen Vorwurf: keine. Und das Urteil: 6 Monate ohne Bewährung für einen nicht vorbestraften Mann. Die Unhaltbarkeit dieses Urteils und die politische Absicht, die hinter dieser drastischen Bestrafung steckt, wird unter anderem in der folgenden richterlichen Ausführung deutlich:

Unangemessene Behandlung eines Polizisten

„Der vom Angeklagten PHK Brandl von hinten in die rechte Nierengegend versetzte Stoß stellt eine vorsätzliche Körperverletzung dar, und zwar in Form einer körperlichen Mißhandlung, d.h. einer üblen, unangemessenen Behandlung, die mehr als unerheblich das körperliche Wohlbefinden beeinträchtigt. **Dabei kommt es nicht darauf an, daß der verletzte Brandl keine besondere Schmerzempfindung verspürte und sich deshalb auch nicht in ärztliche Behandlung begab.**"

In der Berufungsinstanz zog man dann mit einem juristischen Trick eine Anklage wegen Falschaussage in einem ganz anderen Fall einfach hinzu, um einhöheres Gesamtstrafmaß zu erzielen. Diese „Falschaussage" soll sich in einem ganz anderen Zusammenhang ereignet haben und existiert sowieso nur in der „Überzeugung des Gerichts"; daß es massenweise Entlastungszeugen gibt, kann diese „Überzeugung" nicht erschüttern. Und für diesen Anklagepunkt kommen schließlich vor dem Landgericht nochmals 15 Monate Haft hinzu! Normalerweise werden wirkliche Falschaussagen vor einem Amtsrichter verhandelt und mit Geldstrafe geahndet.

Es ist nicht übertrieben, im Fall Härdle von einem Kesseltreiben zu sprechen. Mindestens sechs weitere Versuche, ihm irgendeine Straftat anzuhängen, waren in der Zeit vor den oben genannten Verhandlung wegen offensichtlicher Unsinnigkeit gescheitert.

Was sich vor dem Landgericht abspielte, rief selbst in bürgerlichen Kreisen Entsetzen hervor. Nach 48 Verhandlungstagen, in dem Härdle fast alle Verteidigungsmöglichkeiten und zuletzt sogar das Recht auf das letzte Wort genommen wurden, brauchte das Gericht für seinen Spruch nur 25 Minuten. Es gab kein förmliches Ende der Beweisaufnahme, zahllose in der Verhandlung zur Sprache gekommene Umstände wurden gar nicht gewürdigt. Der Schuldspruch sei „Ausdruck der inneren, freien Überzeugung des Gerichts" — damit baute man allen Anfechtungen vor. Natürlich legten Härdles Verteidiger Revision ein.

Das Rechtssystem wird zur Willkür

Selbst die „Süddeutsche Zeitung" schrieb damals: „Die Richter, die darüber zu befinden haben, werden es voraussichtlich nicht schwer haben, nach der Art und Weise, wie das Verfahren beendet wurde." Und sie mahnte: „Es wird auch darum gehen, auszuräumen, daß die richterliche Unabhängigkeit im bundesrepublikanischen Rechtssystem zur Willkür werden kann."

Na, und ob sie das kann!

Ohne überhaupt eine mündliche Verhandlung durchzuführen, wies der Bundesgerichtshof (BGH) die Revision ab.

Alle juristischen Skandale des Verfahrens und der Ablehnungsbegründung hier aufzuführen, würde zu weit führen. Es sei hier aus der Stellungnahme der Verteidiger Härdles zitiert, mit der sie auch die Einlegung der Verfassungsbeschwerde ankündigten.

Für die Wahrung der Verteidigerrechte

„Die Entscheidung des BGH ist von weittragender und allgemeiner bedeutung für verschiedene wesentliche Verfahrensfragen und bisher noch garantierte Verteidigungsrechte. Verteidiger in Strafprozessen werden sich nach diesem Beschluß künftig unter anderem darauf einzustellen haben,

- daß sie trotz der gesetzlich bestimmten Ladungsfrist von einer Woche erst einen Tag vor der Hauptverhandlung oder gar erst am Tage der Hauptverhandlung selbst zur Hauptverhandlung geladen werden, ohne die Aussetzung des Verfahrens zum Zwecke ausreichender Vorbereitung herbeiführen zu können,
- daß sie einen Zeugen nur noch befragen dürfen, wenn sie vorher sämtliche beabsichtigten Fragen schriftlich dem Gericht zur Zensur vorgelegt haben,
- daß sie nichts dagegen unternehmen können, wenn unzuständige Richter über die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen haben,
- daß sie — soweit sie selbst angeklagt sind — in Abwesenheit abgeurteilt werden können, obwohl sie vor einem anderen Gericht im Interesse ihres Mandanten unbedingt an diesem Tag die Verteidigung wahrnehmen müssen."

Zahlreiche Juristen, Anwaltskammern, Strafverteidigervereinigungen usw. bekräftigten die hier getroffenen Feststellungen und erklärten sich mit Härdle solidarisch, unterstützten die Verfassungsbeschwerde. Zum Beispiel protestierten 378 Juristen mit einer Zeitungsanzeige in der „Zeit" gegen die Vollstreckung des Urteils und das drohende Berufsverbot für Härdle.

Keine Aussicht auf Erfolg

„Keine Aussicht auf Erfolg" bescheinigte das BVG der Beschwerde gegen die aufgezählten Rechtsbrüche. Und befaßte sich nicht weiter damit. Damit hat das höchste entscheidende Organ dieser Republik die drastische Beschneidung der Rechte demokratischer Strafverteidiger abgesegnet. Diese Entscheidung ist Bestandteil und neuer Höhepunkt in dem Bemühen, die politische Verteidigung in unserem Lande auszuschalten. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen!

Haftstrafen wegen „Werbung für terroristische Vereinigung"

Verletzung elementarer Menschenrechte

Verfolgung der RAF ist nur ein Vorwand

Eine drastische Einschränkung demokratischer Rechte probt der westdeutsche Staat zur Zeit wieder einmal im Zusammenhang mit der Verfolgung von „Terroristen". Nach bewährtem Muster zählt man darauf, daß Grundrechtsbeschneidungen, die mit dem Kampf gegen die RAF begründet werden können, von großen Teilen der Bevölkerung nicht weiter registriert oder als unumgänglich hingenommen werden, weil sie sich konkret nicht betroffen fühlen.



Wegen solcher Parolen sitzen 50 Menschen seit Wochen in Isolationshaft!

Gemeint sind die harten Urteile, die zur Zeit gegen eine ganze Reihe von Personen wegen „Werben für eine terroristische Vereinigung" gefällt werden.

Wie im RM bereits berichtet, wurden Dutzende von Verfahren gegen Menschen angestrengt, die sich aus Anlaß des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen gegen die wahrhaft unmenschlichen Haftbedingungen aussprachen, denen Häftlinge in den Hochsicherheitstrakts, in der Isolationshaft unterworfen sind. Allein die Forderung nach Aufhebung dieser Haftbedingungen wird als „Werbung für eine terroristische Vereinigung" gewertet und dementsprechend verfolgt. Amnesty international spricht in einem Brief an Generalbundesanwalt Rebmann, den sie am 5.6. in London bekanntmachte, von 200 Personen, die zur Zeit in Haft sind, weil sie „ihrer Unterstützung für eine Protestbewegung politischer Gefangener Ausdruck verliehen" haben. Davon sitzen 50 in Untersuchungshaft in Hochsicherheitstrakten, ohne daß ihnen irgendwelche Gewalttaten vorgeworfen werden können!" Diese Inhaftierungen und Anklagen sind ein Angriff auf die freie Meinungsäußerung", schreibt amnesty weiter. Und bevor sich amnesty in der Bundesrepublik zu solchen Äußerungen veranlaßt sieht, muß schon einiges passieren.

In der Tat sind diese Inhaftierungen und die Ermittlungsverfahren, deren Zahl noch sehr viel höher liegt, eine ungeheuerliche Verletzung grundlegendster demokratischer Rechte. Nach der Logik der Staatsanwaltschaften darf man sich nicht mehr öffentlich für jemanden einsetzen, der wegen des bloßen Verdachts auf Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung" — und wer weiß, auf welche Organisationen dieser Begriff in Zukunft noch ausgeweitet wird — in Haft sitzt! Die bloße Isolation durch die Sicherheitsverwahrung reicht nicht, diese Menschen sollen von der Öffentlichkeit vergessen werden, keine Möglichkeit mehr finden, ihr Anliegen bekannt zu machen. Es fehlt nur noch ein Erlaß, der der Presse eigene Stellungnahmen zur Haftsituation verbietet und die Berichterstattung auf regierungsoffizielle Mitteilungen beschränkt. (Ein Beispiel dafür hat die faschistische Türkei Anfang Juni geliefert.) Damit wird ein politischer Gefangener vollkommen schutzlos der Willkür der Justizbehörden ausgeliefert!

Wie weit die Brutalität der Behörden geht, sieht man besonders deutlich daran, daß es selbst den Angehörigen politischer Gefangener verwehrt werden soll, sich öffentlich für die minimalsten menschlichen Bedürfnisse ihrer Kinder, Brüder und Schwestern einzusetzen. Auch gegen sie laufen Ermittlungsverfahren.

Dem aufgezeigten Ziel der Justiz entsprechen die Strafen, die bisher erfolgt sind und in Zukunft erfolgen sollen.

Der jüngste Fall: In München wurden am 5. Juni drei Personen wegen Parolenmalens verurteilt, nachdem sie drei Monate in Untersuchungshaft gehalten wurden: Inge P. zu einem Jahr, Andreas B. und Gerhard S. zu je sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Bemüht wurde dafür das Bayrische Oberste Landesgericht. Unter normalen Umständen hätte es schlimmstenfalls ein Verfahren wegen einfacher Sachbeschädigung vor einem Amtsrichter geben dürfen, wobei eine Geldstrafe herausgekommen wäre — gesetzt den Fall, man hätte irgendwas beweisen können.

Der beauftragte Senat des Gerichts unterstrich ausdrücklich die skandalöse Auffassung, daß unter „Werbung" nicht allein das Anwerben von Mitgliedern, sondern „jede Art von Propaganda" für die betroffene Organisation zu verstehen sei. Also z.B. auch für die Forderungen der Hungerstreikenden.

Alle Demokraten müssen sich darüber klar sein: Hier, wie schon früher, bei allen anderen angeblich gegen Terroristen gerichteten Maßnahmen wie die Einschränkung der Verteidigerrechte usw. usf., werden grundlegende Bestandteile der Menschenrechte außer Kraft gesetzt, werden Grundsatzurteile gefällt. Es wird eine Praxis eingeübt, die sich in nicht allzu ferner Zeit gegen alle demokratischen Kräfte richten wird. Betroffen sind wir alle, die wir nicht gewillt sind, den reaktionären und kriegstreiberischen Kurs der Regierung mitzumachen. Betroffen ist jeder, dem die Wahrung demokratischer Freiheiten am Herzen liegt. Erheben wir deshalb unseren Protest gegen diese Maßnahmen des Staates!

Schluß mit der reaktionären Sonderbehandlung der politischen Gefangenen!
Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen Parolenmaler und Flugblattverteiler!
Aufhebung aller bisherigen Urteile in diesen Verfahren!
Freilassung aller Personen, die deswegen in U-Haft sitzen!

Sudetendeutscher Tag 1981

Lauter Ruf nach Revanche

Vertriebenenverbände als Vortrupp der Reaktion

FRANKFURT. — „Sudetendeutscher Tag 1981" — mit Wehrmachts-Marschmusik, revanchistischen Gesängen und kriegshetzerischen Ansprachen fielen am Pfingstwochenende die Verbände der „heimatvertriebenen" Sudetendeutschen in Frankfurt ein. Anwesend waren natürlich auch Vertreter anderer Revanchistenverbände, rechtsradikaler Organisationen und der Bonner politischen Parteien sowie die politische Prominenz der Stadt und des Landes Hessen. Die Einstimmung zu der Versammlung gab ausgerechnet ein SPD-Mann: Holger Börner hielt die Begrüßungsrede.

Das ist natürlich keine große Überraschung, weder bei Börner noch ganz allgemein bei seiner Partei, die sich überall bereitfindet, den Revanchisten und Faschisten Gelegenheit zur Selbstdarstellung und zur Werbung für ihre kriegerischen Ziele zu geben. Zuletzt bei der Tagung der „Paneuropa-Union" in Kiel. An der Basis seiner Partei, besonders unter der Jugend, hat sich Börner allerdings mit seinem Auftritt noch mehr Feinde gemacht als er bisher schon hatte. Unter anderem die Jungsozialisten hatten gefordert, den Auftritt Börners zu verhindern.

Ansonsten aber präsentierte sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft auch in Frankfurt als das, was sie wirklich ist: einer der rechtsextremistischen Vortrupps von CSU und CDU. So stehen denn auch an ihrer Spitze CSU-Politiker, darunter ihr Sprecher Walter Becher. Die Schirmherrschaft über die „sudetendeutsche Volksgruppe" hat der Freistaat Bayern. (Strauß 1979: „Bayerns vierter Stamm".)

Das politische Klima in der Bundesrepublik der letzten Jahre, besonders die weltweit betriebene Kriegspropaganda der USA und der Bundesregierung, haben den revanchistischen Organisationen in unserem Land Auftrieb gegeben. Entsprechend war der Ton, den ihre Vertreter in Frankfurt anschlugen.

„Geistige Kapitulation und Wehrlosmachung ziehen das Unglück an!" so hetzte Becher gegen alle, die den Konfrontationskurs der NATO, Aufrüstung und atomare Bewaffnung nicht mitmachen wollen. „Täuschungskünstler und Irrlehrer" nannte er all die, die einen Weg aus dem Wahnsinn des Rüstungswettlaufes weisen, die für einseitige Abrüstung oder gar für den Austritt aus dem westlichen Kriegsbündnis eintreten und dabei sind, dafür eine Massenbewegung auf die Beine zu bringen. Becher rief alle reaktionären und kriegslüsternen Kräfte zur Gegenwehr auf, zur Bildung einer „Koalition für die Wahrung der Freiheit", die „täglich und stündlich zu üben" sei.

Die Freiheit dieser Leute ist die Unfreiheit ganzer Völker und nicht zuletzt die Knechtung des deutschen Volkes, ist die Freiheit des „Dritten Reiches", dessen Grenzen sie wiederhergestellt sehen möchten. In diesem Sinne nahm er das Wort „Freiheit" noch sehr oft in den Mund.

Und Becher vergaß auch nicht, der Schmidt-Regierung Dank und Vertrauen auszusprechen. „Wir stehen zum Bundeskanzler, zur Bundesregierung", so erklärte er in seinem Aufruf, den er — sicher als Gegenstück zu den zahlreichen Friedensappellen der letzten Monate — „Frankfurter Appell" nannte, „wir stehen zu allen im Bundestag vertretenen Parteien, wenn sie die Sicherung des Gleichgewichts der Kräfte als die Grundlage eines Zustandes erachten, der uns über drei Jahrzehnte den Frieden erhielt und noch weiterhin erhalten soll." Unter Sicherung des Kräftegleichgewichts versteht Becher auch die Stationierung der Atomraketen in Westdeutschland. „Wir stehen zu der im deutschen Bundestag vorgetragenen Bekundung, daß Freiheit das höchste aller Güter sei. Wir verurteilen jene als Demagogen, die verantwortliche Männer an der Spitze unserer westlichen Verbündeten nur deshalb beschimpfen, weil sie sich offen zu diesem Grundsatz bekennen." Na also — auch Reagan hat hier treue Freunde.

Es fehlte natürlich nicht der offen erhobene Anspruch auf die Inbesitznahme tschechischer Gebiete durch die Sudetendeutschen, die Becher schlicht „den zentralsten Stamm deutscher Nation" nannte. „Wir können warten", meinte Becher weiter und heuchelte Friedfertigkeit. Dennoch klang aus seinen Worten der heiße Wunsch, das Warten möchte nicht mehr allzulange dauern.

Den „Karlspreis" seiner Organisation überreichte Becher dem Bundestagspräsidenten Stücklen (CSU). Zu den liebsten Gästen des Treffens zählte unter anderem auch Alfred Dregger und Otto von Habsburg.

Als Werber für Militarismus und Krieg sind die Vertriebenenverbände nicht nur den Unionsparteien, sondern auch der Regierung willkommen. Im Rahmen ihrer Propagandaschlacht zugunsten der NATO-Rüstung setzen sie alle Reserven ein. Dafür ist ihnen auch der Einsatz riesiger Geldmittel recht, die auch aus Steuergeldern in die Propagandakassen der Landsmannschaften fließen.

Deshalb unsere Forderungen:

- **Schluß mit der Finanzierung der revanchistischen Organisationen!**
- **Auflösung der Vertriebenenverbände!**



Es sind immer noch die gleichen Gesichter: unverbesserliche Revanchisten auf den vielfältigen Treffen der Vertriebenenverbände

Runde 13 000 DM alles in allem zahlen wir unseren Abgeordneten in Bonn jeden Monat. Und was kommt dabei heraus? Nichts. Es ist doch jedem klar: Wir brauchen mehr Waffen und wir brauchen mehr Soldaten. Wie sollen wir Deutschen sonst wieder groß werden?

Glosse

Und was machen unsere Abgeordneten? Nur halbe Sachen. Beschließen lumpige 55 Mrd. für die Rüstungsausgaben, betteln dem Volk da und dort ein paar Pfennige für die Rüstung ab und können sich noch nicht einmal entschließen, die Frauen zum Bund einzuziehen. Noch nicht einmal ein Mann wie Franz Josef Strauß hat den Mut, dem Volk klipp und klar zu sagen: Was sind 13 Millionen Kinder gegen 322 Tornados? Kinder sind nutzlose Esser, es sei denn...

Genau. Es sei denn, unsere Kinder vertun ihre Zeit nicht mit sinnlosen Sandkastenspielen, sondern leisten etwas für Volk und Vaterland. Und genau das ist mein Vorschlag, der Vorschlag einer deutschen Mutter, für die Lösung aller unserer Probleme. Was, Sie meinen, ich wollte die Kinder wieder in die Fabriken schicken? Gott bewahre, ich bin selbstverständlich ein Gegner der Kinderarbeit. Nein, mein Vorschlag heißt: Einziehung der Kinder in die Bundeswehr!

Natürlich, ein paar unverbesserliche Pazifisten werden jetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Aber seit wann hören wir auf solche Krawallmacher?

Die Vorteile meines Vorschlags sind so überwältigend, daß es wirklich verwunderlich ist, daß vor mir noch niemand darauf gekommen ist:

1. die Kinder wären weg von der Straße; 2. es bräuchte kein Mutterschaftsgeld mehr gezahlt zu werden, weil ja auch die Säuglinge schon sinnvoll eingesetzt werden könnten — etwa zum Weckdienst; 3. das gesamte Kindergeld könnte gespart werden, weil die Kinder dann aus dem Rüstungshaushalt verpflegt werden könnten; 4. alle Diskussionen um kostenlose Kindergärten würden sich erübrigen, weil die Kindergärten und auch die Schulen dann abgeschafft werden könnten; 5. auch das Geschrei um das Kriegsspielzeug würde aufhören, weil unsere Kinder dann ja keine Spielzeuggewehre mehr nötig hätten; 6. gäbe es keine Probleme mehr mit dem Wehrdienst der Frauen. Denn wenn die Kinder beim Bund wären, würden sich die Mütter geradezu darum reißen, bei ihren Kindern sein zu können. Oder etwa nicht?

Und warum werden solche guten Ideen im Bundestag nicht erörtert? Weil es zu wenig Frauen dort gibt. Zu wenig deutsche Mütter wie mich...

Maulkorb für Bastian?

Drohungen gegen Atomwaffen-Gegner

„Bedroht und diffamiert" fühlt sich General a.D. Gert Bastian, der sich seit langem gegen die Stationierung amerikanischer Atomraketen in unserem Land einsetzt, durch die sozialdemokratische Leitung des Bundesverteidigungsministeriums. Dazu hat er allen Grund, wie aus dem jetzt von ihm dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt vorgelegten Briefwechsel zwischen ihm und den Staatssekretären Hiele und Penner hervorgeht.

Herr Hiele zum Beispiel beschwert sich in einem Schreiben über Bastians Aktivitäten, durch die in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, er sei „nunmehr der ‚sicherheitspolitische Kronzeuge' derjenigen Kräfte, die die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland schwächen wollen." Und weiter heißt es: „Es wäre zu wünschen, wenn Sie dem vorherrschenden Eindruck stärker entgegenträten.

Bei Ihren Äußerungen ist das verfassungsmäßig geschützte Recht auf freie Meinungsäußerung unbestritten. Dennoch erlaube ich mir den Hinweis, daß sich auch für ausgeschiedene Soldaten aus Art. 5 Abs. 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit den Bestimmungen des Soldatengesetzes bestimmte Schranken ergeben. Danach sind Sie zu einem Verhalten verpflichtet, das der Achtung und dem Vertrauen gerecht wird, die für eine Wiederverwendung im Dienstgrad eines Generalmajors erforderlich sind...

Ich bitte Sie, sich bei ihrem zukünftigen Verhalten ein größeres Maß an Zurückhaltung aufzuerlegen. Es wäre zu bedauern, wenn das Bundesministerium der Verteidigung die Einleitung eines disziplinarrechtlichen Verfahrens gegen Sie vorgeschlagen werden müßte..."

„Ich kann nicht glauben, daß rechtsstaatliches Handeln nach diesem Maßstab in unserem Land in die Illegalität verwiesen werden kann", schrieb Bastian unter anderem zurück.

Nun, versuchen wollen die Verantwortlichen in unserem Staat offensichtlich alles, um das Recht der Meinungsfreiheit zu unterdrücken, wenn es zur Sicherung des Rechts auf Frieden und Freiheit genutzt wird. Und dabei ist man nicht zimperlich, auch mit denen nicht, die grundsätzlich weder die staatliche Ordnung noch die Regierungspolitik insgesamt noch die Bundeswehr als ganzes oder auch nur das NATO-Bündnis insgesamt ablehnen oder in Frage stellen. Allein die Gegnerschaft zu den Atomraketen reicht. Das zeigt deutlich, wie wichtig für die Herrschenden diese Frage ist, wie wild entschlossen sie sind, die Atomrüstung um jeden Preis durchzusetzen. Und die nötige Ruhe an der Heimatfront zu schaffen.

Bei diesem Versuch stehen Erpressungen, Zwangsmaßnahmen und Drohungen gegen Abgeordnete, wie sie letztens im Bundestag zu erleben waren, in einer Reihe mit dem nun versuchten Maßregelung Bastians.

Nehmen wir diese Vorfälle als Warnung. Nehmen wir sie gleichzeitig als Bestätigung dafür, daß die massenhaften Friedensaktionen Wirkung zeigen, daß wir also auf dem richtigen Weg sind.

Meldungen

Soldat in Haft

MÜNCHEN. — Sieben Tage Haft ist die Strafe für den Kanonier aus Landshut, der am 23. Mai in Uniform an der Massendemonstration gegen die Atomraketen teilgenommen und eine Ansprache gehalten hatte. Mit dieser drastischen Maßnahme unterstreichen die Militaristen, daß sie den Widerstand der Soldaten gegen die ihnen zugedachte Rolle als williges Kanonenfutter mit allen Mitteln brechen wollen. Man kann davon ausgehen, daß diese Strafe eher das Gegenteil bewirkt, denn die Solidarität mit dem betroffenen Soldaten ist sehr groß. Mit Sicherheit werden auch in Zukunft und auch in Bayern Soldaten in Uniform für den Frieden marschieren.

Aktion gegen SS-Treffen

500 Antifaschisten, unter ihnen viele Gewerkschafter, demonstrierten an Pfingsten gegen das behördlich genehmigte und von Polizeitruppen geschützte Treffen ehemaliger SS-Verbrecher in Bad Hersfeld.

Die SS-Divisionen „Leibstandarte Adolf Hitler" und „Hitlerjugend", die sich hier zu einem „Kameradschaftstreffen" versammelten, waren während des zweiten Weltkrieges unter anderem verantwortlich für die Tötung von mehreren tausend Zivilisten in Charkow (UdSSR), die Tötung von mindestens 4 000 russischen Zivilisten 1942, die Ermordung jüdischer Flüchtlinge am Lago Maggiore, Morde in Polen, bei der Ardennenoffensive und bei Dünkirchen.

Im Rahmen einer Kundgebung riefen mehrere antifaschistische Redner, darunter z.B. die Vertreterin der DGB-Jugend Claudia Pickel und der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz, zu verstärktem Widerstand gegen den Neonazismus auf.

„Entbeamtung" bei der Post

Auch Postminister Gscheidle hat jetzt fünf DKP-Mitgliedern, die von einem Berufsverbot bedroht sind, das Angebot gemacht, sich „entbeamten" zu lassen und als Angestellte weiterzuarbeiten. Fünf von vielen anderen. Damit wird also auch im Postbereich der faule Kompromiß praktiziert, der — auch wenn eine Annahme durch einen Betroffenen in der konkreten Situation sinnvoll sein mag — doch alles andere ist als eine Lösung des Berufsverbote-Problems, der Diskriminierung fortschrittlicher Menschen festschreibt und der Willkür bei der Auswahl derer, denen solch ein Angebot gemacht wird, Tür und Tor öffnet. Und schon gehen die Überlegungen im Postministerium dahin, diesen Weg auch gegenüber eingefleischten Rechtsradikalen zu praktizieren, die eigentlich wegen ihrer fortgesetzten Hetzpropaganda ins Gefängnis gehören.

Rheinland-Pfalz führt Todesschuß ein

Der gezielte Todesschuß durch Polizeibeamte wurde vom rheinland-pfälzischen Landtag gesetzlich verankert. Das neue Polizeiverwaltungsgesetz erlaubt den Polizisten die Erschießung von Menschen, sobald sie ihre „körperliche Unversehrtheit" „schwerwiegend gefährdet" sehen, wenn ausdrücklich nicht nur eine Gefahr für das Leben gemeint ist. Weiter aufrecht erhalten wird in dem Gesetz auch die bisher schon vorgesehene Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten. Die derzeitige Lage in der Bundesrepublik, so CDU-Innenminister Kurt Böckmann, stelle sich als „rechtsstaatliche Gratwanderung mit hoher Absturzgefahr" dar. Und dabei möchte er sich auf den Schutz durch Kriegswaffen verlassen können, deren Einsatz er sich auch ganz konkret vorstellen kann. Ohne eine solche Ausrüstung der Polizei müsse sie „bei bestimmten Lagen entweder untätig zusehen, oder es müßten andere Institutionen zum Einsatz kommen."

27. Juni, Düsseldorf

Antifaschistischer Aktionstag

Majdanek-Prozeß vor dem Abschluß

Zum aktuellen Stand im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß gegen faschistische Massenmörder erhielten wir das folgende Schreiben Düsseldorfer Antifaschisten:

Liebe Freunde!

Nach über fünfjähriger Dauer sollen im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß am 30.6. und 1.7.1981 die Urteile gesprochen werden. Es ist zu befürchten, daß einige Angeklagte freigesprochen werden.

Die von der Düsseldorfer antifaschistischen Stadtzeitung „Alarm" gegründete „Presseinitiative Majdanek-Prozeß" hat aus diesem Grund vor einigen Wochen einen Aufruf veröffentlicht, in dem gefordert wird, daß kein einziger KZ-Mörder freigesprochen wird.

Dieser Aufruf, der zwischenzeitlich von verschiedenen Einzelpersonen und Verbänden unterzeichnet wurde, wird in den nächsten Tagen der Presse übergeben. Dieser Prozeß, dessen Skandale und Prozeßführung jeden Antifaschisten und Nazi-Verfolgten ins Gesicht schlägt, darf nicht sang- und klanglos abgeschlossen werden. Die „Presseinitiative Majdanek-Prozeß" hat für den 27.6.81 eine Demonstration vom Landgericht ausgehend gemeldet. Wir rufen Euch zur Teilnahme auf.

Mit freundlichen Grüßen
Presseinitiative Majdanek-Prozeß c/o Olaf Müller, Suitbertusstr. 6., 4000 Düsseldorf, Tel.: 314546.

Und das wird am 27. Juni passieren:

Antifaschistische Mahnwache vor dem Landgericht. Beginn: **10 Uhr.**

Demonstration für die strenge Bestrafung der Menschenschlächter. Beginn: **ca. 12 Uhr.**

Veranstaltung unter Beteiligung ehemaliger KZ-Häftlinge aus Polen. Beginn: **15 Uhr.**

Wir rufen alle unsere Leser besonders in NRW auf, Demonstration und Veranstaltung zu unterstützen. Solidaritätsadressen sind an die obengenannte Anschrift zu richten.

Gmünder Bürger gegen Atomtod

Korrespondenz aus Winnenden

Liebe Genossen,

Anbei ein kurzer Bericht über die Demonstration am 28. Mai in Schwäbisch-Gmünd gegen den NATO-Doppelbeschluß.

Jedoch kurz zur Vorgeschichte. Die Anregung zu dieser Demonstration ging von der vor einiger Zeit gegründeten Friedensinitiative des Rems-Murr-Kreises aus, in dem sich zwölf örtliche Friedensinitiativen, über die Parteigrenzen hinweg, vereinigt und sich zum Ziel gesetzt haben, den Doppelbeschluß, zu Fall bringen. Das politische Spektrum geht von „Ohne Rüstung leben", die derzeit noch die Hauptstütze und die treibende Kraft ist, über DGB, SPD, die Grünen, DFG-VK, DKP, VVN, kirchliche Gruppen, alternative Kulturprojekte, Spontis, Freischaffende Linke, bis zu uns und der VOLKSFRONT; auch sind viele Einzelpersonen des Kreises daran beteiligt.

Auch in den örtlichen Gruppen sind alle politischen Gruppen vertreten, und die Gruppen zeichnen sich durch sehr große Solidarität um des gemeinsamen Zieles willen aus. Ich habe eine solche Solidarität unter den Gruppen für ein gemeinsames Ziel in meiner langjährigen politischen Arbeit noch nie erlebt. Der ganze Organisationsklüngel ist nicht vorhanden, und wo er auftaucht, wird er hart bekämpft. So z.B. in Schwäbisch Gmünd, wo auf Initiative des Rems-Murr-Kreises eine Friedensinitiative entstand „Gmünder Bürger gegen den Atomtod", in der vor allem der DGB, VVN, DKP und die Grünen vertreten sind. Dort wurde kurzerhand die DKP und die VVN von den Grünen ausgeschlossen, mit der Begründung, daß viele Atomwaffengegner durch die Teilnahme der DKP an der Einheitsfront abgeschreckt würden. Diese gründete daraufhin kurz entschlossen einen Arbeitskreis Frieden, der den Kundgebungsplatz in der Zeit vor der Abschlußkundgebung für ein Friedensfest mietete (auf dem laut Flugblatt der Revis „das Bier in sattem Strahl fließen und der Ranzen spannen" sollte).

Auf dem Treffen des Koordinationsausschusses wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution das Verhalten der Grünen auf's schärfste verurteilt, da der Anti-Kommunismus nur den Kriegstreibern nützt und Spaltung höchsten Grades ist und gefordert, DKP und VVN unverzüglich wieder in die Bürgerinitiative aufzunehmen. Die DKP wurde aufgefordert, ihr Fest sofort wieder abzusagen, sich auf die Plattform der Einheitsfront zu stellen, die sich auch gegen die russischen SS20 und für die Auflösung der Militärblöcke ausspricht, und ihre Spalterpolitik zu unterlassen. Anderenfalls sollte die Öffentlichkeit breit über die Rolle der DKP, die sich gern als „die Friedenskraft" aufführt, aufgeklärt werden.

Die Demo selbst lief dann so ab, daß Radfaherer von Waiblingen aus mit Plakaten und Transparenten Richtung Schwäbisch Gmünd fuhren. In jedem Ort schlossen sich mehr an, so daß etwa 300 bis 400 Radfahrer mit Polizeibegleitung, Blaulich und so, am Sammelplatz ankamen. Dort sammelten sich dann schnell etwa 5000 Demonstranten. Mit 1000-2000 hatten wir vom Koordinationsausschuß gerechnet. Die Demo war sehr kämpferisch und entschlossen und machte auf die Passanten einen sehr guten, disziplinierten Eindruck. Auch die Abschlußkundgebung war sehr kämpferisch. Es sang die Song-Gruppe des DGB und die Redner — vier an der Zahl, darunter der Dekan aus Schwäbisch Gmünd — heizten die Stimmung ordentlich an. Der Ruf „Raus aus der NATO" wurde immer lauter. Wir hatten ein Transparent mit der Forderung „Keine Atomraketen in Europa" mitgetragen.

Man kann sagen, daß die Demonstration und vor allem das einheitliche Handeln aller Gruppen und Kriegsgegner ein voller Erfolg für den Friedenskampf und die Friedenskämpfer waren und ein guter Beginn für die weitere Friedensarbeit im Kreis.

W. Halder, Winnenden

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1800,— DM im Jahr, Ehepaare 3600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

„Engholm heißt er, uns bescheißt er!"

BOCHUM (VOLKSKORRESPONDENZ). — Am 3.6. demonstrierten 40000 Studenten, Schüler und Absolventen des zweiten Bildungsweges in Bonn gegen den Regierungsentwurf zur 7. Bafög-Änderung.

In einem Flugblatt der Kommunistischen Studenten heißt es zum vorliegenden Regierungsentwurf:

„• die Gesamtausgaben für Bafög sollen bis 1984 eingefroren werden, trotz steigender Studentenzahlen und wachsender Inflationsrate

• die Erhöhung des Bafögs soll auf April '82 verschoben werden und auch dann soll der Höchstförderungsbetrag nur um 40,— Mark auf 660,— Mark, der Elternfreibetrag um 130,— Mark auf 1400,— Mark angehoben werden. Selbst nach eigenen Angaben von Minister Engholm bleibt diese „Erhöhung" weit hinter der tatsächlichen Steigerung der Lebenshaltungskosten zurück.

• Schon im Herbst sollen Strukturveränderungen in Kraft treten, die besonders Studenten des zweiten Bildungsweges und der Fachhochschulen treffen und faktisch darauf hinauslaufen, daß für viele die Fachhochschulen Endstation des zweiten Bildungsweges werden. (...)

Betroffen sind vor allem die Kinder aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien, Kinder aus Mehr-Kinder-Familien und Studenten, die über den zweiten Bildungsweg kommen. Betroffen sind diejenigen, deren geringes Bafög schon jetzt nicht zum Leben reicht, die schon jetzt nebenbei arbeiten müssen und damit das Studium in der Bafögregelzeit nicht schaffen können. Es sind diejenigen betroffen, deren Eltern in der zurückliegenden Tarifrunde einen Reallohnabbau hinnehmen mußten und nun mit Scherheit das Geld zur Unterstützung der Kinder nicht haben."

Deswegen lauten unsere Forderungen:

• Sofortige Erhöhung des Bafög-Höchstförderungssatzes auf 750,— Mark und des Elternfreibetrages auf 1500 Mark.

• Keine Verschiebung der Anpassung!

• Jährliche Anpassung der Bafögsätze an die gestiegenen Lebenshaltungskosten! Ersatzlose Streichung der unsozialen Darlehensregelung!

• Erhöhung des Bafög-Haushaltes auf Kosten des Rüstungshaushaltes!

40000 Studenten demonstrierten an diesem Mittwoch gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage. Bildungsminister Engholm, der uns mit den sattsam bekannten Sprüchen — „Alle müssen den Gürtel enger schnallen" — abspeisen wollte, wurde mit einem Pfeifkonzert zum Abtritt gezwungen.

Sehr viel Beifall erhielt dafür der Betriebsratsvorsitzende von Krupp/Hagen, der darauf hinwies, daß sich Bosse und Minister den Wanst vollschlagen, während es vor allem die Werktätigen sind, die den Gürtel enger schnallen müssen.

Er stellte klar, daß sich Arbeiter, Schüler und Studenten nicht auseinanderdividieren lassen dürfen, wie es die Herrschenden gern sehen würden, die der Bevölkerung weis machen wollen, daß Studenten nur Faulenzer seien. Gemeinsam müssen wir, die unter der Sparpolitik der Regierung leiden, kämpfen und zu noch größeren Aktionen finden.

Einen besonderen Gag hatte sich der VdS noch einfallen lassen. Ein Werbeflugzeug, auf dessen Schwanz sonst immer nur Sprüche wie „Dash wäscht so weiß ..." zu lesen sind, flog während der Kundgebung über Bonn mit der Parole: „Bildung statt Rüstung", was jedem bewußt machte, in welche Richtung der Kampf geführt werden muß.



Die Stimmung bei der Demonstration war bestens

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

ROTER MORGEN — Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Gerhard Stäbler:

Musikalische Weiterbildung während der Arbeitszeit — bei vollem Lohnausgleich!

Erfahrungen von Reisen nach Albanien

Gerhard Stäbler, Musiklehrer aus Essen, besuchte im Frühling dieses Jahres zum wiederholten Male das sozialistische Albanien. Mit einer westdeutschen Studiengruppe sammelte er Erfahrungen über das albanische Musikleben, die er in diesem Artikel für uns zusammengefaßt hat.

Ein etwa zehnminütiger Bericht über die Studienreise, untermalt mit Original-Musikbeispielen, lief bereits am 2. Mai im WDR. Einblicke in die albanische Kultur gab er Autor dieses Artikels auch am 9.5. in der Essener Volkshochschule, wo die albanischen Filme „Frühling in Gjirokastra“ und „Auge in Auge“ gezeigt wurden. Am 23.5. veranstaltete G. Stäbler zusammen mit einigen Reiseteilnehmern, ebenfalls in Essen, ein Seminar über albanische Kultur.

Hier nun der Bericht, beginnend mit der Abfahrt aus Vlora.

Gute zwei Stunden fährt nun schon der Bus mit einer deutschen Studiengruppe von der Industrie- und Hafenstadt Vlora aus an die albanische Riviera; die **albanische** Riviera, wohlgemerkt, die unberührt ist vom internationalen Jetset und den „unvermeidlichen“ Hotels und Spielcasinos.

Eine schmale Küstenebene passieren wir zunächst. Links der Straße erheben sich in ungefähr zwei Kilometer Entfernung Hügel, dahinter Berge. Nicht, daß sich dadurch der Charakter der Bebauung ändert! Nahtlos setzen sich die Weinberge, Baumwollfelder, Orangenplantagen und Olivenhaine auf Terrassen fort. Das Ergebnis einer jahrzehntelangen mühsamen Pionierarbeit. Rechts der Straße richtet sich der Blick auf die Jonische See mit malerisch gelegenen Arbeitererholungsheimen und weiten Sandstränden am Fuße schroff abfallender Felsen.

An der albanischen Riviera

Auf dem Weg in Richtung Süden verengt sich unmerklich der Küstenstreifen, die Straße steigt an, führt durch Tunnels in Serpentinen hoch zum Llogara-Paß, den wir als erste ausländische Gruppe befahren. Mischwald und Weiden lösen allmählich das frühlingshaft blühende kultivierte Land ab, bis wir bei ca. 1 200 Meter die Paßhöhe erreichen und bei einer Ferienkolonie mit zeltartigen kleinen Bungalows Halt machen. Die Kuppen der Berge rund um den Llogara tragen noch Schnee, während auf der anderen Seite des Passes der Berg wiederum mit bis in den kleinsten Winkel bebauten Terrassen zum Meer abfällt.

Nach einem Picknick am Strand des Kurortes Dhermi und einem erfrischenden Bad in der Jonischen See erreichen wir Himara, einen kleinen Ort der Region „Laberia“ im Zentrum der albanischen Riviera. Durch Alt-Himara, das an einen Berghang gebaut ist, fahren wir direkt hinunter zum neueren Teil des Dorfes. Vor dem Kulturhaus empfangen uns stämmige, von Wind und Sonne gebräunte Männer in weißen Röcken mit schwarzen Joppen, breiten Tuchgürteln und Kappen. Auch eine Gruppe Frauen in reichbestickten Trachten erwartet uns. Sie haben ihre Frühjahrsarbeit auf den Feldern und in den Werkstätten des Dorfes unterbrochen, um uns zu Ehren ihre Lieder und Tänze vorzutragen:

Es sind episch angelegte, mehrstimmige Gesänge, äußerst kräftig und kehlig gesungen.

In den Chören berichten uns die labischen Bauern, Fischer und Handwerker ihre bewegte Geschichte, singen stolz von den erfolgreichen „40 Jahren beim Terrassenbau“ und stimmen nach dem „Lied über das heutige glückliche und sorgenfreie Leben“ ein „Lob auf die proletarische Demokratie“ an, die sie „mit Gewehr und Kanonen“ zu verteidigen versprechen. Das ist beileibe kein leeres Versprechen, kein Lippenbekenntnis; denn einige der Chorsänger und -sängerinnen haben einmal selbst im Kampf gegen die Beys, die albanischen Großgrundbesitzer, und gegen die ausländischen Besatzer gestanden, die das Land aussaugten und unterdrückten.

Das Leben im Lied

Kein Wunder, daß der Kampf gegen die Osmanen bis zur Proklamation der Unabhängigkeit Albaniens im Jahre 1912 ebenso lebendig ist wie der opferreiche Partisanenkrieg gegen die Truppen Mussolinis und Hitlers, der schließlich im November 1944 mit der Befreiung und der Gründung der Volksrepublik Albanien endete. In einem „Lied über die Emigranten vor der Befreiung“ vergleichen die Sänger auch die elende Lage des in den 30er Jahren wohl ärmsten Landes Europas mit der Situation in der Sozialistischen Volksrepublik heute, in der es weder Arbeitslosigkeit, noch Steuern, noch Lücken in der Versorgung mit Lebensmitteln gibt, in der selbst Brotgetreide, das früher auch in der Gegend von Himara für zwei, drei Monate im Jahr reichte, exportiert wird. Das Lied erinnert zugleich daran, daß die albanischen Landsleute in Jugoslawien (bei einem Pro-Kopf-Einkommen von nur 29 Prozent des jugoslawischen Landesdurchschnitts) gerade heute gezwungen sind, unter erheblichem wirtschaftlichen und politischen Druck auszuwandern.

Mit ihren kunstvoll vorgetragenen Gesängen beweisen die Bauern und Arbeiter aus der Laberia ein hohes Maß an politischer Reife und breitem historischem Wissen. Als z.B. im Jahre 1980 der in Albanien bekannte und geschätzte ehemalige Partisan und Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, Hysni Kapo, stirbt, komponieren die Leute von Himara kollektiv ein Lied über ihn. In der traditionell epischen Form ihrer polyphonen Chöre zeichnen sie seinen Lebensweg nach, seinen Kampf als Kommunist für die Befreiung des Landes, seine Tätigkeit als Staatsmann und Politiker Albaniens, der zusammen mit Enver Hoxha, dem 1. Sekretär der Partei der Arbeit, bei der Konferenz der 81 Kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1960 in Moskau die Sache des Sozialismus und Kommunismus verteidigt, der nicht zuläßt, daß die sowjetische Führung beispielsweise Vlora zu einem U-Boot-Stützpunkt für ihre Aggressionspläne ausbaut, und der später die chinesischen Vorhaben durchkreuzt, Albanien als reines, allenfalls leichtindustrialisiertes Agrarland in Abhängigkeit zu halten. In Gestik und Musik bekräftigen Himaras Werktätige entschlossen, Hysni Kapos Vorbild nachzueifern, dessen Ideen ihnen als Garantie für ihre Erfolge beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gelten, die ohne Einmischung ausländischer Mächte allen Teilen des Volkes ein gesichertes Auskommen und umfassende kulturelle Entfaltung ermöglicht. Der Verlust Hysni Kapos wird zwar im Lied betrauert, es wird jedoch nirgends Platz gelassen für Resignation oder Angst vor der Zukunft. Im Gegenteil: Statt des wehmütigen Charakters alter Totenklagen, von denen es aus früherer Zeit unzählige gibt, ist das Lied von großem Optimismus geprägt.



Im heutigen Albanien ist die Kultur zur Sache des ganzen Volkes geworden. Unser Bild zeigt eine Gruppe musizierender und tanzender Albaner in einem Ausflugsort in der Nähe von Saranda, wo auch die deutsche Reisegruppe Station machte.
Foto: Silvia Jansen

Musikalisch wird das besonders durch den unerschütterlichen, starken Gesang, durch die Steigerung der Lautstärke und die Beschleunigung des 7er Grundrhythmus am Ende des Liedes zum Ausdruck gebracht.

Zweifellos hat man es bei den polyphonen Gesängen Südalbaniens mit sehr alten, über Jahrhunderte hinweg gepflegten Liedern zu tun. Charakteristisch für sie ist ihre horizontale Struktur. Sie erinnert an die frühchristliche gregorianische Musik. Auch die antiken Griechen dürften bei den im Theater verwendenten Chören klanglich ähnliche Gesänge dargeboten haben. Auf Sardinien etwa kann man ebenfalls noch heute auf solche Lieder stoßen. Ausgeführt wird die polyphone Vokalmusik von Männer-, Frauen- oder der Emanzipation der Frau entstandenen gemischten Chören, von Greisen- oder Kindergruppen. Ein bis vier Vorsänger deklamieren in der Art eines Rezitativs den Text, während die anderen (mindestens vier) Chorsänger auf einem lang durchgehaltenen, sehr kräftigen Vokal dem Lied eine harmonische Grundlage geben. Immer wieder werden einzelne Sänger Kommentare wie z.B. ein anfeuerndes „hajde“ (los, vorwärts!), ein verwundertes oder ironisches „oh“ usw. ein. Die langen Volkale bzw. horizontalen Chorklänge werden zuweilen auch rhytmisch stampfend zerhackt. Oftmals wird dazu getanzt, im Kreis oder Halbrund, aber immer in der Gruppe.

Im übrigen gibt es gerade in der Gegend von Himara, wie überall in Südalbanien, vorwiegend Vokalmusik, während die Tradition des Nordens mehr Instrumentalmusik kennt und Einzelsänger bzw. kleine Gesangsgruppen bevorzugt. In nördlichen Gegenden wird abwechslungsreicher rhythmisiert als in südlichen. Man gebraucht gern 5er, 7er, 11er Metrik, auch Großtakte bis zu 25/8tel oder unregelmäßig betonte 9/8tel-Takte, quasi 4/4tel Takte mit gedehntem viertem Viertel. Während man im Süden hauptsächlich einfache Hirteninstrumente gebraucht, verwendet man im Norden, neben den verschiedenen Flöten und Pfeifen, Klarinetten- und Schalmeienarten, Zupf- und Streichinstrumente, Pauken, Trompeten, Tambourinen bis hin zum Dudelsack, zu Glocken, Muscheln, Löffeln und Küchenblechen. Oft werden die einzelnen Gattungen zu einer Art „Zufallsorchester“ zusammengefaßt, wobei das Zusammenspiel nach heterophonen bzw. homophonen Prinzipien koordiniert wird.

Die Heldentaten der Gegenwart

Gerade die fast ausschließlich mündlich tradierte Volksmusik und -poesie stellen neben der Pflege der eigenen albanischen Sprache in der Vergangenheit die bedeutendsten kulturellen Waffen des albanischen Volkes in der Auseinandersetzung mit Belagerern und Eroberern dar. Gesungene Heldensagen gibt es natürlich früher auch, oder Streitlieder, die zur Blutrache unter verfeindeten Stämmen aufstacheln. Es existieren ebenso melancholische Gesänge über das triste Stadtleben oder — wie erwähnt — Trauerklagen, in denen voller Verzweiflung der existenzbedrohende Tod eines bäuerlichen Familienoberhauptes betrauert wird. „Sängern alter epischer Rezitative kann man hier und da noch in den nordalbanischen Bergen begegnen, doch beschränken sich ihre Zuhörer allenfalls auf Folkloreforscher“, schreibt der englische Musikethnologe Albert L. Lloyd in seinem 1980 erschienenen Aufsatz „Das neue Volkslied in Albanien“, und fährt fort: „Die Bauern haben an einem Abend andere Dinge zu tun, als am Kamin zu hocken und stundenlag Märchen über Kämpfe anzuhören, die die Helden von Jutbin gegen bösartige Geister ausfochten. Beim neuen albanischen Volkslied wird zwar der Stil des epischen Rezitativs immer noch verwendet, aber mit weit mehr Elan; die Erzählungen sind kurz und die Heldentaten werden nicht mehr in der Welt der Mythologie verlegt, sondern passieren in der alltäglichen Umgebung.“ Und zur Kontinuität der musikalischen Produktion bemerkt der albanische Folklorewissenschaftler Benjamin Kruta in seinem Vorwort zur Sammlung „Këngä nga Folklori i Ri“ (Neue Volkslieder), die von der Albanischen Akademie der Wissenschaften 1974 veröffentlicht wurde: „Ein typisches Phänomen, dem beim zeitgenössischen Volksmusikschaffen Beachtung geschenkt werden muß, ist das Aufkommen neuer Weisen auf der Grundlage des melodischen Repertoirs optimistischer Lieder aus dem Hochzeitszeremoniell. Vor allem rührt das von dem fröhlichen Charakter dieser gesellschaftlichen Manifestation her, denn viele Hochzeitslieder sind von Begeisterung und Optimismus erfüllt. Genau diese Elemente sind es auch, denen sich die neuen Melodien öffnen und von denen sie sich nähren.“

Bauern — Komponisten

Auch wenn die albanische Volksmusik, insbesondere die südalbanische Polyphonie, altverwurzelt ist und seit eh und je nach bestimmten Regeln und festgelegten musikalischen Wendungen improvisiert wird, stutzt man zunächst, wenn man hört, daß die Bauern und Handwerker Himaras (wir wären schnell „musikalisch Ungebildete“ assoziieren) heute solche komplexen Lieder selbst, ja sogar **gemeinsam** komponieren; ein Vorgang, der nach unserer Erfahrung äußerst schwierig ist.

Aus der Agitpropbewegung der 20er/30er Jahre kennt man Bemühungen kollektiven Komponierens. Man kennt sie auch von politisch engagierten Musikgruppen wie den Wiener „Schmetterlingen“ oder dem „Linksradikalen Blasorchester“ aus Frankfurt. Ansonsten bleibt bei uns kollektives Komponieren Ausnahme, weil sich vor allem Amateure damit recht schwertun. Die Verbindung zu professionellen Musikern und das notwendige handwerkliche Können fehlt meist. In Albanien dagegen ist kollektives Komponieren unter Arbeitern und Bauern nicht ungewöhnlich. Ein Beweis dafür, daß die mehrstimmigen Chöre nicht von offiziellen Schreiberlingen verfaßt und dann den Leuten zum Gebrauch verordnet werden, sind gerade die selbstgeschaffenen Gesänge aus Himara. Abgesehen davon, daß es ziemlich große „offizielle“ Könner sein müßten, um solch eine sprachlich, lebenskräftige Musik zu schreiben.

Fortsetzung im nächsten RM

Eine konzentrierte Kampagne im Warschauer Pakt

Die Lage in Polen wird immer schwieriger

Ergebnisse des ZK-Plenums sind ein Waffenstillstand

WARSZAWA. — Das Zentralkomitee der revisionistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei versammelte sich am 9. Juni zu einer Dringlichkeitssitzung. Dabei wurde zum einen die Forderung einiger Mitglieder nach einer Neuwahl des Politbüros abschlägig entschieden, zum anderen versprach Parteichef Kania die Fortsetzung seines sogenannten Reformkurses — bei entschlossener Bekämpfung antisozialistischer Kräfte. Mit diesem Ergebnis, so Kania, sei Polen vor einer großen Gefahr gerettet worden. Damit spielte er auf einen sowjetischen Drohbrief an, der wenige Tage zuvor aus Moskau abgesandt worden war und in dem er persönlich und der Premier Jaruzelski angegriffen worden waren.

Auf der Sitzung des Zentralkomitees selbst, auf der es nach offiziellen Aussagen zu „schweren Auseinandersetzungen" kam, trat eine Reihe von Rednern auf, die vor dem Hintergrund des sowjetischen Briefs an die polnische Parteiführung — offen eine Neuwahl des Politbüros forderten.

Die Lage hat sich in den letzten Wochen tatsächlich immer mehr zugespitzt, ist immer schwieriger und komplizierter geworden. Der für den nächsten Monat geplante außerordentliche Parteitag der PVAP wird in einer Situation vorbereitet, in der die polnische revisionistische Partei selbst faktisch in verschiedene ideologische und politische Strömungen aufgespalten ist.

Da ist zum einen die Basis der Partei. Dort ist es eine Tatsache, daß im letzten halben Jahr mehrere Hunderttausend Mitglieder die Partei verlassen haben, daß ein großer Teil der Arbeiter, die Parteimitglieder sind, auch Mitglieder der Gewerkschaft „Solidarität" sind. Dieser Strömung geht es, wie der übergroßen Mehrheit der parteilosen Solidaritätsmitglieder auch, im wesentlichen um die Erfüllung der berechtigten Arbeiterforderungen, auf deren Basis diese Gewerkschaft entstand.

Auf der anderen Seite gibt es unter gewissen Kreisen der Parteimitgliedschaft auch Verbindungen selbst mit offen reaktionären Strömungen, Verbindungen, die im wesentlichen im kleinbürgerlichen Bereich bestehen.

Da ist zum anderen der Funktionärskörper der Partei und des Staatsapparats, der sich zunehmend differenziert, aber unter dem Druck der Gewerkschaftsbewegung steht. Die einen von ihnen sind die Basis für eine sich bildende offen sozialdemokratische Fraktion in der Partei selbst, die anderen — die Mehrzahl — hat unter den gegenwärtigen Umständen nicht den Mut oder die Kraft, sich gegen den Kurs der Parteiführung von sich aus zu Wehr zu setzen. Diese Leute stellen die Hauptmasse solcher Zusammenschlüsse wie das Forum von Katowice.

Und diese Strömungen haben denn schließlich auch ihre Vertreter in der Führung der Partei, die nach dem Sturz Giereks allerdings von den sogenannten Reformwilligen beherrscht wird. Alle diese Strömungen fechten parteiinterne Machtkämpfe aus, bereiten den Parteitag vor.

Zum anderen bekommen in Polen die reaktionären Kräfte tatsächlich Aufwind, bezieht der hohe katholische Klerus offen antisozialistische Positionen, treten immer neue nationalistische Vereinigungen ans Tageslicht, machen die Privateigentümer, die es in Polen in einem Ausmaß gibt wie in keinem anderen pseudosozialistischen Land, ihre Ansprüche immer deutlicher geltend. Alle diese Kräfte versuchen natürlich, auch ihren Einfluß auf die „Solidarität" auszubauen, die Gewerkschaftsbewegung für ihre Ziele auszunutzen.

Währenddessen bleiben die wesentlichen praktischen Forderungen, die die „Solidarität" stellt, obwohl sich, wie zu erwarten war, die Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaft verstärken, berechtigte gewerkschaftliche Forderungen, die die wirtschaftliche Lage der Werktätigen verbessern sollen.

Eine politische Lage, die sich in ihrer Gesamtheit also recht deutlich von jener unterscheidet, die vor nun ziemlich genau 13 Jahren, im Sommer 1968, in der CSSR herrschte. Dort hatte der offen kapitalistisch-liberale Kurs der Dubcek-Leute im wesentlichen nur eine Basis unter dem städtischen Kleinbürgertum, vor allem den Studenten. Dort gab es keine Massenbewegung, keine Massenbewegung der Arbeiterklasse vor allem und schon gar nicht eine organisierte Arbeiterbewegung, wie jetzt in Polen.

Der sowjetische Brief, der ein Drohbrief ist, der hinter höflichen Anreden einen arroganten Großmachtton zeigt, soll hier zunächst einmal die prosowjetischen, die seit dem August letzten Jahres in den Hintergrund gedrängten Kräfte sammeln und mobilisieren und ihnen Mut machen.

„Wenn das Schlimmste geschähe und die Feinde des Sozialismus an die Macht kämen, wenn Polen nicht mehr von den sozialistischen Staaten verteidigt würde, dann würden sich sofort die gierigen Hände des Imperialismus nach ihm ausstrecken. Wer könnte danach die Souveränität und die Grenzen Polens als Staat garantieren? Niemand."

Das ist Imperialistenlogik! Das heißt, ganz im USA-Stil, ohne uns könnt ihr euch nicht behaupten, seid ihr verloren, wir sichern euch — wenn nötig auch vorsorglich und gegen euren Willen.

Der Brief der KPdSU stellt eine Zusammenfassung der ganzen Kampagne gegen Polen, die in letzter Zeit in den Staaten des Warschauer Paktes geführt wurde, in konzentrierter Form dar.

Die Ablösung Giereks, so heißt es da, sei aufgrund der schweren Fehler der letzten Jahre begrüßt worden. Kein Wort mehr davon, daß noch auf dem letzten Parteitag der PVAP alle anwesenden revisionistischen Parteien die „Erweiterung der sozialistischen Demokratie durch Giereks Methode der politischen Konsultation" als wesentliche Bereicherung des Sozialismus feierten. Eine Führungsmannschaft fallenlassen, opfern — dagegen haben die Moskauer Imperialisten nichts einzuwenden, das ist auch bei ihnen längst üblich in schwierigen Zeiten.

Aber man habe immer betont, so schreibt das ZK der KPdSU, man müsse gegen die konterrevolutionären Kräfte vorgehen — was Kania und Jaruzelski auch bejaht hätten, aber geschehen sei nichts. Dieser offene Angriff auf die Parteiführung, die entsprechend dem Brief also die Konterrevolution gewähren läßt, das ist es, was an die Sommertage 1968 erinnert.

Die polnischen Arbeiter: ihr Kampf ist es, der das kapitalistische System ins Wanken bringt, ihnen gelten die Drohungen.

Auf drei Punkte konzentrierte die Moskauer Revisionisten ihren Brief an die polnischen Revisionisten: die Tatsache, daß die Massenmedien Polens heute in der Hand antisozialistischer Kräfte seien, die Tatsache, daß die Ordnungskräfte, Miliz und Armee, nicht gestärkt worden seien, und die Gefahr, daß Opportunisten die Führung der Partei auf dem Parteitag ergreifen könnten, was sich daran zeige, daß zahlreiche verdiente Aktivisten der Partei jetzt ihre Funktionen verloren.

Anders als in der Pressekampagne von Prawda, Rude Pravo und Neues Deutschland, die auch auf dem Parteitag der DKP und in der UZ mitgetragen wird, (siehe Artikel Seite 13) vermeidet es das ZK der KPdSU in seinem Brief, die Gewerkschaft Solidarität ausdrücklich als Hauptfeind zu nennen. Es werden nur jene Arbeiter beschworen, die dem Feind auf den Leim gegangen sind.

Mit den Feinden, die die Massenmedien beherrschen, können aber nach Lage der Dinge nur die Gewerkschafter gemeint sein. Denn die klerikale Propaganda, in verschiedenen Abstufungen, ebenso wie auch die Aktivitäten nationalistischer Gruppen — wenn auch nicht im jetzigen Ausmaß — gab es bereits zu Giereks und zu Gomulkas Zeiten. Was dazu in die Presse kam, sind die Klagen der Arbeiter.

Was die zahlreichen verdienten Parteiaktivisten betrifft, so ist es eine unumstößliche Tatsache, daß die Mehrheit jener, die ihre Posten verloren, dies aufgrund ihrer Verwicklungen in Korruptions- und Bereicherungsaffären hinnehmen mußten, die vom Mädchenhandel bis zum Millionenraub reichten.

Denn der Hauptgrund dafür, daß die Gewerkschaft Solidarität im Brief des ZK der KPdSU nicht erwähnt wird, besteht ja nicht etwa darin, daß diese von den Moskauer Revisionisten plötzlich nicht mehr als Hauptfeind betrachtet wird. Sie waren es ja, die diese Kampagne überhaupt erst so organisiert hatten.

Der Hauptgrund ist, daß dieser Brief bereits einen Schritt weiter geht: er stellt allgemein fest, es ist ein konterrevolutionäre Lage entstanden, jetzt muß gehandelt werden, dafür müssen die Kräfte gesammelt und organisiert werden. Deswegen auch dieses Schwergewicht auf Ordnungskräfte und auf den Zustand der Partei selbst.

Damit soll natürlich auch bereits jetzt eine Rechtfertigungsargumentation für die Möglichkeit einer aggressiven sowjetischen Handlung geschaffen werden, wobei es nicht geschickt wäre, allzuviel gegen eine Gewerkschaft zu schreiben.

Deshalb ist auch die Hauptsorge der sowjetischen Revisionisten der bevorstehende Parteitag der PVAP. Dazu wollen sie die in ihren Augen gesunden Kräfte, die sie sozialistische Kräfte nennen, mobilisieren.

Offensichtlich geht es ihnen dabei gegenwärtig darum, in Polen selbst Kräfte zu finden, die bereit sind, im Moskauer Sinne die Ordnung wiederherzustellen.

Jene keineswegs sozialistische Ordnung nämlich, in der das Privateigentum in der Landwirtschaft absolut ist, sich in Handwerk und Dienstleistungen immer mehr ausbreitet, in der die erwirtschafteten Gewinne der verstaatlichten Industrie in private Hände fließen. Jene Ordnung, die Moskau sozialistisch nennt, in der die Mädchenhändler Staatsfunktionäre sind, die katholische Kirche größter Grundbesitzer und wo alles zum Export verwendet wird, was die Arbeiter zum Leben brauchen. Gegen alles dies findet Moskau nämlich kein einziges Wort!

Zu Wort gemeldet haben sich solche Leute schon: der Brief von Katowice war ja eine faktische Originalabschrift des Moskauer Briefes, diejenigen, die Kanias Rücktritt forderten, benutzen ja genau dieselben Argumente. Der Appell zur Stärkung der polnischen Armee bekommt in diesem Zusammenhang eben dann auch eine besondere Bedeutung.

Es liegt völlig auf der Hand: hier geht es, für jeden ersichtlich, der nicht absichtlich die Augen schließt, keineswegs um die Verteidigung einer sozialistischen Gesellschaft gegen einen Angriff der Konterrevolution.

Nicht umsonst sprach ausgerechnet der polnische Botschafter in Moskau davon, Polen müßte endlich seinen Lieferverpflichtungen gegenüber anderen Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe nachkommen, sonst würde dies unerträglich werden... So geschehen auf der Sitzung des ZK der PVAP.

Die sowjetische Hilfe für Polen, die in dem Brief lang und breit ausgewalzt wird, das um die Hälfte billigere Erdöl, das Polen aus der UdSSR bekäme (verglichen mit dem westlichen Markt) kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eben dieses Öl in den letzten Jahren dreifach verteuert wurde, daß die polnischen Werften für die UdSSR produzieren und so weiter — ohne hier alles wiederholen zu wollen.

Die imperialistische Supermacht UdSSR sieht ihre Macht in Polen gefährdet und bemüht sich, reinen Tisch zu machen, wozu sie jetzt die innenpolitischen Profiteure dieses Systems massiv mobilisieren will, das ist der Kern der aktuellen Ereignisse, der Grund für die Zuspitzung der Lage.

Helmut Weiß

Jugoslawien

Jetzt Massenprozesse in Kosova!

Neue Verleumdungen gegen die SVR Albanien

BELGRAD. — Vor dem jugoslawischen Parlament gab in der letzten Woche der Innenminister Herljevic einen Zwischenbericht zur Lage im Kosovagebiet. Obwohl er dabei behauptete, die Aktionen hätten sich auf die Monate März und April beschränkt, mußte er andererseits eingestehen, daß die gesamte Lage weder ruhig noch unter Kontroll sei, obwohl inzwischen allgemeines Einreiseverbot erlassen wurde.

Mit welchen Mitteln die jugoslawische Regierung die Forderung der albanischen Bevölkerung des Kosovagebiets zu behandeln gedenkt, wurde auch in diesem Bericht abermals deutlich.

Einerseits setzte er die Linie fort, den Umfang der blutigen Gemetzel der Sicherheitskräfte unter den Demonstranten zu beschönigen: nach wie vor blieb er bei der inzwischen weltweit angezweifelten Behauptung, es habe lediglich neun Todesopfer gegeben. Augenzeugenberichte sprechen dagegen von mehreren Hundert ermordeten Menschen.



Die Lage der Albaner in Kosova ist die Ursache für die Unruhen, von der Belgrad ablenken will.

Innerhalb des letzten Monats wurden dabei nach Herljevics Angaben 1 700 Ermittlungsverfahren durchgeführt, 506 Strafanträge gestellt und 154 Strafurteile gefällt. Die Zahl der offiziell eingestandenen verletzten Menschen hat sich nach Herljevics Angaben seit der letzten Regierungsstellungnahme wesentlich vergrößert, auf 257 Verwundete.

Ohne irgendeinen Beweis vorzulegen, ohne auch nur den Versuch dazu zu unternehmen, seine Behauptungen zu untermauern, krönte Herljevic die antialbanische Hetzkampagne der Belgrader Nationalisten mit der unverschämten Behauptung, nach den bisherigen Ermittlungen seien unter den Unruhestiftern mehrere Angehörige des albanischen Nachrichtendienstes. Nachdem der provokative Versuch mit dem vorgetäuschten Bombenattentat auf die jugoslawische Botschaft in Tirana offensichtlich nirgends geglaubt wurde, versuchen die Titoisten jetzt auf eine neue Weise, ihre albanienfeindliche Kampagne fortzusetzen, mit der sie ihre eigene Verantwortung für die in Kosova entstandene Lage verwischen wollen, was ihnen nicht gelingt.

Spanien

Gewerkschaftsbonzen stimmen Stillhalteabkommen zu

MADRID. — Die Führer der beiden größten Gewerkschaften Spaniens, der von der revisionistischen KP Spaniens geführten Arbeiterkommissionen und der von der Sozialistischen Partei geführten UGT, haben nach zwei Monaten Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden und der Regierung einen Pakt zur Widergewinnung der wirtschaftlichen Stabilität geschlossen.

Dabei verpflichteten sich die Gewerkschaften, bei Lohnerhöhungen zurückhaltend zu sein, nicht über einen Rahmen von 9 bis 11 Prozent hinauszugehen, während sich die Regierung ihrerseits dazu „verpflichtete", sich anzustrengen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen — 350 000 bis Ende 1982.

Da die ausgehandelte Obergrenze für Lohnerhöhungen heute schon unter der offiziellen Teuerungsrate liegt, wurde weiter beschlossen, daß die Preisentwicklung ständig beobachtet werden soll. Liegt sie um mehr als zwei Prozent über den Lohnerhöhungen innerhalb eines halben Jahres, so können neue Verhandlungen begonnen werden.

Damit stimmten also die Führungen dieser Gewerkschaften einer Lohnkürzung um zwei Prozent von vornherein zu, während alles andere später festgelegt wird.

Dabei argumentiert auch die revisionistisch geführte Gewerkschaftsleitung in klassischer kapitalistischer Manier, daß durch Lohnverzicht neue Investitionen und neue Arbeitsplätze geschaffen werden, was es eben, angesichts von fast 1,6 Millionen registrierter Arbeitsloser unumgänglich sei.

Nach dem Autoabkommen USA/Japan

Droht ein weltweiter Handelskrieg?

Harte Forderungen der USA

BRÜSSEL. — Immer neue Debatten unter den EG-Bürokraten verursachen die internationalen Handelsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Ländern. In diesem Bereich wurde und wird mit zunehmend härteren Bandagen gekämpft. Die japanische Einschränkung von Autoexporten nach den USA stellt dabei einen wichtigen Einschnitt dar.

Dies ruft die Differenzen innerhalb der EG hervor, wo jetzt in unterschiedlichem Ausmaß die Furcht umgeht, Japan würde dies durch eine weiter gesteigerte Exportoffensive in die EG versuchen auszugleichen.

Und in der Tat sind die Japan-Importe in die EG im ersten Vierteljahr 1981 beispielsweise im Vergleich zum Vorjahr abermals deutlich angestiegen: von knapp über 200000 Pkws auf fast 240000, also beinahe um 20 Prozent.

Drei EG-Staaten haben bereits offen Handelsbeschränkungen gegen japanische Autos erlassen. Italien läßt nur 2200 japanische Autos pro Jahr über die Grenze, Frankreich 3 Prozent des Gesamtumsatzes, England 11 Prozent.

Die Bundesregierung hat im Zuge dieser Beschränkungswelle nun eine andere, der direkten Einschränkung in der Regel vorhergehende Maßnahme getroffen, und Japan eine sogenannte Höchststeigerungsrate abverlangt, das heißt eine Obergrenze des Importwachstums festgelegt, bei 10 Prozent für dieses Jahr — was angesichts der Entwicklung im ersten Vierteljahr, wie sie oben genannt wurde, bereits eine erste Beschränkung bedeutet.

Alles dies sind jedoch nur erste Schritte zur weitestgehenden Beschränkung des Welthandels, wofür in nahezu allen kapitalistischen Zentren Pläne geschmiedet werden.

Bisher wurden die allgemeinen GATT-Freihandelsabkommen stets nur in einigen Nebenbereichen außer Kraft gesetzt. In den siebziger Jahren gab es nur zwei wesentliche Einschränkungen: das sogenannte Welttextilabkommen und das europäische Stahlkartell, das ja auch zu amerikanischen und japanischen Reaktionen geführt hatte.

Wie wichtig dieser Handel für die einzelnen kapitalistischen Länder ist, geht aus folgender Tabelle über die Entwicklung in den 70er Jahren deutlich hervor:

Die großen Drei

Entwicklung des Außenhandels der EG, Japans und der USA (in Millionen Dollar)

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	Zuwachs 1971–1979 in Prozent
Export (fob)										
EG	128330	153510	210030	274220	295330	324850	377620	456580	571080	+345
davon BRD	39040	46208	67434	89165	90020	102032	117895	142090	171540	+339
USA	43492	48968	70223	97144	106157	113323	119042	141154	178578	+311
Japan	24019	28593	36930	55528	55840	67224	80468	97503	103045	+329
Import (cif)										
EG	129100	152910	214310	292030	298170	341580	384940	458460	598280	+363
davon BRD	34341	39763	54496	68975	74208	87782	100672	120668	157747	+359
USA	45516	55282	68656	107112	102984	128872	156758	182787	217664	+378
Japan	19712	23472	38309	62110	57880	64797	70657	78732	110670	+461

Quelle: Vereinte Nationen

Dabei bestreitet die EG alleine über ein Drittel, nämlich 35,6 Prozent des Welthandels, die USA 12 Prozent und Japan 6,3 Prozent, zusammen bestreiten diese drei Zentren also rund 54 Prozent des gesamten Welthandels. Die Auswirkungen der Beschränkungstendenzen wie sie heute geplant werden würden vor allem auf diese Staaten selbst zurückfallen, die sich gegenseitig bekriegen müssen, wenn sie auf diesem Weg ihren eigenen Markt sichern wollen und gleichzeitig internationale Absatzmärkte erobern.



So ist es denn erklärlich, daß, im Angesicht der weltweit sich vertiefenden Wirtschaftskrise der kapitalistischen Länder, die sogenannten Partnerschaften immer mehr zu Bruch gehen, wenn Erpressungsmanöver an die Tagesordnung kommen.

Und die Maßnahmen zur Beschränkung sind ungeheuer vielfältig. Sie laufen von der willkürlichen Festlegung von Obergrenzen, die einem schwächeren Partner diktiert werden, bis zur Erhöhung oder Schaffung von Einfuhrzöllen.

Aber neben diesen nahezu „klassischen" Maßnahmen der Handelsbeschränkung gibt es zahllose weitere, die heute zunehmend angewandt werden: von technischen Vorschriften bis zu Arbeitsabkommen, die sich gegen die Exporte der Billiglohnländer wenden.

Entscheidend dabei aber wird sein, wie sich die Beziehungen der wirtschaftlich stärksten Mächte in den wichtigsten Zweigen der Industrieproduktion entwickeln werden.

Und hier hat diese Beschränkung also bereits sehr stark auf den Automobilbau übergegriffen, bisher zuungunsten Japans. Aber auch hier sind schon Weiterungen in Sicht. So betonte die britische Regierung bereits, sie werde auch gegen die Bundesrepublik Beschränkungen erlassen, wenn diese wegen der übergroßen Japanimporte in die BRD ihrerseits versuche, dies in Westeuropa durch gesteigerten eigenen Export wettzumachen.

Scharfe Angriffe gegen die EG-Politik kamen dabei vor allem aus den USA. Reagans Sonderbeauftragter für Handelsfragen, Bill Brock, drohte bei seinem ersten Auftritt in Brüssel dann auch mit aller Direktheit: wenn die EG einen Exportkrieg haben wolle, könne sie ihn haben.

Vor allem die Beschränkungen auf dem Agrarmarkt wollen die USA dabei weghaben. Aber auch ansonsten bereitet Washington in zahlreichen Branchen Maßnahmen vor: so zum Beispiel bei Halbleitern, wo die nächste japanische Offensive allgemein erwartet wird, in verschiedenen chemischen und elektronischen Produktionszweigen.

Im Zeichen solcher Auseinandersetzungen werden dann auch die Besprechungen des sogenannten Weltwirtschaftsgipfels im Juli im kanadischen Ottawa stehen: für diese Konferenz werden bereits harte Auseinandersetzungen hinter verschlossenen Türen vorausgesagt.

Die Bundesregierung gibt sich dabei gegenwärtig als Vertreterin des Freihandels, da in der westdeutschen Wirtschaft einige entscheidende Branchen im wesentlichen ihre noch vorhandene relative Stabilität auf den Export in die EG-Staaten, nach USA und Japan stützen.

Angesichts der weltweiten Verurteilung

Begin erfindet Märchen

TEL AVIV. — Weltweit wurde der israelische Bombenangriff auf das irakische Atomkraftwerk verurteilt. Die Empörung war so groß, daß selbst die engsten Freunde Israels wenigstens zum Schein ihren Protest anmelden mußten. Dies wurde noch stärker, nachdem die Internationale Atomenergieagentur aus Wien bekanntgab, daß im irakischen Meiler noch mindestens zehn Jahre lang keine Atombombe hätte hergestellt werden können. Jetzt verlegt sich Begin darauf, Märchen zu erfinden, um sein Verbrechen zu rechtfertigen.

Während Ronald Reagan meinte, er könne sich vorstellen, daß Begin auch andere Wege hätte finden können, um die Gefahr von Israel abzuwenden, und sich damit als einziger Staatschef nicht dazu aufraffen konnte, das zionistische Verbrechen zu verurteilen, waren überall, sei es aus Paris, London oder auch — wenn auch sehr zurückhaltend — Bonn, Stellungnahmen gegen Begins Bombenüberfall zu hören.

Immerhin mußte selbst die US-Regierung zunächst einmal die weitere Lieferung von Bombenflugzeugen an Israel stoppen, und selbst Ägyptens Sadat gab einige kritische Worte von sich, um nicht ganz mit diesem Überfall identifiziert zu werden.

Alles dies sei eine große Ungerechtigkeit, meinte die israelische Regierung dazu, man habe schließlich aus reiner Notwehr gehandelt. Nachdem die Behauptung, der Irak wolle ab Juli Atombomben herstellen, mit der das israelische Verbrechen zunächst gerechtfertigt worden war, von allen Experten und internationalen Gremien als Propagandalüge zurückgewiesen worden war, ging jetzt Begin zur Märchenstunde über: In Wirklichkeit habe der Angriff nicht dem Reaktor selbst gegolten, sondern einer 40 Meter darunter liegenden Geheimanlage, und dort werde die Bombe produziert.

Eine Aussage, die noch weniger glaubwürdig ist als die erste Version der Rechtfertigung, denn, wie ein Experte sagte, gäbe es dieses „Ding" wirklich, so wäre es bei diesem konkreten Angriff intakt geblieben. Währenddessen gehen die Bemühungen der arabischen Staaten weiter, mehr als nur Erklärungen gegen die israelischen Terroristen zu erreichen. Der Irak reichte seine Anklage vor dem Sicherheitsrat ein, forderte eine Konferenz der blockfreien Staaten und der islamischen Staaten der UNO, die Arabische Liga forderte Maßnahmen und ließ dies auch durch ihre Botschafter in Westeuropa diplomatisch klarlegen.

In einer offiziellen Aussage der irakischen Regierung wurde jetzt auch das Märchen, iranische Flugzeuge hätten vor Monaten einen Angriff auf das Atomkraftwerk von Osirak geflogen, zurückgenommen: auch dies sei, so der irakische Außenminister Hammadi, eine israelische Aggression gewesen. Damals, so Hammadi, habe man aus militärischen, politischen und moralischen Gründen den Aggressor nicht beim Namen nennen wollen!

Mag dies auch ein genügendes Schlaglicht auf den Charakter der irakischen Regierung werfen, so bleibt doch zunächst die Tatsache, daß die Tel Aviver Zionisten ihren Terror immer weiter über den ganzen Nahen Osten ausdehnen und dabei vor den abscheulichsten Verbrechen nicht Halt machen.

Denn es ist offensichtlich so, daß die zunächst sofort geäußerten Versicherungen, beim Bombenangriff sei keinerlei Radioaktivität frei geworden, den Charakter von Beruhigungspillen hatten — einzelne konkrete Berichte sagen dabei das Gegenteil aus.

Aus dieser gesamten Entwicklung entstehen vor allem für die Imperialisten der USA gewisse Schwierigkeiten, da sie immer deutlicher ihre regionalen Partner, zu denen ja seit der Fronteröffnung gegen den Iran auch der Irak gehört, nicht unter einen Hut bekommen, ihren Plan einer Nahost-Linie Kairo — Tel Aviv — Amman — Bagdad nicht so verwirklichen können, wie es Absicht war.

Denn es bleibt noch einmal hervorzuheben, daß es völlig unmöglich ist, daß die USA nicht vorher von dem terroristischen Akt gegen den Irak informiert waren. Und auch sogar das jetzt so oft zitierte Abkommen über Waffenlieferungen schließt solche Angriffe keineswegs aus, erlaubt es doch Präventivschläge zur eigenen Verteidigung Israels, und genau so interpretiert es Begin auch.

In Finnland

Sowjetisches Atomkraftwerk stillgelegt!

HELSINKI. — Das von der UdSSR nach Finnland gelieferte Atomkraftwerk Loviisa 2 mußte vor einigen Tagen kurzfristig stillgelegt werden, da sich im Inneren der Anlage ein Brand entwickelt hatte.

Loviisa 2, das ursprünglich im Jahre 1977 seinen Betrieb aufnehmen sollte, aber dann aufgrund technischer Schwierigkeiten erst im Januar 1981 anlaufen konnte, ist so von Beginn an mit Schwierigkeiten behaftet, die einmal mehr die revisionistische These widerlegen, die AKWs aus der UdSSR seien sicherer, da — angeblich — nicht nach dem Profitprinzip hergestellt.

Loviisa 1, das seit Mai 1977 in Betrieb ist, erzeugte in den ersten Jahren zwar den gewünschten Strom, mußte aber nach einer gründlichen Inspektion abgeschaltet werden. **Zahlreiche Mängel waren daran aufgetreten, einschließlich undichter Schweißnähte!**

Finnland, das soeben einen Vertrag mit der UdSSR über die Lieferung eines dritten Atomkraftwerks abgeschlossen hat, bekommt das Betriebsmaterial mit Eisenbahn und LKW aus der UdSSR geliefert, nach dort gehen auch die Abfälle zurück...

Das Werk Loviisa 1, das gemeinsam mit westlichen Unternehmen errichtet wurde, wird dabei aber ausschließlich von sowjetischen Firmen betreut, die auch die nötigen Reparaturtechniker schickten. Diese stellten sogar Risse im Gebäude fest — alles andere also als sicher.

Solche Anfälligkeiten waren auch schon von ausländischen Fachleuten bei sowjetischen Demonstrationsobjekten in Westeuropa festgestellt worden.

Ohne daß zu diesen Schäden irgend etwas gesagt wird, geht aber die sowjetische Energiepolitik weiterhin davon aus, im wesentlichen auf Kohle und Atomkraft zu setzen, und die anderen vorhandenen Rohstoffe nicht im selben Ausmaß einzusetzen. Dies bekräftigte der sowjetische Energieminister Neporoshnij in einem Grundsatzartikel in der Prawda. Auch nach den Ereignissen von Loviisa blieb er bei der eiskalten Behauptung, die sowjetische Technik sei sicherer als die westliche. Nur: zum ersten Mal gab es einen Zwischenfall in einem Land, in dem die sowjetische Zensur nicht wirkt...

Japan: Massendemonstration gegen US-Flugzeugträger

TOKIO. — Über 30000 Menschen demonstrierten in der letzten Woche in der japanischen Hauptstadt gegen die Rückkehr des US-Flugzeugträgers Midway nach Yokosuka.

Diese Demonstration wurde auf dem Hintergrund des großen Protestes organisiert, der sich in den letzten Wochen entwickelt hat, nachdem bekannt wurde, daß US-Atomwaffen entgegen allen Versicherungen auf japanischem Hoheitsgebiet stationiert werden oder dieses durchlaufen.

Auch an Bord der Midway befinden sich zehn Atomsprengköpfe. Organisiert wurde diese Aktion vom Gewerkschaftsbund SOHYO und der Sozialistischen Partei Japans, auch die japanischen Kommunisten beteiligten sich daran.

Thailand: Maoisten sabotieren Befreiungskampf

BANGKOK. — Die Verhaftung mehrerer Mitglieder des zentralen Koordinationskomitees der demokratischen und patriotischen Kräfte Thailands durch das Militärregime gibt Aufschluß über die Wühltätigkeit der Maoisten.

Denn neben den Verhafteten gab es auch zahlreiche Mitglieder der Befreiungsbewegung, die sich ergeben haben, die ausgewandert und geflohen sind. Die Ursache: die maoistische Partei Thailands gab in der Befreiungsbewegung die Losung aus, das reaktionäre Regime nicht mehr zu bekämpfen, sondern zu unterstützen, da es antivietnamesisch sei, und dies sei jetzt das wichtigste. Damit entsprach die Führung dieser Partei ohne irgendwelche Rücksicht auf die Interessen der eigenen Werktätigen den Befehlen aus Peking, die diese Politik verlangt hatten. So löst sich der Widerstand in Thailand allmählich auf, dank der maoistischen Sabotage.

Südafrika: Loblied auf Rassisten

JOHANNESBURG. — Aus Anlaß einer Umfrage unter deutschen Unternehmen anläßlich des zwanzigsten Jahrestags der südafrikanischen Rassistenverfassung sangen die westdeutschen Monopole ein Loblied auf die Rassisten.

280 westdeutsche Unternehmen haben in dem Rassistenstaat ihre Niederlassungen, darunter nahezu alle großen Monopole, vor allem jene aus der Chemie- und Elektroindustrie.

Ihre Hauptlobesgründe waren, daß der Staat sich nicht in die Geschäfte einmischen würde und daß die Geschäftsrendite fantastisch sei. Dabei betonte natürlich jede einzelne Geschäftsleitung, bei ihnen im Betrieb gäbe es keine Rassentrennung, keine Diskriminierung. Bleibt in diesem Zusammenhang die Tatsache zu erwähnen, daß laut offizieller Statistik ein schwarzer Arbeiter ein Fünftel des Lohnes eines weißen erhält...

Auf dieser Basis findet in Südafrika ein großer Industrialisierungsprozeß statt, an dem in erster Linie US- und britisches Kapital beteiligt ist, gefolgt an dritter Stelle von den westdeutschen Monopolen.



Baum gegen „einseitige Eingriffe“

Man hat in den letzten Monaten schon viel davon gehört, daß es den Menschen in unserem Lande zu gut geht, daß alle Opfer bringen müssen und daß dabei die kleinen Leute mehr betroffen sein werden als die großen Tiere. Ein immer wieder angeschnittenes Thema ist auch das „Sonderopfer für Beamte“.

Daß zu denjenigen, die eventuell ein solches „Sonderopfer“ bringen sollen, die höchsten Beamten unseres Staates nicht zählen, wurde kürzlich erneut bestätigt.

Anlaß war der Vorschlag von Axel Wernitz, dem Vorsitzenden des Bundestags-Innenausschusses, daß Spitzenverdiener in Politik und Verwaltung 1981 auf die vorgesehene Besoldungserhöhung verzichten sollten. „Das wäre ein positives Signal für die Bevölkerung“, meinte Wernitz.

Abgesehen davon, daß wir nicht genau beurteilen können, ob dieses Spielchen ernstgemeint war, und davon, daß ein Einfrieren oder auch eine drastische Beschneidung der unverschämt hohen Verdienste der genannten Spitzenkräfte für keinen Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten ein Grund sein müßte, auf seine paar Groschen zu verzichten, ist die Reaktion höchster Regierungskreise auf diesen Vorschlag doch interessant.

„Ich halte einseitige Eingriffe nicht für sachgerecht“, erklärte Innenminister Baum. Ach? So plötzlich?

Baum fiel noch mehr dazu ein; sechs ganze Seiten schrieb er voll, um die Unmöglichkeit des Ansinnens nachzuweisen.

Ein Ausschluß von der allgemeinen Gehaltserhöhung sei „leistungsfeindlich“. (Schlimm genug, daß wir auch noch bezahlen müssen, was Baum und Co. sich so alles leisten...) Außerdem bedeute eine solche Maßnahme „eine Disqualifizierung von Spitzenkräften in Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung, die größte Verantwortung zu tragen haben und höchsten Anforderungen zu jeder Zeit ausgesetzt sind.“ Und darüberhinaus gäbe es schließlich gar nicht so viele Spitzenverdiener, so daß der empfohlene Verzicht im Gesamthaushalt kaum zu Buche schlüge — gerade 24 Millionen Mark könne man da einsparen. Und das seien nur „0,01 Prozent des jährlich an alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu zahlenden Bezüge-Aufwands“.

Keiner wird bestreiten, daß es viel mehr Menschen gibt, die hart arbeiten müssen und wenig verdienen, als Leute, die bei uns die Creme der Gesellschaft bilden und sich mit Luxusgehältern ein gutes Leben machen. Aber wäre es, gerade angesichts dieser Tatsache, nicht naheliegender, auf Baum und seinesgleichen ganz zu verzichten, als ihnen ständige Einkommenserhöhungen zuzubilligen, die auch schon mal zweistellig ausfallen, während Mitglieder der illustren Politiker-Creme dem Volk empfehlen, den Gürtel enger zu schnallen?

RCDS — Sprachrohr der Miethaie

Die Hausbesetzungen in Westdeutschland und Westberlin sind „von kommunistischer Hand zentral gesteuert“. Das hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten herausgefunden. „Verblendete, aufgehetzte, ahnungslose“, Jugendliche werden mitgezogen. Dagegen wollen die CDU-Studenten zu Felde ziehen.

„Der RCDS wird in den kommenden Wochen und Monaten intensiv an allen Universitäten darauf hinweisen, daß das Problem der Wohnungsnot nicht mit Gewalt, sondern lediglich durch eine funktionierende Marktwirtschaft ohne Dirigismus gelöst werden kann. Wir werden durch unsere offensive Diskussion dafür sorgen, daß die Rechnung der linken Politkriminellen nicht aufgeht.“

Angesichts der Wohnraumnot, die ja auch die Studenten in hohem Maße trifft, befürwortet der RCDS also die „Lösung“ des Problems durch Aufhebung aller Schranken für Mieterhöhungen, Anreize für Hausbesitzer usw. Eine Verteuerung der Mieten, wie sie von diesen Kreisen seit langem verlangt wird — im Sinne der freien Marktwirtschaft.

Nicht zu unrecht baut diese studentenfeindliche Studentenorganisation auf finanzielle Zuwendungen interessierter Kreise. „Unsere Diskussionsveranstaltungen, Referate und Flugblätter kosten viel Geld, zuviel Geld für einen politischen Studentenverband, der schon seit Jahren bundesweit als Streiter für unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat eintritt.“

Sie werden das Geld sicher bekommen. Bei den demokratisch gesinnten Studenten allerdings dürften sie weiteren politischen Kredit verspielt haben.

Arbeitsamtliche Zahlenakrobatik

Wie der „Rote Morgen“ Nr. 23/81 in einem satirisch abgefaßten „Offenen Brief an den Bundesarbeitsminister“ aufzeigte, wurde einem Kollegen vom Arbeitsamt eine wöchentliche Arbeitslosenhilfe (Alhi) von 46,86 Mark zuerkannt. Nach Widerspruch wurde dieser Betrag auf 177,— Mark wöchentlich erhöht, immerhin um 130,14 Mark oder fast 300 Prozent mehr als zuvor. Daraus ergeben sich einige interessante Fragen.

Die Neubemessung erfolgte auf den gleichen Grundlagen wie die ursprüngliche Bemessung. Hat sich das Arbeitsamt, mit Hilfe seines Computers, wirklich um 300 Prozent „geirrt“?

Auf welcher Grundlage hat das Arbeitsamt bei der Altfestsetzung das wöchentliche Arbeitsentgelt, die Basis für die Berechnung der Alhi, willkürlich von 430 auf 300 Mark herabgesetzt, um es nach dem Widerspruch eben so willkürlich auf 399,20 Mark (man beachte den Pfennigbetrag) „anzuheben“?

Diese Fragen sind deshalb interessant, weil der betreffende Kollege, obwohl deutscher Staatsbürger, einen ganz und gar ausländischen Vor- und Familiennamen hat. Wollte man da etwa einem vermeintlichen Ausländer eins reinwürgen, damit er möglichst bald nach Hause abhaut? Oder was sonst sind die Ursachen solcher arbeitsamtlicher Zahlenakrobatik?

Die alte Dame und der Präsident

oder: Bundesverdienstkreuz für Antikommunismus und Judenhaß

DÜSSELDORF. — „Dieser elende Majdanek-Prozeß zwingt doch wieder nur zum Judenhaß!“ Das ist die Meinung von Josefine Jürgens, Mitglied der „Stillen Hilfe“ und als solches ständig bemüht um Unterstützung für prominente Kriegsverbrecher. Namentlich für Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß und die unmenschlichen Massenmörder im Majdanek-Prozeß.

Wer so etwas bei uns behauptet, kommt nicht etwa wegen Aufhetzung zum Völkerhaß in die Gefahr der Strafverfolgung. Eine solche Auffassung wird offensichtlich von den führenden Häuptern unseres Staates geteilt. Und das offizielle Oberhaupt, der würdige Repräsentant dieses Staates, befand eine derartige Geisteshaltung, die auch konsequent in entsprechende Taten umgesetzt wurde, für auszeichungswürdig — was niemanden wundern kann, der die Vergangenheit dieses Mannes kennt.

Carl Carstens, Bundespräsident, verlieh Frau Jürgens am 22. Mai — am sogenannten Verfassungstag — das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. „In Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen besonderen Verdienste“.



Josefine Jürgens, ausgezeichnet wegen „ihrer selbstlosen und aufopfernden Bemühungen um Strafgefangene und Entlassene“. Daß diese Tätigkeit darin bestand vor allem im Rahmen der „Stillen Hilfe“ Nazis und ihre Familien zu unterstützen, verschweigt die Verleihungsurkunde des Bundespräsidenten.

Ja, tatsächlich. So heißt es in der Verleihungsurkunde. Und genauer gewürdigt wird die Tätigkeit der Frau Jürgens in dem Auszeichnungsprotokoll: „Besondere Verdienste durch selbstlose und aufopfernde Bemühungen um Strafgefangene und Entlassene.“

Uns liegen einige Briefe vor, die wir unseren Lesern auszugsweise bekanntmachen möchten, damit sie die so ausgezeichnete Person, die Herr Carstens für vorbildhaft hält, näher kennenlernen können.

Gut bekannt ist sie übrigens bereits in Kreisen, zu denen unsereins keinen Zutritt hat. Beispielsweise bei der Westdeutschen Landesbank, die sich für ihre Düsseldorfer Zweigstelle bereit erklärte, Frau Jürgens „behilflich zu sein“, denn: „In der Bank ist Ihre segensreiche Tätigkeit bekannt.“

Und wirklich, ihr Einsatz ist aufopferungsvoll. Sie scheut keinen Anruf und keinen brieflichen Verkehr. Damit dringt sie bis zum Bundesverfassungsgericht vor; Herrn Dr. Langrock beim BVG möchte sie im Februar dieses Jahres „darauf hinweisen, wie hier in Düsseldorf in unserem Majdanek-Prozeß Recht gesprochen wird — nicht im Namen des deutschen Bürgers, zu denen ich mich zähle, sondern im Namen der Kommunisten und Juden.“ Sie bittet ihn persönlich „um Hilfe für unsere Vier“ — die inhaftierten Massenmörder Lächert, Ryan, Hackmann und Laurich.

Daß Kommunisten und Juden nicht als deutsche Bürger zählen, dürfte auch beim Bundespräsidenten selige Erinnerungen wachrufen — gehörte eine solche Unteweisung doch zum Grundwissen eines NSDAP-Mitgliedes.



Zu den Gratulanden zählte auch Generalbundesanwalt Rebmann

Wenn sie eine Gelegenheit sieht, gegen die verhaßten Volksfeinde zu Felde zu ziehen, greift Frau Jürgens zu. Da zögert sie nicht lange, auch wenn es manchmal taktisch klüger wäre — sie ist eben selbstlos. Etwas weit vorgewagt hatte sie sich im vergangenen Oktober. So kam dieser makabre Brief an den Düsseldorfer Richter Bogen zustande:

„Betr.: Unsere vier Inhaftierten in Ihrem Prozeß

Sehr geehrter Herr Dr. Bogen!

Bei dem entsetzlichen Unglück in München auf dem Oktoberfest beschwöre ich sie, Gnade walten zu lassen für diese vier unglücklichen Menschen, die jetzt seit dem vergangenen Jahr in Haft sind. Sie haben jetzt die Gelegenheit dazu, ohne Ihr Gesicht zu verlieren, gegen Juden und Kommunisten aufzustehen ist unsere Pflicht und liegt in Ihrer Macht. Auch Ihr Namen wird mit in die Geschichte eingehen...“

Da waren all die anderen, die das furchtbare Massaker wie Frau Jürgens gern den Kommunisten oder Juden in die Schuhe geschoben hätten, doch gerade noch besonnen genug, ihre Hetzkampagne zumindest abzuschwächen, als sehr schnell die Verantwortung von Neofaschisten bewiesen wurde. Wenn auch, wie bei einem gewissen Herrn Strauß besonders deutlich erkennbar, nur sehr widerwillig.

Nicht, daß hier ein falscher Eindruck entsteht. Zu ernsthafter Korrespondenz mit Frau Jürgens haben sich auch SPD-Politiker bereitgefunden, H.-J. Wischnewski etwa, der ihr im November 1980 „auch weiterhin Erfolg bei Ihren Bemühungen, die Resozialisierung von Straftätern zu unterstützen“ wünscht.

Ein breites Spektrum der Anerkennung also, das es Herrn Carstens sicher erleichtert hat, diese feine Dame zu dekorieren. Und daß es damit wirklich seine Ordnung hat, sollte auch dem letzten Nörgler klarwerden, wenn er erfährt, daß auch Bundesanwalt Rebmann unter den Gratulanten war und ihr seine persönliche Hilfe zusicherte.

Sie hat sich gefreut, die gute, vorbildliche, aufopfernde, selbstlose Frau, wie man auf dem Foto deutlich sehen kann. Wie unbeschwert glücklich sie lächeln kann, die sich doch umgeben weiß von haßbeseelten Juden und vor allem Kommunisten, die ihre Taten so ganz anders bewerten, die auf Abrechnung warten und deren Liebe zu ihr und ihresgleichen und zu dem Staat, um den sie sich so besonders verdient gemacht hat, durch die öffentliche Auszeichnung sicher nicht gewachsen ist...

Bemerkungen zum Parteitag der DKP

Der Ende Mai abgeschlossene 6. Parteitag der DKP in Hannover zeichnete sich vor allem durch die im Rechenschaftsbericht von Herbert Mies behandelten taktischen und Bündnisfragen aus. Ansonsten war von Rechenschaft über die Tätigkeit des Parteivorstandes oder von neuen politischen Aussagen nichts zu sehen. Mit den Bemerkungen zu einzelnen Fragen des Parteitags, die wir auf dieser Seite veröffentlichen, wollen wir nicht die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Politik der DKP führen, was unsere Partei wie in der Vergangenheit so auch zukünftig gründlich tun wird. Es sind eben — genau wie das Wort sagt —, Bemerkungen zu diesem Parteitag, die sich gerade mit diesen taktischen Neuerungen und mit durch die Entwicklung besonders aktuellen Aussagen der DKP beschäftigen.

Demokratische Bündnispolitik dazugelernt?

„Wir verschweigen nicht, daß wir im Dialog und im Zusammenwirken mit anderen demokratischen Kräften gerade in der jüngsten Zeit manche neue Erfahrung gemacht und vieles hinzugelernt haben."

Es wäre ja auch sehr zu wünschen, daß dies stimmt. Denn wer die Erfahrungen kennt, wie oft demokratische Bündnispolitik im Sinne der DKP gemacht wurde, indem zu Gesprächen über gemeinsame Aktionen Massenaufgebote von DKP-Genossen auftraten, die dann stets versuchten, Abstimmungsmehrheiten für ihre Parteilinie zu schaffen, der kann eigentlich nur darauf hoffen, daß man bei der DKP hier dazulernt.

Ob die neuen Erfahrungen, die Herbert Mies hier anspricht, damit zusammenhängen, daß die DKP sich mit diesem Vorgehen in letzter Zeit einige Male mächtig isoliert hat, kann man so nicht beweisen, ist aber naheliegend.

Soll dies aber glaubwürdig klingen, dann müßte die DKP sich schon dazu durchringen, ein verändertes Vorgehen auch zu praktizieren. Etwas mehr an Demokratie täte doch sowohl dem Ansehen der Demokratischen Fraueninitiative (DFI) gut, wo allein ein eingesetzter, allmächtiger Ausschuß die Politik festlegt, oder aber auch der VVN-Bund der Antifaschisten, wo die Politik der DKP änoch nicht einmal angezweifelt werden darf, ohne daß sich der Zweifler größeren Kampagnen gegenübersieht.

Das Dilemma mit den AKWs

Salto mortale der Energiepolitik

Die DKP tut sich von jeher schwer, in der Bewegung gegen Atomkraftwerke voll und ganz glaubwürdig zu sein. Der Widerspruch liegt schließlich offen zutage: gegen AKWs hier, für AKWs in der DDR und der Sowjetunion.

Die seit Jahren vertretene Behauptung, die technische Beherrschung der komplizierten Materie sei eben im „realen Sozialismus" weitaus fortgeschrittener, stößt allgemein auf keinen großen Glauben. Angesichts der sonstigen technischen Vergleiche und der Gerüchte, di da aus dem Osten hervordrangen, ist dies auch sehr verständlich. Sieht man auf die entsprechenden jüngsten Meldungen aus Finnland (s. S. 11), ist diese Behauptung endgültig unglaubwürdig.

Jetzt aber hat man etwas gefunden, hatte Herbert Mies den Genossen der DKP etwas Neues an die Hand zu geben. Die Verbindung der Ökologiebewegung mit der Friedensbewegung sei eine ganz neue Stufe der Entwicklung, und entsprechend wurde dann auch die Argumentation geändert.

Drei Gründe führte er in seinem Rechenschaftsbericht für die Gegnerschaft der DKP zum Bonner Atomprogramm an, wobei das Argument der Betriebssicherheit an die dritte Stelle abrutschte, wenn auch nach wie vor als das wichtigste bezeichnet.

Für Genossen der DKP, die in der etwas schwierigen Lage sein mögen, den zustimmenden Kurs ihrer Parteiführung zu den Atomprogrammen Moskaus und Berlins rechtfertigen zu müssen, geben aber auch die neuen Argumente nicht viel her.

„Aber wir bekämpfen das Bonner Atomprogramm. Wir bekämpfen es deshalb, weil in der dichtbesiedelten Bundesrepublik schon jetzt mehr Atombomben, Atomraketen, Atomgranaten aller Art lagern als in jedem anderen westeuropäischen Land."

Den Gedanken daran, daß schließlich auch die DDR recht dichtbesiedelt ist, daß es auch dort Atomwaffen und Atomkraftwerke gibt, den möchte Herbert Mies den Mitgliedern seiner Partei wohl eher unterlassen — jedenfalls gibt es darüber in seinem Bericht nichts zu lesen.

Interessanterweise ist auch das zweite Argument gegen Atomkraftwerke von derselben Art, das heißt für die Länder des Revisionismus genauso zutreffend, wie für viele Länder Westeuropas.

„Wir bekämpfen das Bonner Atomprogramm, weil es dafür keine wirkliche ökonomische Notwendigkeit gibt." Dazu kann einem nun eher noch mehr einfallen, wozu er vielleicht dann auch etwas sagen könnte — und peinlichst vermeidet. Zur Braunkohle in der DDR etwa, oder zur polnischen Steinkohle, zu den sowjetischen Uranverkäufen in den Westen etwa, zu den von der UdSSR hochgetriebenen Erdölpreisen für die Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und so vieles anderes mehr.

Und die Gefahr, daß daraus im Laufe der Zeit eine eigene Atombombe werden kann, die besteht ja schon lange und überall und sie besteht in der Bundesrepublik über verschiedenste Wege.

Kein einziges dieser Argumente ist stichhaltig, solange alles nur dazu dient, die Politik der RGW-Staaten Osteuropas zu rechtfertigen, obwohl dort im konkreten eindeutig dieselben Verhältnisse herrschen.

Ehrlich und wirksam können solche Argumente nur werden, wenn ihre Maßstäbe an alle gleichmäßig angewandt werden und dann beurteilt wird. Aber genau das vermeidet Herbert Mies. Und so muß er diesen gewagten Salto mortale schlagen, muß alle Argumente gegen die westlichen Kapitalisten anführen und den Rest mit Schweigen übergehen. Ob das den Genossen der DKP viel weiterhilft? Auf dem Parteitag gab es keine Diskussion darüber...

DKP bietet Zusammenarbeit an

Neue Töne, wie sie zuvor eigentlich nur auf der 8. Tagung des Parteivorstands der DKP im März dieses Jahres zu hören waren, schlug Herbert Mies in seinem Rechenschaftsbericht vor allem in den Fragen des Friedenskampfes und der Wahltaktik an.

„In der Friedensbewegung, das heißt unter den Kräften, die der Verhinderung der Raketenhochrüstung verbunden sind, darf es keine Gegner, sondern sollte es nur Partner geben. Das ist auch dann unser Standpunkt, wenn diese oder jene politischen Kräfte über die Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten andere Auffassungen haben, als wir Kommunisten. Wir messen die verschiedenen Kräfte allein daran, welchen Beitrag sie in den Kampf zur Verhinderung der Raketenstationierung einbringen."

Nun ist diese Haltung neu, galt doch bisher die strikte Regelung, daß gefälligst zu erkennen sei, daß es eben einen Kriegsblock, die NATO und einen Friedensblock, den Warschauer Pakt gäbe. Ganz so wie es Ponomarjew für die KPdSU auf der Pariser Revisionistentagung im letzten Jahr betont hatte.

Diese veränderte Haltung wird nun nicht deshalb eingeschlagen, weil man diese Position nicht mehr vertritt, sondern weil es eben nicht nur diese oder jene politischen Kräfte sind, die der Meinung sind, daß auch das sowjetische Aufrüsten nicht dem Frieden dient, sondern weil dies eine relativ breite Strömung in der gegenwärtigen Friedensbewegung ist, eine Strömung die stärker werden wird, je mehr diese Bewegung von den werktätigen Klassen mitgetragen werden wird.

Tatsache ist ja, daß es immer noch an zahlreichen Orten die Regel ist, daß Genossen der DKP versuchen, beispielsweise die KPD und die VOLKSFRONT eben deshalb aus Aktionseinheiten auszuschließen, weil da klar die sowjetischen Positionen bekämpft werden, ohne daß im entschlossenen Kampf gegen die Aufrüstung hier deshalb Abstriche gemacht würden.

Es bleibt hier also abzuwarten, inwieweit man diese Aussagen ernstzunehmen hat. Hauptsächlich aber gilt diese Aussage ja den Grünen, wie auch das Angebot, gemeinsam zu Wahlen zu gehen.

Und diese haben mit klaren politischen Argumenten dieses Angebot zurückgewiesen. Und zwar mit richtigen Argumenten. Man könne zur sowjetischen Aufrüstung nicht schweigen oder diese gar gutheißen, man könne nicht AKWs hier schlecht, dort aber gut finden — so wurde klargemacht, daß man sich auf eine solche Taktiererei nicht einläßt.

Das ist wichtig unter den Bedingungen, daß die DKP-Führung heute versucht, diejenigen Kräfte in der Friedensbewegung, die auch gegen die aggressive Politik des Warschauer Pakts Stellung beziehen, totzuschweigen, einzulullen und wo sie sich stark genug fühlt auch auszuschließen.

Es war auch nicht besonders geschickt von Herbert Mies, gerade jetzt, nach den ständigen Stimmverlusten bei allen neueren Wahlen, Wahlbündnisse anzubieten. Das bekommt zu deutlich den Hauch des Sichanbiederns, das macht alles unglaubwürdiger.

Es wird für die DKP auf Dauer keine andere Möglichkeit geben, als entweder mit den auf dem Parteitag gesagten Dingen Ernst zu machen, oder sich zu isolieren.

Entweder die DKP stellt sich innerhalb der Friedensbewegung einer Auseinandersetzung um die Aufrüstung und um die aggressiven Akte der Sowjetunion, des Warschauer Pakts, oder aber sie wird zusehends in die Rolle eines Verteidigers der Aufrüstung kommen — vielmehr, als solcher erkannt zu werden.

Entweder die DKP macht Ernst mit der angebotenen Zusammenarbeit mit allen Gegnern der Aufrüstung, mit allen Friedenskräften, oder sie setzt ihre Machtpolitik dort fort, wo sie sich stark genug fühlt, und wird erkannt als eine Partei schöner Worte und unschöner Praxis.

Sich hier als Kraft des Friedens darzustellen und gleichzeitig wilde Drohungen gegen Polen auszustoßen, das geht schlecht zusammen. Und zwar trotz aller pseudorevolutionären Rechtfertigung. Man muß die DKP also beim Wort nehmen, und sehen, was daran ehrlich gemeint ist.

Drohungen gegen Polen

Die Interessen der „Staatengemeinschaft"

Herbert Mies stellte sich mit seinen Ausführungen zu Polen offen in eine Reihe mit dem Chor der Drohgesänge gegen Polen, die „Prawda", „Rude Pravo" und „Neues Deutschland" seit Wochen immer heftiger anstimmen.

Seine Lagebeurteilung ist bezeichnend: „Wenn wir aus Volkspolen Stimmen hören, die den Sozialismus diffamieren, die sogenannte „freie Marktwirtschaft" verherrlichen, **wenn sich Gewerkschaften entwickeln, die weit davon entfernt sind, in der Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung zu stehen, die sich sogar rühmen, der Unterstützung antisozialistischer Kräfte des Auslands sicher zu sein — dann ist für uns klar: Imperialistische Diversionszentralen und einheimische konterrevolutionären Kräften** ist es unter geschickter Ausnutzung schwerwiegender Fehler der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gelungen, Volkspolen in einen Zustand zu versetzen, der die sozialistische Ordnung ernsthaft bedroht."

Dementsprechend zieht Herbert Mies auch die Konsequenzen: „Wir sprechen es offen aus: Die Interessen der polnischen Arbeiterklasse und der polnischen Nation überhaupt, der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft, aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt und auch die Interessen des Friedens fordern gebieterisch, daß die drohende Gefahr einer Konterrevolution gebannt wird, daß die Frage wer — wen im Sinne des Sozialismus entschieden wird."

Ohne Zweifel hat er in einem recht: Er spricht es offen aus. Offen heißt dabei, mit der „brüderlichen Hilfe" zu drohen, die seit Monaten vorbereitet wird. Die Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft, die er als eines der wichtigsten Argumente anführt, die waren es ja schon 1968, die zum Einmarsch in die Tschechoslowakische Sozialistische Republik führten.

Aber damals waren die Verhältnisse andere — es gab keine solche organisierte Arbeiterbewegung in Form unabhängiger Gewerkschaften, wie es sieheute in Polen gibt, und die heute die Mehrheit der polnischen Arbeiterklasse in ihren Reihen hat.

Die polnische Armee — alle Revisionisten appellieren zunehmend an sie, ihre gewünschte Ordnung wiederherzustellen.

Diese Gewerkschaftsbewegung ist ja denn auch der Feind, der von Herbert Mies benannt wird. Kein Wort von der Rolle des katholischen Klerus, kein Wort von der Rolle der seit langem geduldeten faschistischen und nationalistischen Gruppen, kein Wort von der privaten Landwirtschaft und der zunehmenden Reprivatisierung der kleineren Industrie — alle diese wirklich reaktionären, wirklich kapitalistischen Erscheinungen, die nennt er nicht.

Der Feind des Herbert Mies ist die organisierte polnische Arbeiterbewegung, sind die Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Kein Wort auch davon, daß der alte Gewerkschaftsbund nicht in der Tradition irgendeiner revolutionären Arbeiterbewegung gestanden hat. Daß er stattdessen nur ein Verband zur Deckung, Rechtfertigung und Organisierung der korrupten kapitalistischen Praktiken der polnischen Partei- und Staatsfunktionäre war, und daß die polnischen Arbeiter eine ganz ihre „Fußabstimmung" gegen ihn getroffen haben.

Nein, da werden gerade noch im allgemeinen die Interessen der polnischen Arbeiterklasse beschworen, aber wenn diese Arbeiterklasse versucht, diese Interessen im konkreten Fall auch durchzusetzen, dann wird ihnen gedroht. Was die Interessen der Arbeiterklasse sind, weiß eben Herbert Mies besser als die polnischen Arbeiter.

Der Pakt mit der offenen Reaktion, den Gierek und Gomulka in der Vergangenheit geschlossen haben, wird nicht kritisiert. Denn diesen Pakt wird auch ein mögliches neues Regime, das auf sowjetische Bajonette gestützt ist, schließen. Bekämpft wird ausschließlich die Arbeiterschaft.

Die von Herbert Mies erwähnten schweren Fehler der polnischen revisionistischen Partei, die ja nicht näher erläutert werden, sind denn auch — nach Herbert Mies' Meinung — keinesfalls in der seit langen Jahren eingeschlagenen kapitalistischen, reaktionären Politik zu suchen, sondern gemeint sind eben die Zugeständnisse, die an die Gewerkschaft gemacht wurden. Daß dabei auch offene Konterrevolutionäre mitmischen, ist kein Geheimnis — aber das Rezept, das von „UZ" bis „Prawda" angeboten wird, gefordert wird, ist es keineswegs, eine solche Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu machen, die die Arbeiter von solchem reaktionären Einfluß trennt, sondern das Rezept ist die Politik der gewaltsamen Sicherung der Interessen — nicht der polnischen Arbeiterklasse, auch nicht der polnischen Nation, sondern der „sozialistischen Staatengemeinschaft".

So wurde auf dem Parteitag der DKP der Boden dafür bereitet, daß die Genossen der DKP ein weiteres Mal dazu mißbraucht werden können, eine sowjetische Aggression — in welcher Form auch immer — zu verteidigen. Natürlich unter dem Vorwand, es diene der Sicherung des Sozialismus, des Friedens, der Demokratie, überhaupt per Gutem. Gerade am Beispiel Polen aber sollten sich diese Genossen einmal überlegen, zur Verteidigung welcher Politik sie da eigentlich aufgerufen, benutzt, mißbraucht werden. Denn weder ein Einmarsch noch ein Putsch der prosowjetischen Kräfte in Partei und Armee sind irgendwie mit den Interessen der polnischen Arbeiter unter einen Hut zu bringen.

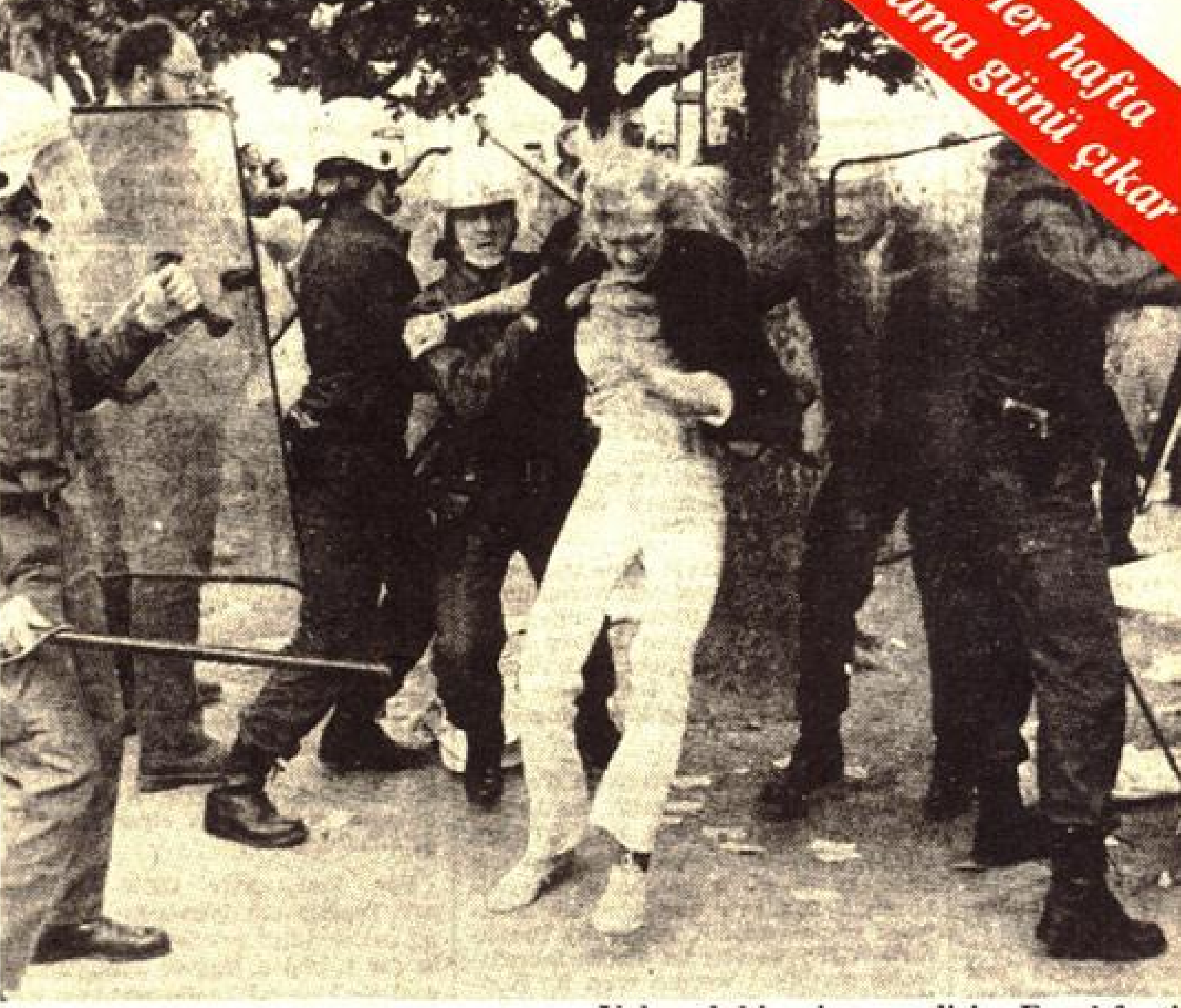
Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 25 19 Hazarian 1981 | Yıl: 15 | 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



Polis vahşi bir terör estiriyor. Yukarıdaki resimde polisin, Frankfurt'ta kurulan bit pazarına karşı düzenlediği baskını görüyorsunuz. Polis, ev işgalcilerine, genelde gençliğe karşı vahşi bir terör estirmektedir. Ve bu terör son günlerde giderek arttı. Faşistlerle yakın bağları olan Lummer'in Batı Berlin'de polis müdürlüğüne atanması, bu terörü giderek hızlandıracaktır.

Reagan'in silahlanma programı devam ediyor

Nötron bombasının üretimi devam etmekte

Geçen yıl nötron bombasının üretiminin durdurulduğu söylenmişti

WASHİNGTON. — Geçen hafta ABD Parlamentosu'nda nötron bombasına ilişkin son finansman engelide aşıldı: Demokratik Parti'den bir kaç milletvekilinin önergesine karşın, ABD Parlamentosu Reagan Hükümeti'nin bütçe tasarısını onaylamayı kararlaştırdı. Bu bütçe tasarısında nötron bombasının üretiminin hızlandırılması için 5 milyar Dolar üzerinde (12 milyar DM üzerinde) harcama yapılması örgörülmektedir. Ayrıca geçen hafta Amerikan "Lance" füzelerinin kısmi nötron bombası başlığıyla donandıkları açıklandı.

Böylece bir kaç günlük kısa bir süre içinde Amerika'nın iddialarının ve yeminlerinin yalan olduğu ortaya çıkmıştı. ABD, nötron bombasının üretiminin henüz düşünüldüğünü, henüz hazırlama aşamasında olunduğunu ve bunun üzerine diğer NATO devletleriyle detaylıca tartışacaklarını iddia etmişti.

Gerçekten ise, nötron bombasının üretimine hiç ara verilmeden bugüne kadar devam edildi. Nötron bombasının bir kısmından yapılan ve füzelerin başına geçirilen kodların üretiminin başlaması da bunu açıkça göstermektedir.

Şimdiye kadar nötron bombasının üretimi üzerine diğer Avrupa ülkeleriyle tartışılacağı söyleniyordu ve kesin kararın bu şekilde alınacağı söyleniyordu. Şimdi ise nötron bombasının Avrupa'ya yerleştirilmesinden önce bunun yapılacağı söylenmektedir.

Bu konuyla ilgili şimdiye kadar Bonn'da her hangi bir görüş belirtilmedi. Ama, ABD'nin ülkemize ışık bombasının (nötron bombası) yerleştirilmesi planına karşı hükümetin ve muhalefetin direniş göstermiyeceği kesindir.

ABD Parlamentosu'nda bir parlamenter şöyle diyordu: NATO'nun nötron bombasıyla donanması, Avrupa'da savaş tehlikesini giderek yükseltecektir. Çünkü, nötron bombası, diğer bombalar gibi her tarafı yerle bir etmemekte (patlama gücü düşük olduğundan), özellikle saldığı güçlü ışınlar vasıtasıyla insanları kitlesel olarak yok etmektedir. ABD emperyalizmi, bu bombayı üretmekle insanlık düşmanı yüzünü bir defa daha açıkça göstermektedir.

Nötron bombasının yapımına rıza gösterilmesi üzerine kısa bir zamandan beri Batı Avrupa'da süregelen tartışmalar, NATO politikasının Almanya için getirdiği tehlikeyi bir daha göstermektedir. Çünkü bu güne kadarki NATO direktiflerine göre, Almanya bu silahın asıl kullandığı bölge olacaktır.

Bu durum, barışı güvenceye almak için sırf NATO silahlanma kararına karşı mücadelenin ; orta menzilli yeni Amerikan füzelerinin ülkemize yerleştirilmesine karşı mücadelenin yeterli gelmediğini açıkça göstermektedir — bu mücadele başarılı olsa da. Bonn, Washington savaş kışkırtıcılarının emrinde olduğu sürece, oradan gelen direktifleri yerine getirdiği sürece barışı tehdit eden yeni yeni tehlikeler ortaya çıkacaktır.

Bundan ötürü, barışın güvenceye alınmasında belirleyici olan, iki Alman devletinin de saldırgan askeri bloklardan ayrılması ve tarafsız bir politika izlemeleridir.

Türkiye'de fasist cuntanin katliamlari devam ediyor

Bir devrimcidaha idam edildi

Fasizme ölüm idamlara son!

GAZİANTEP. — Askeri faşist diktatörlük, Veysel Güney adında Dev-Yol taraftarı bir devrimciyi daha idam etti. Veysel Güney'le beraber, faşist generaller çetesinin iktidara bütünüyle el koymasından şimdiye kadar idam edilen devrimcilerin sayısı dörde ulaştı. Ama, faşist cunta sadece idamlarla değil, kanlı "operasyonlarda" katlederek, emekçi halkın mücadelesini, devrimin sesini boğmak istiyor.

10 Haziran şafağı.. bir fidan daha faşizmin darağacında. Yeni bir destan daha yazıldı darağacında. Askeri faşist diktatörlüğe karşı mücadelede bir devrimci daha idam sehpasında Türkiye halkının mücadele kararlılığını dile getirdi. Veysel Güney, halkından aldığı güçle korkusuzca; başı dik, alnı açık idam sehbasına doğru yürürken, faşist generaller, halk düşmanları ve cellatlar korkuyorlardı, sonlarını düşününce ecel terleri döküyorlardı.

Türkiye halkı, devrimciler ve anti-faşistler; idam sehbasında, işkence tezgahlarında ve baskınlarda katledilen devrimcilerin ve yurtseverlerin hesabının bir gün mutlaka soracaklardır. Faşist cellatların sonu Hitler'in, Şah'ın ve Mussoloni'nin sonu olacaktır. Bundan kimsenin şüphesi olmasın. En azgın sömürünün ve en vahşi faşist terörün hüküm sürdüğü bir ülkede, hiç bir faşist rejimin iktidarda uzun bir süre kaldığı görülmemiştir. Türkiye halkı sahip olduğu mücadele geleneğiyle ve tecrübeleriyle, faşist cuntayı da yerle bir edecektir.

İdam ... sokak ortasında kurşunlama... İşkence tezgahlarında katliam, bütün bunlar Türkiye'de emekçi halkın güncel yaşamının birer parçası haline geldi. Daha dün "süpürge" denilen "operasyonda" dört yurtsever vahşice katledildi. Ama, Hitler, milyonlarca insanı gazlı ocaklarda yaktığı halde sonunun gelmesini engelleyemedi.

Anti-faşistler devrimciler, faşist cuntaya, idamlara ve işkenceler karşı mücadeleyi yükseltelim. Türkiye'deki askeri faşist diktatörlüğe karşı verdiğimiz mücadeleyi; burada, faşizme, gericiliğe ve savaşa karşı mücadeleyle birleştirelim!

Türkiye'de idamlar durdurulmalıdır!

Kahrolsun askeri faşist cunta!

(„Hinrichtung in der Türkei")

PVAP MK'nin toplantısından sonra

Polonya'da hükümet içinde değişiklik yapıldı

WARSZAWA. — Revizyonist Polonya Birleşik İşçi Partisi (PVAP) Merkez Komitesi'nin toplanmasından iki gün sonra, Polonya Devlet ve Parti Başkanı'nın yoğun bir faaliyet içinde oldukları görülüyordu. Bu arada beş bakan değiştirildi ve ekonominin hemen hemen bütününün yeniden örgütleneceği bildirildi.

Merkez Komitesinin toplantısında Parti Başkanı Kania ve Hükümet Şefi Jaruzelski etrafında toplanan sözüm ona "reformcular"ın çizgisinin, PVAP'ın siyasi bürosunun yeniden seçilmesi talebi karşısında başarı kazanmasından sonra, şimdi yönetimdeki bu revizyonist klik elindeki mevkileri sağlamlaştırmak çabasındadır. Kania ve Jaruzelski, bir taraftan kendi adamlarını önemli mevkilere getirerek, Moskova ile ahenk içinde sendikal harekete karşı sert önlemler alınmasını talep eden aşırı gericilerin etkisini kırarken; diğer taraftan sendikal hareketi kendileri tehdit eden davranışta bulunmakta ve Moskova müdahelesinin korkusunu yaymaktadırlar. Onlar işçi sınıfına ölçülü davranmasını vaaz etmekte ve bu yapılmadığı taktirde büyük bir felaketin meydana gelebileceğini söylemektedirler. Emekçileri, "huzur ve düzen" için çaba göstermeye çalışmaktadırlar.

Polonya'da devletin ve partinin üst yönetiminde yer alan bu akımların hepsi ortaklaşa, emekçilerden, düzeni sağlayan devlet organlarına ve özellikle de orduya saygı gösterilmesini talep etmektedirler. Bu, bütünüyle Moskova'nın çıkarına hizmet etmektedir. SBKP Merkez Komitesi'nin PVAP'a gönderdiği mektupta da bu durum açıklık kazanmaktadır. Çünkü, devletin şiddet organları ve özellikle de ordu, Polonya'da düzenin ayakta kalabilmesinde belirleyici rol oynamaktadır.

(„Regierungsumbildung in Polen")

Devlet ve petrol tekelleri yine işbasinda

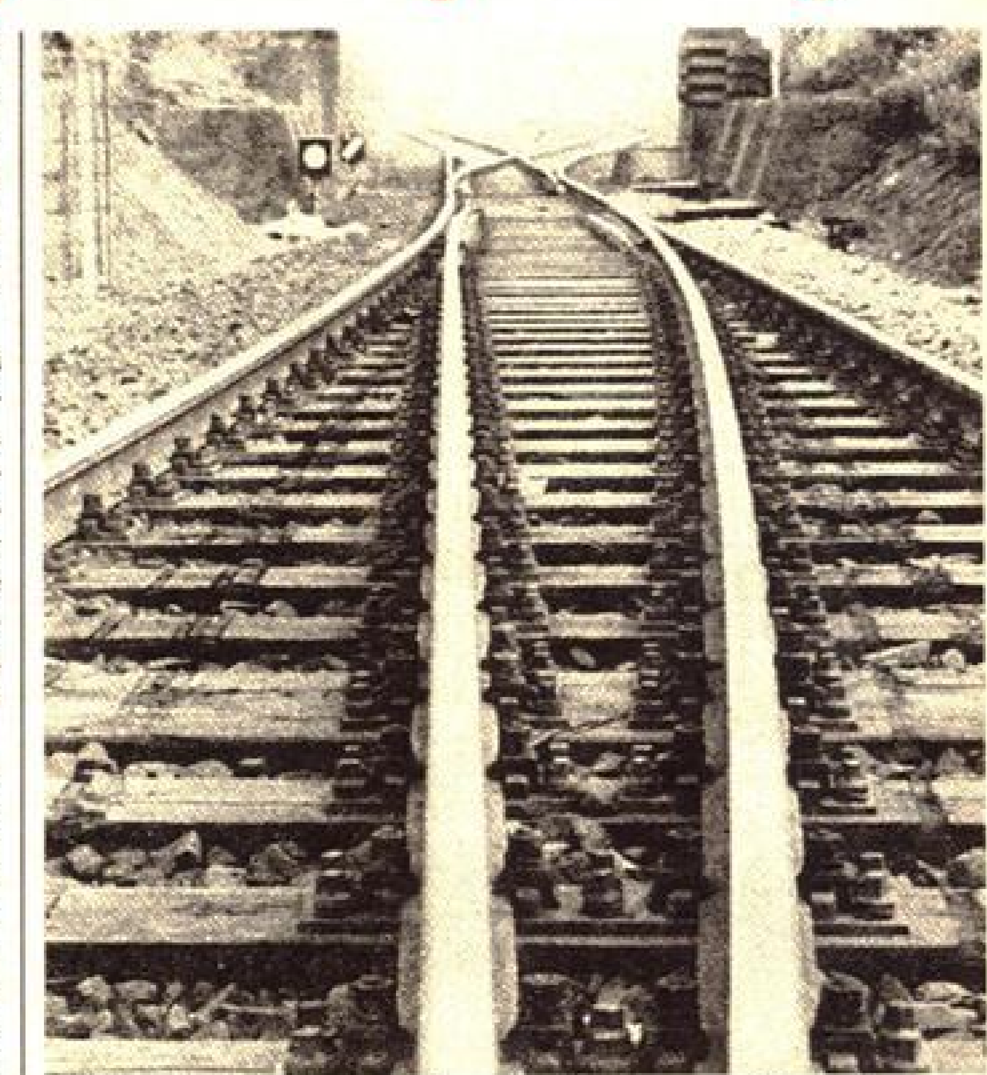
Pahalılık dagası yeniden yükseliyor

BONN/HAMBURG. — Geçen hafta Federal Posta ve Petrol tekelleri tarafından yeni bir pahalılık dalgasının geleceği haberi verildi. Yüzde 16 civarında yükseltileceği bildirilen posta ücretleri, özellikle yeni fiat artışları için sinyal karekteri taşımaktadırlar. Buna karşın petrol tekelleri bir ay içinde ikinci defa benzin fiatlarını yükselterek, rekor kırdılar.

Federal Posta, iki milyar DM yüksekliğinde ek gelir sağlayabilmek için yeni zamlar planlamakta ve buna gerekçe olarak da, her zaman olduğu gibi içinde bulunduğu genel durumu göstermektedir. Böylece yapılacak zamları haklı göstermeye çalışmaktadır. Ama, sanayici büyük müşterileri için uyguladığı özel tarifeye dokunmamaktadır. Büyük petrol tekelleri ise, ardı arkası kesilmeden benzin fiatlarına getirdikleri zamlara gerekçe göstermeyi pek önemsememektedirler.

Gerekçe olarak, Dolar'ın son dönemlerde değer kazanması gösterilmektedir. Ama, Dolar değer kaybettiği zamanlarda benzin fiatlarında en ufak bir düşüş olmuyordu. Şu anda benzine zam gelmesi, sıcak mevsim olduğu için yakıt yağının pahalılaşması da, Dolar'ın bahane gösterilmesi bütünüyle yalanlamaktadır. Şu gerçek her şeyi daha açık ve net bir şekilde ortaya koymaktadır: Petrol tekeli BP, 1981'in ilk üç ayında 1,6 milyar DM kâr sağladığını kendisi açıklamıştı.

Posta ile iş yapan ticaret işletmeleri ve diğer kurumlar, mutlaka posta ücretlerine zam gelmesine paralel olarak yeni zamlar getireceklerdir. Tabii ki, bu zamlardan yine en çok etkilenen, bu yıl sendika ağalarının ihanetiyle imzalanan toplu sözleşmelerle gerçek ücretleri düşürülen, yani satınalma gücü düşürülen emekçiler olacaktır.



Federal Posta ve demir yolları; devletin bu resmi kurumları zam üzerine zam getirmekte yarış içinde.



35 saatlik iş haftası talep ediyoruz!

KPD Merkez Komitesinin demir-çelik sanayiindeki duruma ilişkin açıklaması

Demir-çelik sanayiinde işyerlerimizin tahrip edilmesini durduralım!

Demir-çelik işçileri!

Demir-çelik patronları önümüzdeki dört-beş yıl içinde ülkemizde 50 000 işyerini tahrip etmek istemektedirler!

Belkide emeklilik yaşı gelmeden sosyal planlar vasıtasıyla emekliye ayırmanın yanında—ki bu kesin olmayan bir olanaktır—binleri işten atılmakla tehdit edilmektedirler. Hoesch, Klöckner ve Krupp daha şimdiden bu tehdidi yapmış bulunmaktadırlar. Ayrıca demir-çelik sanayiinde eksilen her işyeri, diğer işkollarında bir veya iki işyerinin eksilmesi anlamına gelmektedir. Bu durum, kadınların kazanç olanaklarını kısıtlamakta; bu yeni yetişen nesil için de meslek öğrenme yerlerinin ve işyerlerinin düşürülmesi anlamına gelmektedir.

Deutsche Bank'ın patronları; demir-çelik tekellerinin merkezlerindeki patronlar, bize, şu gerekçelerle bu önlemleri satmak istemektedirler: Bu önlemlerin alınması, "geri kalan işyerlerinin güvencesi" için, bunların çıkarı için kaçınılmazdır. Ama tecrübelerimiz şunu açıkça göstermektedirler: 1965'ten beri 100 000'in üzerinde işyeri tahrip edilmesine karşın, bugün de sizlerden hiç biri, çalıştığı işte daha ne kadar süre çalışabileceğini bilememektedir.

Alman demir-çelik tekelleri; diğer Avrupa, Amerika ve özellikle de Japon demir-çelik tekelleri ile girdikleri yarışta bindikleri arabayı sizlere çektirmek istemektedirler. Davignon-Planı, bütün AET ülkelerindeki demir-çelik üretiminde toplam 40 bin ton düşüş yapılmasını örgörmektedir. Sizler gibi İtalya'da, Fransa'da İngiltere'de vs. 100 000 işçi, patronların işyerlerini kapatma planlarına karşı, bu planların oradaki hükümetler tarafından desteklenmesine karşı mücadele etmektedirler. Britsch Steel, Unisor, Cockerill ve İtalsider'in (Batı Avrupa'nın diğer ülkelerindeki demir-çelik işletmeleri) demir-çelik işçilerine karşı mücadele bizim sloganımız—IGM yönetiminin de kısmen ilan ettiği gibi—olmamalıdır. Bizim şiarımız, Avrupa'nın demir-çelik işçilerinin ve onların sendikalarının, AET ülkelerinde bulunan 150 000 işyerinin tahrip edilmesine karşı kararlı bir mücadelesi olmalıdır.



"Japon ilişkileri" burada da gerçekleştirilmek istenmektedir. Bu işletmelerde baskı vasıtasıyla üretimin giderek yoğunlaştırılması ve artırılması demekti. Böylece demir-çelik kapitalistleri, rakiplerine üstün olduklarını göstermek istemektedirler.

Burada, Thyssen gibi güçlü tekeller, soğukkanlı bir biçimde Hoesch veya Klöckner gibi zayıf tekellerin ölümünü hesaba katmaktadırlar. Ve sonradan postu kendi aralarında bölüşebileceklerini ummaktadırlar. Uluslararası ölçüde olduğu gibi, ulusal ölçüde de kapanan her yüksek fırın, artık üretim yapamayan her demir-çelik işletmesi veya haddehane, eksilen her rakip onlar için üretim, sürüm ve kâr oranının yükseltilmesinde yeni bir olanak daha ifade etmektedirler.

Demir-çelik işçileri

Buna karşın bize yardımcı olacak tek şey, kararlı bir direniştir. KPD ve onun demir-çelik işletmelerindeki hücreleri, geçmiş dönemde olduğu gibi, bugün de sizlerin yanında yer almaktadırlar.

IGM sendikasının görevi, mücadeleyi örgütlemek olmalıdır; demir-çelik patronlarının saldırılarına karşı örgütlü demir çelik işçilerinin gücünü meydana çıkarmaktır.

Ama, IGM içinde etkin olan çizgi, sosyal planlar aracılığıyla, karşılıklı anlaşmalarla vs. önümüzde duran sorunları çözmek istiyor. Bu çizgi, bizi sadece çıkmaz sokağa sürükler. Montan yönetime katılma aracılığıyla idare meclisini etki altına alma güvencesine duyulan güven, Dortmund'ta vaadedilen çelik işletmesinin yapımını bugüne kadar gerçekleştiremedi. Aksine, yapılmasını daha da olanaksız hale getirdi. Yönetime katılma ve işletmelerdeki işçi direktörlere karşın, demir-çelik işçilerinin grevi sırasında bütün işletmelerin yönetimleri tarafından vahşi lokavtlar uygulandı. Şimdi ise toplu işten atmalar gündemdedir—yönetime katılmaya karşın. Ve eğer demir-çelik sanayiinin asıl efendileri; Detsche Bank'ın patronları ipleri ellerinde tutuyorlarsa, Montan yönetime katılmanın bize getirdiği yarar ne olabilir ki?

35 saatlik iş haftası için verilen mücadele; bütün işletmelerin demir-çelik işçileri arasında, ayrıca demir-çelik sanayiinin olduğu bölgelerin emekçileri arasında mücadele de nasıl bir dayanışmanın sağlanabileceğini göstermiştir. Varlığımızın güvence altına alınabilmesi için işçi sınıfının bu gücü harekete geçirilmek zorundadır.

Biz, sosyal ortaklık çizgisinin; "hepimiz bir sandalda oturuyoruz" yolunun bırakılmaz zorunda olduğu düşüncesindeyiz. Mali sermaye tarafından Batı Alman demir-çelik sanayiindeki yapının yeniden planlanmasına karşı kararlı bir mücadeleyle işyerlerimizin tahrip edilmesinin engellenebileceği düşüncesindeyiz.

Yeni işyerleri, yeni sanayii sağlayacağız şeklindeki avutmalar; Dortmund'ta, Saarland'ta ve diğer yerlerde bir sabun köpüğü gibi, dağılıp kayboldu.

"Yönetime katılmaya güvenen, kendisini aldatıyor!"

Silahlanma kararlarının hayata geçirilmesi için, Tarnado gibi silahlanma projeleri için milyarlarca DM harcandığı bir sırada, **kasaların boş olduğundan** söz etmek, bizleri alaya almaktan başka bir şey değildir.

Federal Hükümet için güçlüklerin engellenmesi, sosyal-liberal koalisyona yardımcı olunması istenmektedir. Eğer bu hükümet, tam da baş Strauss'un arzu ettiği gibi sosyal haklarımızı kısıtlama ve aralıksız bir silahlanma politikası yürütüyorsa, bu hükümetin bize faydası ne olabilir? Ama, biz, işte bundan ötürü Federal Parlamento seçimlerinde oylarımızı bu hükümet için kullanmadık.

Bundan ötürü KPD, demir-çelik sanayiin içinde bulunduğu kriz yüzünden, en kısa zamanda gerçekleşmesini gerekli gördüğü aşağıdaki talepleri desteklemektedir:

★ **Vergi paralarının devlet yardımı olarak tekellere verilmesine karşılık, işyerleri garanti altına alınmalıdır!**

★ **Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası!**

★ **Bütün demir-çelik işçileri için yasal emeklilik yaşı 55'e indirilmeli ve 63 yaş gibi tam emeklilik ödentisi yapılmalıdır!**

Eğer IGM Merkez Yönetim Kurulu, demir-çelik sanayiindeki krizin çözümüyle ilgili önerilerinde, işletmelerin kapatılmasını onaylamak için ilk önce yeterli derecede ve ulaşılabilir yakınlıkta yeni işyerleri gerçekten talep ediyorsa, bu iyi ve doğru bir şeydir. Ama, IGM Merkez Yönetim Kurulu'ndan iki görevlinin; Hans Preis ve Lutz Dieckerhoff'un da içinde bulunduğu Hoesch idare meclisi üyeleri, 7 000'den fazla işyerinin daha tahrip edilmesini oy birliğiyle ortaklaşa onayladıklarına bakacak olursak, şöyle bir soruyla karşılaşırız: Yeni işyerlerinin sağlanması talebi, üzerinde yazıldığı kâğıt kadar mı değerlidir? Eğer bu talep, gerçekten ciddiye alınan bir düşünce ise, o zaman idare meclislerindeki ve işyeri temsilciliklerindeki işçi temsilcilerinin görevleri şöyle sıralanmalıdır:

★ **İşyerlerimizi taviz vermeden savunalım!**

★ **Yeni işyerleri gerçekten sağlanmadığı sürece—ki bu, pratik olarak yeni işletmelerin yapılması anlamına gelmektedir—, idare meclislerinde ve işyeri temsilciliklerinde işletmenin kapatılması ve işyerlerinin düşürülmesi kesinlikle onaylanmamalıdır.**



İşyerlerinin tahrip edilmesine karşı Alman ve yabancı işçiler bir mücadele cephesinde (4 Nisan 1981 Bochum)

Ayrıca, tekellerin saldırılarına karşı demir-çelik işçilerinin bütün gücünü seferber edebilmek için, bu işletmelerde çalışan işçilerin mücadele gücünün grevlere ve işletme işgallerine varacak bir biçimde örgütlemek zorunda olduğu düşüncesindeyiz. Ancak böyle bir baskıyla bütün bölgelerdeki işyerlerinin tahrip edilmesi engellenebilir. Aslında, çoğu işçiler, binlerce işyerini tahrip etmiş veya edecek olan ve buna yönelik yeni rasyonalizasyonlar için devlete ödediğimiz vergi paralarını yardım olarak talep eden demir-çelik patronlarının elindeki işletmelerin alınması gerektiği düşüncesindedirler.

Biz komünistler şöyle düşünüyoruz: Kendimiz ve çocuklarımız için daha güvenceli bir iş elde etmek için, demir-çelik ve diğer malların üretiminin planlı bir biçimde geliştirilebilmesi için ülkede iktidarın işçi sınıfının ellerinde olması gerekir, üretimi yönlendiren işçi sınıfının kendisi olması gerekir. Bundan ötürü biz, sosyalist bir Almanya için mücadele ediyoruz. İşçi sınıfının devleti olarak sosyalist devlet, tekel kapitalistlerinin elindeki işletmelere el koyacak ve onların bütün araçları üzerindeki hakimiyetine son verecektir.

Ama, bugün de demir-çelik patronlarına karşı verdiğimiz mücadele ile taleplerimizi hayata geçirebilecek olanağa sahibiz. Eğer IGM yönetimi, haklı olarak, demir-çelik sanayiindeki krize politik çözüm bulunmak zorunda olduğunu ve özel ekonomik çözüm olanaklarının yeni işten atılmalara yol açtığını tespit ediyorsa, bizim buna cevabımız şöyle: Evet ise, o zaman gelin politik çözümler için mücadele edelim! Bu çözüm, çeşitli işletmelerdeki emekçiler tarafından açıkça belirtilmiştir:

Demir-çelik sanayii devletleştirilmelidir!

Bu sanayii kolunun devletleştirilmesi, mali sermaye ve onun politikacılarına karşı ortak cephemizi güçlendirecektir.

Demir-çelik sanayiin devletleştirilmesi, bugün mevcut olan işyeri sayısının garantiye alınmasıyla beraber ele alınmalıdır. Böylece, çalıştığımız işyerlerinin güvenceye alınması mücadelesinde ileri bir adım atmış oluruz.

Demir-çelik işçileri!

Doğrudan veya dolaylı olarak etkilenen yüzbinlerce insanın varlığını bir kaç tekel kapitalistlerinin ellerine bırakmayalım; bütün dünya görüşünden, ait olduğu partiden ve dini inancından bağımsız olarak; yaşamımızı devam ettirebilmemiz için, iş ve ekmek parası için mücadele edelim!

İlticaların sınırdışı edilmesi için

Yabancılar Polisine yeniden yetki verilmesi isteniyor

Federal Almanya'da iltica hakkı giderek kısıtlanmakta ve ilticalar üzerindeki baskılar giderek artmaktadır. İltica kamplarına doldurulan insanların yaşam koşulları, geldikleri ülkelerdeki cezaevlerinden farklı değildir. İltica durumunda olmayan yabancı işçilerin, oturum müsadesi alabilmeleri için belirli büyüklükte bir evi kiralamaları gerekirken, kamplarda ve Heim'lerde 5-6 iltica bir odada kalmaktadır. İlticalar üzerindeki baskıların bir parçası olarak, yabancılar polisine ilticaları sınırdışı edebilmesi için yeniden yetki verilmesi isteniyor.

Şubat 1981'den önce yabancılar polisi, iltica başvurusunda bulunan bir kişiyi, iltica dilekçesini yeterli bulmadığı zaman yurtdışı edebiliyordu. Özünde yasal olmayan bu uygulama geçen Şubat ayında Federal Anayasa Mahkemesi tarafından kaldırılmış ve yabancılar polisinin, bir ilticacıyı sınır dışı etme olanağı kalmıyordu. Yabancılar polisi, iltica başvurusunda bulunan bir kişiyi sınır dışı edebilmesi için elinde mahkeme kararı olması gerekir. Ama, iltica eden kişi bu karara itiraz etmişse veya yeni bir dilekçe vermişse—bunun mahkeme kararının alınmasından hemen sonra verilmesi gerekir—yabancılar polisinin bu kişiyi sınırdışı etme yetkisi yoktur. Böyle bir durumda dahi, yabancılar polisi keyfi olarak itiraz eden yeni başvuruda bulunan ilticanın çalışma müsadesnini elinden almakta ve bunun sonucu çalışmakta olan ilticaların işine son verilmekte ve aynı zamanda işsizlik parasından veya işsizlik yardımından yararlanmamaktadırlar.

Münster Yüksek İdare Mahkemesi, yabancılar polisinin iltica başvurusunda bulunan bir yabancının dilekçesini yeterli bulmadığı taktirde, sınırdışı etme yetkisine sahip olmasını istemektedir. Yüksek Mahkeme, bu yönde aldığı bir kararla Anayasa Mahkemesi'ne başvurdu ve eğer bu karar Anayasa Mahkemesi tarafından onaylanırsa, polise mahkeme kararı olmadan bir ilticacıyı sınırdışı etme yetkisi yeniden verilmiş oluyor.

(„Asylrecht und Ausweisung"

Polonya'da işçi hareketi ve kapitalizm

İşçi sınıfının iktidarda olduğu bir ülkede ayaklanması söz konusu mu? Elbette değildir. İşçiler kendi ikdidarına karşı ayaklanamazlar ve kendilerinin sömürüldüğü bir düzen için mücadele edemezler. Eğer bir ülkede başta işçi sınıfı olmak üzere tüm emekçi sınıflar ayaklanıyorsa, bu demek oluyor ki, o ülkede hüküm süren bir sömürü ve soygun düzeni mevcuttur. Kızıl Şafak'ın bundan önceki sıyısında böyle bir ülke olan Polonya'da işçilerin ve emekçilerin nasıl sömürüldüğüne, yeni burjuvaziye ve kapitalist yozlaşmaya, sosyal emperyalizmin ve iç gericiliğin Polonya'daki işçi sınıfı hareketini kana boğmak için başvurdukları sinsi dolaplara ve içinde bulundukları çabalara değinmiştik. Yazımızın bu ve bundan sonraki bölümlerinde Polonya'daki gelişmeleri ve bu gelişmelerin maddi temellerini okuyucalarımıza aktarmaya devam edeceğiz.



1970'da Polonya'daki işçi eylemleri tanklarla kanlı bir şekilde bastırmıştı.

23 milyar Dolar borç yığını

Gerek Gumalka'nın, gerekse de Gierek'in iktidarda olduğu bütün yıllarda Polonya ekonomisi Sovyet'lere bağlı kaldı. Bu yıllarda üretim Sovyet pazarı için yapılıyordu ve ekonomi Sovyet teknolojisine ve hammaddelerine dayanıyordu ki, bu da Moskova tarafından sınırlanıyordu. Daha doğrusu Moskova öksürdüğü zaman Polonya akciğer iltihabına tutuluyordu. Sovyetler, özellikle petrol ihracı vasıtasıyla Polonya'yı daha fazla kendine bağlı duruma getiriyordu. Geçen yıl Polonya Sovyetler Birliği'nden 15,9 milyon ton ham petrol alması gerekiyordu ki, bu ülkenin petrol ihtiyacının yüzde 87,3'nü teşkil ediyordu.

1971 yılına karşı Polonya, bir ton petrol için Sovyetler Birliği'ne beş kat daha fazla para ödemek zorundadır. Eğer bugün Sovyet Sosyal Emperyalistleri, Polonya'yı içinde bulunduğu kötü ekonomik durumdan ötürü finansman ve mal yardımıyla destekliyorlarsa, bunu karşılıksız yapmamaktadırlar: Bu yardımlar, petrolden edilinilen baş döndürücü kârların sadece küçük bir bölümünü oluşturmaktadırlar. 1972 yılında bir ton taş kömürü karşılığında Sovyetler'den bir ton petrol alan Polonya, bugün bir ton taş kömürü ile ancak 440 kg petrol alabilmektedir.

Ama, Polonya sadece Doğu Bloğu'na özellikle de Sovyetler Birliği'ne demir halatlarla bağlanmış değildir. Batılı emperyalistler de Polonya halkını azgınca sömürülmesine ve soyulmasına aktif olarak katılmaktadırlar. Bu durumda Polonya'nın 460'dan fazla batılı bankaya borcu vardır. Sırf batı parasıyla aldığı borç 23 milyar Dolardır. (yaklaşık 47 milyar DM) Bu borcun 18 milyar Doları batılı



Polonya'da geçen yıl yapılan grevlerden biri.

bankalardan sağlanmıştır. Geçmiş, geriye kalanı ise OPEC ve RGW devletlerinden sağlanmıştır. Geçmiş aylarda yapılan görüşmelerde Polonya tarafı 1981 yılı için 10,5 milyar Dolar krediye ihtiyacı olduğunu belirtmekteydi ki, bunun altı ile yedi milyar Doları alınan krediye faiz olarak ödenmek zorundadır. zorundadır.

Bu başdöndürücü krediler örneğin ülkenin ekonomik gelişmesine hizmet etmemektedir. Alınan bu krediler, zenginlerin ihtiyaclarının temin edilmesinde veya Polonya halkınının sömürülmesiyle, gerek yeni burjuvazi gerekse de yabancı kredi sahiplerine en yüksek kârların sağlanması için halk ekonomisi için tamamen anlamsız olan işletmelerde ve tesislerde kullanılmaktadırlar. Bu krediler ülkenin bağımlılığını giderek pekiştirmektedirler. Öyle ki, kapitalist ve revizyonist dünyanın içinde bulunduğu ekonomik, finansman ve enerji krizleri Polonya'da iki kat daha ağır bir şekilde yansımaktadırlar.

İşçi sınıfı ayaklanıyor

Bu somut durumlardan ötürü; Gierek kliğinin ekonomik, siyasi ve toplumsal yaşamda kapitalist yozlaşmayı ilerleten, emekçilerin sırtından yeni burjuvaziyi giderek zenginleştiren ve Polonya üzerindeki sosyal emperyalist boyunduruğu daha da çekilemez hale getiren politikasından ötürü, ülkenin yeni ve daha güçlü sınıf çatışmalarına gebe olduğu açıkça görülmekteydi. Ve 1970'in kışında Gedansk, Szezecin'in de arasında bulunduğu bir çok şehirde meydana gelen işçi ayaklanmaları kanlı bir biçimde bastırılmıştı. Aynı şekilde, 1976 yazında işçiler Varşova'yı çember altına aldı, güçlü grevlere ve yürüyüşlere gidildi, bu eylemler de kanla bastırıldı. Böylece geçen yılın Ağustos ayındaki güçlü ve büyük grevlere gelindi.

Şu açık olarak gözüküyordu: Polonya'da restore edilmiş kapitalist sistem, diğer revizyonist ülkelere karşın geçiş aşamasını daha erken tamamlamış ve ülkede kapitalizmin bütünüyle inşaa edilmesine paralel olarak açık sınıf çatışmalarının kaçınılmaz olduğu kritik noktaya gelinmişti. Bu durumda, geçen seneki grevlerde olduğu gibi, bu yılki grevlerde de söz konusu olan şey basitçe şu idi: Polonya'daki yeni kapitalist toplumun bir ürünü olan bu grevler, — Lenin'in de dediği gibi — bu toplumun düzene karşı işçi sınıfı mücadelesinin bir başlangıcıdır.

"Dayanışma" kitlesel eyleme dönüşüyor

Buna ilişkin olarak yeni bir sendika olan "Dayanışma"nın doğuşunu da görmek zorundayız. "Dayanışma"nın doğuşu, Polonya işçi sınıfının mücadelesine (önderlerinin amaçlarından bağımsız olarak) kendiliğinden örgütlü ve sendikal bir çerçeve verme çabasından ileri gelmişti. "Dayanışma sendikasının gelişimini; iki-üç ay içerisinde yaklaşık 8-10 milyon üyeli bir kitle eylemine dönüşmesini başka türlü kesinlikle açıklayamayız.

Polonya işçilerinin dayanılmaz yaşam koşulları sonucu, fiat artışları ve akord işin yükseltilmesinin planlanması sonucu başlayan ve giderek kızışan ve yaygınlaşan geçen yılın grev eylemleri, bütünüyle haklı eylemlerdi. Böylece bu grev eylemlerinin neticesi, sendikaların devletten ve revizyonist Polonya Birleşik İşçi Partisi'nden bağımsız bir temelde yeniden kurulmasının da içinde yer aldığı 21 maddelik programın kabul edilmesi büyük bir başarı ve Polonya işçi sınıfının bir zaferi idi.

Bu 21 maddelik program, asgari ücretlerin yükseltilmesi fiyat artışları karşısında ücretlere zam gelmesi, emeklilik yaşının indirilmesi, daha fazla çocuk yuvası ve Cumartesi gününün tatil olması gibi sadece ekonomik türden talepler değil, aynı zamanda özgür sendikaların onaylanması, grev hakkının güvenceye alınması ve basın özgürlüğü gibi politik talepleri de kapsıyordu. Ayrıca bu program, zenginlerin satış yaptığı özel dükkanların kaldırılması, pazar durumu iyileşinceye kadar yiyecek eşyalarının karneye bağlanması; emniyette, miliste ve devlet aygıtında yer alan kişilere tanınan ayrıcalıkların kaldırılması ve bu gibi talepleri içeriyordu ve böylece bütün Polonyalıların eşit muamele görebilmeleri için egemen sınıflar hedef alınıyordu.

Tabii ki, bir sendikanın karekteri ve hedefleri, o sendikanın önderlerinden ve onların görüşlerinden ayrı tutulamaz. Sendikalar, emekçilerin çıkarlarını temsil eden örgütlerdir. Kapitalizmde — tabii ki, bugünkü Polonya'da da — sendikaların görevi, emekçilerin kapitalist sömürüye karşı direnişlerini ögütlemektir. Eğer sendikalar, kapitalist sistemin devrimle değişmesi için; insanlığın kapitalist sömürüden kurtuluşu için mücadele etmezlerse veya bunun için çaba göstermezlerse, bunun yerine sırıf ücret talepleri ve diğer sosyal sorunlarla ilgilenirlerse, asıl hedeflerinden sapmış olurlar.

Bizler, Marsist-Leninistler olarak sendikalardan bunu beklemekteyiz. Ama, bugün böyle doğru sendikalar; Marksist-Leninistlerin önderliğindeki sendikalar hangi ülkede mevcut? Tabii ki, bu gibi sendikalar parmakla sayılacak kadar azdır. Peki, diğerleri nasıl tipten sendikalardır? Elbette, kararlı bir biçimde emekçilerin haklarını savunan, bizler DGB yönetiminin yaptığı gibi sosyal ortaklık çizgisinde kapitalistlerle el ele çalışmayan sendikalar vardır.

Ama, reformist olmadıkları sürece bu sendikarın yöneticilerinin insanlığın kapitalist sömürüden kurtuluştan; sosyalizmden anladıkları şey ne? Gözlerinin önündeki hayal ne? Sovyetler Birliği mi? Çin mi? Yugoslavya mı? Avrupa komünisti veya troçkist toplumsal bir sistem mi? O kadar çok soru, o kadar çok cevap?

Marksist-Leninistlerin ve gerçek komünist partisinin olmadığı yerde, yeni sendikaların oluşumu ister istemez revizyonistlerin, troçkistlerin veya sermayenin diğer uşaklarının veya fazla bir tecrübeye sahip olmayan basit sınıf bilinçli işçilerin elinde kalır. Polonya'da da durum aynen böyledir. 1970 ve 1976 grevleri ile 1980 grevleri arasında önemli bir fark vardır. 1970 ve 1976 yılındaki grevler, işçilerin sömürüye ve baskıya duydukları nefretten ötürü birden bire kendiliğinden patlak vermişlerdi. Ama, 1980 yılındaki grevlerin hazırlığında yeni sendikaların kuruluşu planlanmıştı.

ABD emperyalizminin Orta-Doğu'daki jandarması

İsrail siyonizmi giderek saldırganlaşıyor

Irak nükleer enerji santralının bombalanması protesto ediliyor

İsrail'in Irak Nükleer Enerji Merkezi'ni bombalaması bütün dünyaca protesto ediliyor. İsrail'in en yakın dostları dahi, bu saldırının uyandırdığı nefret karşısında görünürde de olsa olayı protesto etmek zorunda kaldılar. Uluslararası Nükleer Enerji Ajansı'nın, Irak nükleer enerji santralında en az on yıl sonra atom bombasının üretilebileceğini bildirmesi üzerine bu protestolar giderek yoğunlaştı.

ABD emperyalizminin sadık uşağı ve İsrail Devlet Başkanı Begin, bu vahşi saldırıyı haklı gösterebilmek için yeni türden masallar anlatmakta ve bununla siyonizmin Arap halklarına karşı giriştiği saldırıları meşru göstermeye çalışmaktadır. Saldırı sonucu radyoaktif dalgaların etrafa yayılmasıyla — ki yayılıp yayılmadığı henüz kesinlik kazanmış değildir — onbinlerce insanın katledilmesini göze alan İsrail siyonizmi, Arap halklarının azılı bir düşmanı olduğunu bu olayla bir defa daha ortaya koymuş bulunmaktadır.

Bütün dünya halkları İsrail'in Irak'a saldırısını ve nükleer enerji santralını bombalanmasını protesto etmektedirler. Hatta İsrail siyonizmini ve onun Arap halklarına özellikle de Filistin halkına karşı giriştiği saldırıları ve katliamları şu veya bu şekilde destekleyen devletler, bu protestoların karşısında ya susmak veya görünürde olayı kınamak zorunda kaldılar.

ABD Hükümeti, İsrail'in Irak nükleer enerji santralını bombalayacağına dair kendisine haber vermediğini iddia etmektedir. Böyle bir açıklama, bundan önce Amerika tarafından kınanmayan İsrail saldırılarında ABD'nin haberinin olduğunu açıkça göstermektedir. Ama, bu saldırıda Amerikan savaş uçaklarıyla gerçekleşmiştir. Bunun yanısıra İsrail genel kurmayında ABD subayları da görev yapmaktadırlar. Ve bombalama olayından Irak Hükümet'i tarafından açıklandığına göre, bu İsrail tarafından Irak nükleer santralına düzenlenen ikinci bombalama saldırısıdır. Bütün bu gerçekleri gözönüne aldığımızda, ABD Hükümeti'nin bu saldırıdan haberinin olmaması olanaksız bir şeydir. Ama, ABD emperyalistleri, olayın dünyaca lanetlenmesinden dolayı manevra yapmak zorunda kaldılar ve görünürde de olsa saldırıyı kınadılar.

ABD, aslında bu bombalama olayını kınamamaktadır. O, uluslararası protestoların sonucu jet savaş uçaklarının İsrail'e satılmasını geçici olarak durdursa bile, İsrail siyonizminin asıl yönlendiricisi olduğunu dünya halklarından gizleyemez. İsrail siyonistleri, Filistin kamplarını bombalarken, ABD emperyalistleri buna alkış tutuyordu. İsrail, ABD'nin Orta Doğu'daki jandarmasıdır, saldırgan bir gücüdür. Hiç bir yalan, görünürdeki hiç bir kınama, bu saldırının asıl kaynağının ABD emperyalizmi oldugu gizleyemez ve bu bir gerçektir. Reagan Hükümeti'nin iktidara gelmesiyle, İsrail siyonizminin desteklenmesinin hızlandırılması yönünde demeçler vermesi de bunun açık bir kanıtıdır.

İsrail siyonizminin bugünkü başı Begin, bombardımanda Amerikan uçaklarının kullanılmasıyla ilgili olarak şunları söylüyordu: "Biz, Amerikan savaş uçaklarını hangarda çürüsün diye değil, İsrail'i savunması için alıyoruz" Bu açıklama da, ABD'nin İsrail'e gönderdiği savaş uçaklarının hangi amaca hizmet ettiğini açıkça gösterebilmektedir. Zaten ABD ile İsrail arasında, İsrail'e savaş uçaklarının ve diğer silahların gönderilmesi ile ilgili imzalanan anlaşma da, bu silahların böyle saldırılarda kullanılmayacağına dair bir şey getirmemektedir. Aksine, siyonistlerin de belirttiği gibi, anlaşmaya göre bu silahlar sözde "İsrail'in savunmasında" yani, Arap halklarına karşı düzenlenen saldırılarda ve baskınlarda kullanılacaklardır.

Irak Hükümeti'nin yaptığı resmi bir açıklamada, Irak-İran savaşı sırasında İran hava kuvvetleri tarafından bombalandığı söylenen Osirak nükleer santralının, yine İsrail tarafından bombalandığı söylenmekte ve o zaman Irak'ın bu saldırıyı İran'a mal ederek, propaganda amacıyla kullanmak istediği belirtilmektedir. Irak gericiliğinin bu tavrı, siyonist saldırıların bu derece geniş boyutlara ulaşmasına elbette hizmet etmiştir.

(„Über den Angriff von Israel")



Bombalamada kullanılan ABD yapısı savaş uçaklarından biri.